

73. Geschäftsbericht 1980

73. Geschäftsbericht der Schweizerischen Nationalbank 1980

Inhaltsverzeichnis

A. Zentrale Probleme und zusammenfassende Darstellung der Notenbankpolitik	
1. Der internationale Rahmen	5
2. Die Konjunktorentwicklung in der Schweiz	6
3. Das geld- und währungspolitische Konzept der Nationalbank	7
B. Die Entwicklung der Weltwirtschaft	
1. Internationale Konjunkturtendenzen	10
2. Der monetäre Bereich	11
3. Die internationale Währungszusammenarbeit	14
C. Die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft	
1. Der Konjunkturverlauf	16
2. Die Geldversorgung	23
3. Die Geldmarktverhältnisse im Jahresablauf	25
4. Die Bewegungen der Zinssätze	28
5. Devisenmarkt und Wechselkursentwicklung	32
6. Kreditfähigkeit und Bankbilanzen	34
7. Die Entwicklung am Kapitalmarkt	36
8. Bewilligungspflichtiger Kapitalexport	39
D. Geld-, währungs- und konjunkturpolitische Massnahmen	42
E. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank	
1. Die Bankgeschäfte	49
2. Dienstleistungen	61
3. Verwaltung und Geschäftsergebnis	64
F. Bankbehörden und Personal	72
G. Tabellenteil	
1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise	80
2. Geschäftsentwicklung seit 1941	82
3. Diskontsatz und Lombardzinsfuss seit 1936	90
H. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane	92

A. Zentrale Probleme und zusammenfassende Darstellung der Notenbankpolitik

1. Der internationale Rahmen

Die günstige Konjunkturentwicklung in der Weltwirtschaft hielt bis ins Frühjahr 1980 an. Im zweiten Quartal setzte dann ein Abschwung ein. Dieser machte sich zuerst im Vereinigten Königreich sowie in den USA bemerkbar und griff im Laufe des Jahres auf die meisten westlichen Industrieländer über. Das Wachstum des realen Bruttosozialproduktes im OECD-Raum fiel von durchschnittlich 3,3% im Jahre 1979 auf etwas mehr als 1% im Jahre 1980.

Konjunkturabschwächung im zweiten Quartal

Zwei Faktoren haben vor allem den Gang der Weltwirtschaft beeinträchtigt: ein hohes Inflationsniveau, welches im Jahre 1980 noch weiter stieg, und Erdölpreiserhöhungen, welche real betrachtet in der Grössenordnung von 1973/74 lagen. Beide Faktoren schufen ein Klima der Unsicherheit, das die Investitions- und Konsumentenscheide der Wirtschaft lähmte. Damit verringerten sich die Möglichkeiten des realen Wirtschaftswachstums.

Bremsende Faktoren:
– steigende Inflation
– steigende Erdölpreise

Die Inflation, die Fehlbeträge in den Ertragsbilanzen und die Budgetdefizite der öffentlichen Hand schränkten den Spielraum der Wirtschaftspolitik ein. Vermehrt setzte sich die Erkenntnis durch, dass mit einer expansiven Politik die bestehenden wirtschaftlichen Probleme nicht dauerhaft gelöst werden können. In zahlreichen Ländern wurde deshalb versucht, das Wachstum der Geldmenge und der Staatsausgaben trotz beginnender Rezession unter Kontrolle zu halten.

Restriktive Wirtschaftspolitik

In einigen Ländern wurde angesichts der steigenden Arbeitslosenzahlen gefordert, die wirtschaftspolitischen Zügel zu lockern. Kurzfristige Kurswechsel würden aber nicht nur den Erfolg in der Inflationsbekämpfung in Frage stellen, sondern auch zu Unsicherheit in bezug auf die künftige Wirtschaftspolitik und damit zu Wachstumseinbussen führen. Zudem würden Unterschiede in der wirtschaftlichen Entwicklung der westlichen Länder verschärft und Spannungen im Wechselkursgefüge hervorgerufen.

Begehren nach Lockerung

Die Bewegungen der Wechselkurse waren im Jahre 1980 stärker als im Vorjahr, ohne dass es zu unkontrollierten Entwicklungen wie 1978 kam. Die Bereitschaft der Notenbanken, nötigenfalls koordiniert auf dem Devisenmarkt einzugreifen sowie die auf Inflationsbekämpfung ausgerichtete Geldpolitik der wichtigsten Länder haben dazu beigetragen, dass die Anpassungen auf dem Devisenmarkt in geordneten Bahnen vor sich gingen.

Vermehrte Wechselbewegungen

Durch die Erdölpreiserhöhungen einerseits und die unterschiedliche konjunkturelle Entwicklung andererseits ergaben sich im Jahre 1980 beachtliche Veränderungen der Zahlungsbilanzen. Das Ertragsbilanzdefizit des OECD-Raumes stieg von 35 Mrd Dollar (1979) auf schätzungsweise 75 Mrd Dollar. Etwa ein Drittel des Defizits entfiel auf die Bundesrepublik und Japan. Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich schlossen mit einem Überschuss ab. Die ölexportierenden Staaten vergrösserten ihren Aktivsaldo nochmals deutlich,

Erhöhte Zahlungsbilanzungleichgewichte

während in den nicht erdölexportierenden Entwicklungsländern die Auslandsverschuldung weiter zunahm.

2. Die Konjunktorentwicklung in der Schweiz

Positives
Konjunkturbild

Die erfreuliche Wirtschaftsentwicklung hielt in der Schweiz im Jahre 1980 an. Das reale Bruttosozialprodukt wuchs um rund 3% und erreichte damit wieder das Niveau von 1974. Die durchschnittliche Inflationsrate war – obwohl höher als im Vorjahr – weiterhin eine der niedrigsten der Welt, und es herrschte Vollbeschäftigung.

Rege
Investitionstätigkeit

Die Wirtschaftsentwicklung wurde zweifellos durch die Geld- und Währungspolitik der Vorjahre beeinflusst. Nach einer beinahe fünf Jahre dauernden Phase der monetären Stabilität wurde Ende 1978 im Zusammenhang mit Unruhen auf dem Devisenmarkt die Geldmenge stark ausgedehnt. Dieser Geldimpuls förderte das Wirtschaftswachstum – allerdings um den Preis höherer Inflation. Weil die Liquidität vorsichtig abgebaut wurde, blieben die Zinssätze relativ niedrig. Dadurch wurde die Investitionstätigkeit angeregt. Vor allem die Bautätigkeit stieg – begünstigt durch einen Nachholbedarf – stark an. Im Jahre 1980 wurden die Wachstumsraten des Vorjahres sogar noch übertroffen. Erst gegen Ende des Jahres waren erste Anzeichen einer Verlangsamung zu beobachten. Der Boom im Einfamilienhausbau überschritt seinen Höhepunkt im Verlaufe des Jahres.

Zunahme des
Konsums

Mit der wirtschaftlichen Belebung nahm das verfügbare Einkommen der Haushalte und damit der private Konsum zu.

Von der öffentlichen Hand gingen praktisch keine konjunkturellen Impulse aus. Wegen der Sparmassnahmen kam es nur zu einem bescheidenen realen Wachstum der laufenden Käufe des Staates und der Sozialversicherungen.

Verbesserte
Wettbewerbssituation
der Exportindustrie

Im Jahre 1980 hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Wirtschaftsentwicklung in der Schweiz von aussenwirtschaftlichen Faktoren stark beeinflusst wird. Der exportgewichtete nominelle Frankenkurs schwächte sich leicht ab. Da die Teuerung im Vergleich zum Ausland gering war, verbesserte sich die Wettbewerbssituation der schweizerischen Wirtschaft. Dies führte vor allem in der ersten Jahreshälfte zu einem hohen Zuwachs der Exporte.

Vermindertes
Exportwachstum
in der zweiten
Jahreshälfte

In der zweiten Jahreshälfte wurde der weltweite Konjunkturrückgang spürbar. Die Nachfrage aus dem Ausland schwächte sich ab. Gleichzeitig verschärfte sich der internationale Wettbewerb. Die chemische Industrie und Teile der Textil- und Bekleidungsindustrie wurden von dieser Entwicklung vorerst stärker

betroffen als die Investitionsgüterindustrie. Der rückläufige Auftragseingang wirkte sich nur wenig auf Produktion und Beschäftigung aus, da die Industrie über relativ hohe Auftragsbestände verfügte. Das Wachstum der Exporte lag im Jahre 1980 über demjenigen des Vorjahres und über der generellen Expansion des Welthandels.

Die wirtschaftliche Entwicklung hatte einen kräftigen Anstieg der Importe zur Folge, was zur starken Passivierung der Handelsbilanz beitrug. Die Ertragsbilanz wies – unter Ausschaltung der Sonderbewegungen bei den Edelmetallen – erstmals seit 1965 ein Defizit von rund 0,5 Mrd Franken auf, nachdem im Vorjahr noch ein Überschuss von 4 Mrd Franken ausgewiesen worden war.

Starke
Importsteigerung
Ertragsbilanzdefizit

Mit zunehmender Wirtschaftsaktivität begannen sich im Laufe des Jahres 1980 Engpässe auf dem Arbeitsmarkt abzuzeichnen. Die Reallöhne nahmen im Durchschnitt um 1 % zu.

Engpässe auf dem
Arbeitsmarkt

Die Preise der Konsumgüter stiegen im Laufe des Jahres um 4,4 % (1979: 5,2 %). Die Inlandgüter (+4,3 %) verteuerten sich ungefähr gleich stark wie die Auslandsgüter (+4,8 %). Im Vorjahr ging dagegen die Teuerung vor allem von Preissteigerungen bei Auslandprodukten aus.

Preissteigerungen
bei in- und
ausländischen
Produkten

3. Das geld- und währungspolitische Konzept der Nationalbank

Im Herbst 1978 hatte die Nationalbank zur Stabilisierung der Wechselkursentwicklung die Geldmenge weit mehr ausgedehnt als geplant. Diese Liquidität wurde im Jahre 1979 schrittweise wieder abgebaut. Damit war die Voraussetzung für eine Rückkehr zu einer kontrollierten Geldmengenentwicklung geschaffen. Im Einvernehmen mit dem Bundesrat legte das Direktorium für 1980 wieder ein Geldmengenziel fest. Im Gegensatz zu früheren Jahren wurde dieses für den Zuwachs der Notenbankgeldmenge (Notenumlauf plus Giro Guthaben der Wirtschaft bei der Nationalbank) und nicht der Geldmenge M_1 (Bargeldumlauf plus Sichteinlagen von Nichtbanken) formuliert. Mit dem Geldmengenziel wollte die Nationalbank wieder deutlich zum Ausdruck bringen, dass sie mittelfristig die Geldmenge im Einklang mit den realen Wachstumsmöglichkeiten der schweizerischen Wirtschaft auszudehnen gedenkt. Für das Jahr 1980 wurde ein Ziel von 4 % festgelegt.

Geldmengenziel
1980

Der Wechsel von einem Ziel für das Wachstum der Geldmenge M_1 zu einem solchen für die Notenbankgeldmenge bedeutete keine grundlegende Änderung in der Geldpolitik. Die Wahl der neuen Zielgrösse war darauf zurückzuführen,

Die Notenbank-
geldmenge
als Zielgrösse

dass keine zuverlässige Prognose über die künftige Nachfrage nach Schweizerfranken möglich war. Es hatte sich gezeigt, dass die Geldnachfrage kurzfristig auch von Wechselkurserwartungen abhängig ist, dass aber dieser Einfluss nicht zuverlässig geschätzt werden kann. Mit der Festlegung eines Ziels für die Notenbankgeldmenge wird die Gefahr verringert, dass auf wechselkursbedingte Veränderungen der Geldmenge M_1 geldpolitisch falsch reagiert wird.

M_1 -Ziel
hätte zu vermehrter
Inflation geführt

Die Erfahrungen des Jahres 1980 bestätigten diese Überlegungen. Die Geldmenge M_1 ging weit stärker zurück als Ende 1979 angenommen worden war. Wäre für das Jahr 1980 statt eines Zieles für die Notenbankgeldmenge ein solches für die Geldmenge M_1 festgesetzt worden, so hätte die Notenbankgeldmenge viel stärker als geplant erhöht werden müssen. Damit wären aber die bestehenden Abwertungs- und Inflationstendenzen verstärkt worden.

Geldmengenziel:
Richtgrösse –
nicht starre Regel

Das für 1980 festgelegte monetäre Ziel von 4% wurde aber nicht als starre Regel, sondern als Richtgrösse betrachtet, die es unter normalen Verhältnissen zu erreichen galt. Als sich der Schweizerfranken zu Beginn des Jahres abschwächte, wurde die Notenbankgeldmenge weniger als geplant ausgeweitet. Damit wurde einer verstärkten Abwertung des Schweizerfrankens entgegengetreten und gleichzeitig auch verhindert, dass sich die inflationären Impulse in der Schweiz verstärkten.

Wachstum der
Notenbankgeldmenge
kleiner als geplant

Obwohl sich die Wechselkurssituation in der zweiten Jahreshälfte entspannte und der Abwertungsdruck etwas nachliess, blieb die Zunahme der Notenbankgeldmenge hinter dem angestrebten Wachstum zurück. Das war zum Teil das Ergebnis des geringen Anstiegs des Notenumlaufs. Als Folge der Aufhebung des Verzinsungsverbots und des Negativzinses sowie des Anstiegs der kurzfristigen Zinssätze flossen Noten, die vorher gehortet worden waren, wieder ins Bankensystem zurück. Da durch das Enthorten der Banknoten die Reserven des Bankensystems zunahmen, musste die monetäre Basis weniger stark als ursprünglich geplant erhöht werden.

Aufhebung von
Massnahmen
zur Abwehr von
Auslandgeldern

Die Entwicklung des Frankenkurses und die Ruhe auf den Devisenmärkten erlaubten die Aufhebung der letzten noch verbliebenen Massnahmen gegen den Zufluss von Auslandgeldern. Bundesrat und Notenbank lösten damit das Versprechen ein, nicht marktkonforme Massnahmen so bald als möglich wieder ausser Kraft zu setzen.

Liberalisierung
der Frankengeschäfte

Das Vertrauen, dass die Marktkräfte die internationalen Kapitalbewegungen selbst regulieren, kam auch in der Revision der Kapalexportbestimmungen zum Ausdruck. Mit der Liberalisierung will die Nationalbank möglichst viele Frankengeschäfte, die bisher im Ausland abgewickelt worden waren, wieder in die Schweiz zurückführen. Die Revision der Bestimmungen bedeutet jedoch nicht, dass die Internationalisierung des Schweizerfrankens gefördert werden soll.

Die Nationalbank tritt weiterhin der internationalen Verwendung des Frankens dort entgegen, wo ein wirtschaftliches oder währungspolitisches Interesse der Schweiz nicht gegeben ist.

Für 1981 wurde wiederum ein Ziel für das Wachstum der Notenbankgeldmenge festgelegt. Das Direktorium gab im Einvernehmen mit dem Bundesrat bekannt, dass auch 1981 ein Wachstum der Notenbankgeldmenge im Umfang von 4% angestrebt werde. Diese Wachstumsrate liegt leicht über der auf mittlere Sicht angestrebten Geldmengenentwicklung. Die Schwierigkeit, die internationale Konjunktorentwicklung im Jahre 1981 vorauszusagen, rechtfertigt jedoch die beabsichtigte Geldmengenexpansion.

Geldmengenziel
für 1981:
wiederum 4%

B. Die Entwicklung der Weltwirtschaft

1. Internationale Konjunkturtendenzen

Rezessive Tendenzen
in den meisten
Industrielländern

Die Ölpreiserhöhungen sowie der in verschiedenen Industrieländern als Folge der hohen Inflationsraten vollzogene Übergang zu einer restriktiven Geldpolitik prägten die internationale Konjunktorentwicklung im Jahre 1980. Die realen Austauschverhältnisse der meisten ölimportierenden Länder verschlechterten sich, und entsprechend erhöhte sich der Einkommenstransfer in den OPEC-Raum beträchtlich. Die Konjunktur schwächte sich im Laufe des Jahres in allen OECD-Ländern ab, wobei Zeitpunkt und Ausmass des Rückgangs von Land zu Land verschieden waren. Das Wachstum des internationalen Handels, das bis März zugenommen hatte, ging vom zweiten Quartal an als Folge der konjunkturellen Abschwächung zurück. In den meisten Industrieländern lagen 1980 sowohl die Inflation als auch die Arbeitslosigkeit im Jahresmittel über den Vorjahreswerten. Ausserdem nahmen die Inflationsunterschiede zwischen den einzelnen Ländern wieder zu.

Konjunktur-
entwicklung
im ersten Quartal
noch günstig

Im ersten Quartal entwickelte sich die Konjunktur noch günstig, doch litten die meisten Industrieländer weiterhin unter hohen Inflationsraten, die ähnliche Werte wie Anfang 1974 erreichten. Der weltweite Konjunkturabschwung setzte im zweiten Quartal ein. Die Rezession erfasste zunächst die Vereinigten Staaten, dann Kanada und das Vereinigte Königreich. In den übrigen OECD-Ländern wuchs das reale Bruttosozialprodukt verlangsamt.

USA

Das reale Bruttosozialprodukt der USA, das zu Beginn des Jahres noch leicht zugenommen hatte, fiel im zweiten Quartal um 9,6% (Jahresbasis). Der Rückgang wurde in erster Linie durch die drastische Erhöhung der Zinssätze verursacht, die durch die monetären Massnahmen einschliesslich der mengenmässigen Kreditrestriktionen vom März 1980 bewirkt worden war.

In der zweiten Jahreshälfte belebte sich die Wirtschaftstätigkeit. Das Bruttosozialprodukt blieb im Jahresdurchschnitt stabil. Die kurze Rezession im zweiten Quartal genügte nicht, um die Inflationsrate im Jahresmittel zu reduzieren. Sie betrug noch 13,5%.

Japan

In Japan verlangsamte sich das Wirtschaftswachstum in der zweiten Jahreshälfte. Japan hatte jedoch rascher als andere Länder die negativen Wirkungen des zweiten Erdölpreisschubs überwunden. Die Zuwachsrates des realen Bruttosozialproduktes erreichte trotz der rezessiven Tendenzen im Jahre 1980 mit etwa 5% annähernd den Vorjahreswert. Die Konsumentenpreise nahmen bei starkem Anstieg der Grosshandelspreise nur um 8,0% zu. Der Fehlbetrag der Ertragsbilanz erreichte 1980 10,8 Mrd Dollar, gegenüber 8,8 Mrd im Vorjahr. Allerdings verbesserte sich die Ertragsbilanz in der zweiten Jahreshälfte; im vierten Quartal war sie sogar ausgeglichen.

Bundesrepublik
Deutschland

Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland war einerseits vom weltweiten Konjunkturrückgang und andererseits von der restriktiven Geldpolitik geprägt.

Das Ertragsbilanzdefizit nahm von 5,5 Mrd im Jahre 1979 auf rund 15 Mrd Dollar im Berichtsjahr zu. Der Zuwachs des realen Bruttosozialproduktes betrug im Jahresdurchschnitt 1,8%. Im Zuge der Konjunkturabflachung nahm die Inflationsrate in der zweiten Jahreshälfte etwas ab; sie betrug im Jahresmittel 5,5%. Die Arbeitslosenquote hingegen stieg bis zum Jahresende auf 4,5%.

In Frankreich und in Italien schwächte sich die Konjunktur im zweiten Halbjahr ab. In beiden Ländern stiess die Inflationsbekämpfung auf Schwierigkeiten. Die Inflationsraten erhöhten sich, obwohl die Arbeitslosigkeit spürbar zunahm. Von 1979 auf 1980 fiel die Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes in Italien von 5% auf 3,7% und in Frankreich von 3,3% auf 1,6%.

Frankreich und
Italien

Ebenfalls im zweiten Quartal setzte der Konjunkturrückgang im Vereinigten Königreich ein. Die Rezession war in diesem Land am stärksten ausgefallen. Das Bruttosozialprodukt nahm um 2,3% ab. Die Arbeitslosenquote stieg bis zum Jahresende auf 9%. Die Inflationsrate lag im Jahresdurchschnitt über dem Vorjahreswert, fiel aber in der zweiten Jahreshälfte deutlich. Infolge der Rezession verbesserte sich die Ertragsbilanz. Anstelle eines Fehlbetrages wie im Vorjahr (3,9 Mrd Dollar) wies sie im Jahre 1980 einen Überschuss von etwa 5,5 Mrd Dollar auf.

Starke Rezession
im Vereinigten
Königreich

2. Der monetäre Bereich

Die meisten Industrieländer litten im Berichtsjahr unter hoher Inflation und beträchtlichen Ertragsbilanzdefiziten. Die Währungsbehörden sahen sich daher gezwungen, ihre restriktive Geldpolitik weiterzuführen bzw. zu verstärken.

Im Herbst 1979 ging die amerikanische Notenbank dazu über, die Geldmenge nicht mehr in erster Linie über die Zinssätze, sondern über die Bankenreserven zu steuern. Durch diesen Wechsel in der Strategie versuchte sie, die Geldmengenentwicklung und damit die Inflation in den Griff zu bekommen. Ihre Bemühungen waren insofern erfolgreich, als die Wachstumsziele für die verschiedenen Geldmengenaggregate weitgehend erreicht wurden. Die Inflation blieb aber trotzdem auf hohem Niveau. Erst gegen Ende des Jahres 1980 liess der Preisauftrieb etwas nach.

Neue geldpolitische
Strategie der USA

Das veränderte Vorgehen des Federal Reserve Board bei der Geldmengensteuerung bewirkte höhere Zinssätze und grössere Zinssatzschwankungen. Der Satz für Federal Funds stieg von Januar bis April um 5 Prozentpunkte auf 19% und fiel dann auf 9% im Juli. Gegen das Jahresende kletterte er wieder auf 19%. Andere Geldmarktsätze entwickelten sich ähnlich.

Hochzinspolitik in der Bundesrepublik und in Japan

Die deutschen und japanischen Währungsbehörden verstärkten im Verlaufe des Jahres den restriktiven geldpolitischen Kurs, um den zinsbedingten Kapitalabfluss ins Ausland zu bremsen und gleichzeitig den Inflationsdruck zu vermindern. In der ersten Jahreshälfte wurde der Diskontsatz in Japan mehrmals erhöht; in der Bundesrepublik erreichte er den höchsten Wert der Nachkriegszeit.

Im Laufe des Sommers führten der Rückgang der amerikanischen Zinssätze und die Konjunkturabflachung zu einer Entspannung auf den Geldmärkten. In Japan wurde die Kreditbegrenzung gelockert und der Diskontsatz gesenkt, während die Deutsche Bundesbank die Mindestreservesätze herabsetzte und den Lombardsatz, jedoch nicht den Diskontsatz, reduzierte. Trotz dieser Massnahmen blieb die Geldpolitik in der Bundesrepublik und in Japan restriktiv. Am Jahresende lag der Zuwachs der Geldmenge M_2 in Japan unter dem Zielwert, und in der Bundesrepublik bewegte sich die Zentralbankgeldmenge an der unteren Grenze der für 1980 festgesetzten Bandbreite.

Unklarheit über den geldpolitischen Kurs im Vereinigten Königreich

Im Vereinigten Königreich war das Wachstum der Geldmenge M_3 deutlich stärker als von den Behörden geplant. Eine restriktive Geldpolitik zeigte hingegen die Entwicklung der monetären Basis an. Auch das stark gestiegene Zinsniveau deutete auf einen restriktiven geldpolitischen Kurs hin.

Fortführung der Kreditbegrenzung in Frankreich

Die französische Notenbank setzte die Inflationsbekämpfung mit Hilfe der Kreditbegrenzung fort. Es gelang ihr, das für 1980 gesetzte Wachstumsziel für die Geldmenge M_2 von 11 % zu verwirklichen.

Stärkere Schwankungen der Wechselkurse ...

Die Wechselkurse schwankten im Jahre 1980 stärker als im Vorjahr, ohne dass es – wie 1978 – zu Währungsturbulenzen gekommen wäre. Der Wechselkursverlauf war vor allem durch das wachsende Vertrauen in den amerikanischen Dollar bestimmt. Ansätze zu extremen Wechselkursausschlägen wurden durch koordinierte Devisenmarktinterventionen im Keime erstickt.

... verursacht durch internationale Zinsunterschiede

Unmittelbare Ursache der Wechselkursbewegungen war die unterschiedliche Entwicklung der Zinssätze in den verschiedenen Ländern. Während in den Vereinigten Staaten die kurzfristigen Zinssätze ausserordentlich stark schwankten, waren die Zinsbewegungen in anderen Ländern weniger markant. Dies führte dazu, dass sich die Zinsdifferenzen im Jahresablauf deutlich veränderten. Die dadurch ausgelösten beträchtlichen Kapitalverschiebungen beeinflussten ihrerseits die Wechselkurse. So schwankte beispielsweise der Dollarkurs gegenüber dem Schweizerfranken zwischen Fr. 1,56 und Fr. 1,88.

D-Mark

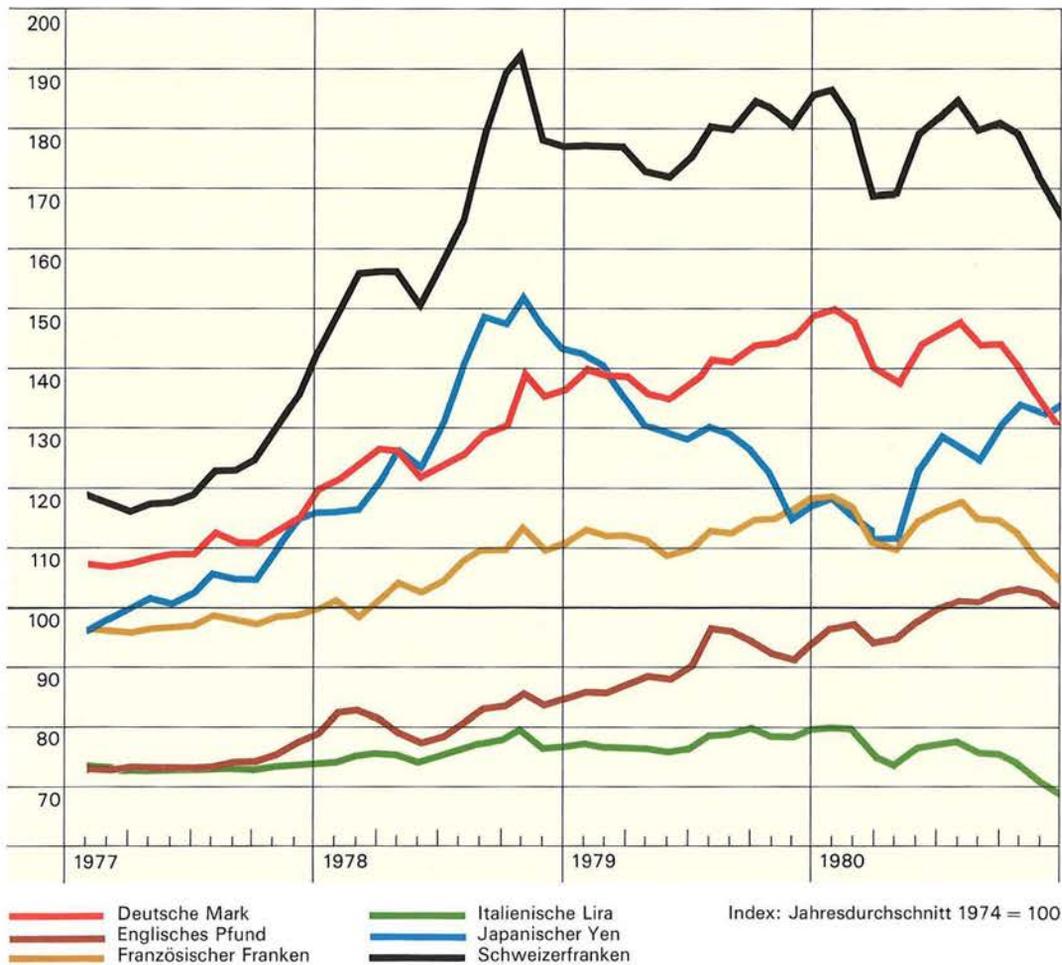
Die D-Mark reagierte als internationale Reservewährung besonders empfindlich auf Veränderungen der Zinsdifferenzen. Gegenüber den am Europäischen Währungssystem (EWS) beteiligten Währungen blieb die D-Mark in der zweiten Jahreshälfte schwach. Diese Entwicklung hing damit zusammen, dass aufgrund

der geringen Wahrscheinlichkeit von Leitkursanpassungen im EWS eine verhältnismässig risikolose Zinsarbitrage möglich war. Das Ertragsbilanzdefizit wirkte sich ebenfalls kursschwächend aus.

Das britische Pfund setzte seinen Kursanstieg auch im Berichtsjahr trotz hoher Inflation und ungünstiger Wirtschaftslage fort. Auch die Aufhebung der Kapitalverkehrskontrollen führte zu keiner Abschwächung des Pfundkurses. Die Stärke des Pfundes ist vermutlich in erster Linie darauf zurückzuführen, dass das Vereinigte Königreich ein relativ hohes Zinsniveau und den grössten Ertragsbilanzüberschuss unter den Industrieländern aufwies.

Britisches Pfund

Dollarkurse wichtiger Währungen



Yen	Die Talfahrt des Yen, die eineinhalb Jahre gedauert hatte, wurde im April durch drastische monetäre Massnahmen aufgehoben. Die Kurskorrektur wurde durch Kapitalzuflüsse von den OPEC-Staaten nach Japan begünstigt. Der handelsgewichtete Yenkurs nahm bis zum Jahresende um rund 17,5% zu. In Japan wurden ebenfalls Schritte zu einer weiteren Liberalisierung des Handels- und Devisenverkehrs unternommen.
Lira	Die Lira schwächte sich im zweiten Quartal beträchtlich ab. Gerüchte über eine bevorstehende Leitkursanpassung der Lira verstummten erst, als die Notenbank im dritten Quartal restriktive Massnahmen ergriff. Trotzdem nahm der Kurs der italienischen Währung im zweiten Halbjahr sowohl gegenüber dem Dollar wie auch handelsgewichtet ab. Der Kursrückgang hing mit der Ertragsbilanz, der hohen Inflationsrate und den ungünstigen Wirtschaftsaussichten zusammen.
Französischer Franken	Ruhig war es hingegen um den französischen Franken. Sein handelsgewichteter Kurs veränderte sich im Jahresablauf kaum. Gegenüber dem Dollar entwickelte sich die französische Währung ähnlich wie die D-Mark und der Schweizerfranken, allerdings mit geringeren Kursfluktuationen.

3. Die internationale Währungszusammenarbeit

Keine EWS-Leitkursanpassungen	Seit der Schaffung des Europäischen Währungssystems (EWS) sind die Wechselkurse der beteiligten Währungen stabiler geworden. Mit Devisenmarktinterventionen und Anpassungen des Geldangebotes wurden im Jahre 1980 die Wechselkurse innerhalb der zulässigen Bandbreiten gehalten, ohne dass die Leitkurse angepasst werden mussten.
Schwierigkeiten bei der Harmonisierung der Stabilisierungspolitik im EWS	Die grossen Inflationsunterschiede innerhalb der Europäischen Gemeinschaft sind ein Zeichen dafür, dass es bisher nicht gelungen ist, die Geld- und Fiskalpolitik der einzelnen Länder aufeinander abzustimmen. Die eher enttäuschenden Ergebnisse der Harmonisierungsbemühungen erklären zusammen mit politischen Überlegungen, warum der Übergang von der Anlaufs- zur institutionellen Phase des EWS, die zwei Jahre nach Inkrafttreten des Systems hätte stattfinden sollen, vertagt wurde.
Französischer Franken fast immer stärkste Währung im EWS	Im Jahre 1980 war der französische Franken fast immer die stärkste Währung im EWS, während sich der belgische Franken, die D-Mark und die dänische Krone als schwächste Währung ablösten. In der zweiten Jahreshälfte war die italienische Lira, für die eine erweiterte Bandbreite von $\pm 6\%$ gilt, die schwächste Währung im System. Der Kurs des nicht am Wechselkurssystem des EWS be-

teiligten britischen Pfundes schwankte im Berichtsjahr stärker als derjenige der übrigen Gemeinschaftswährungen.

Im Rahmen des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurden vor allem Probleme diskutiert, die sich bei der Finanzierung hoher Ertragsbilanzdefizite ergeben. Die Entwicklungsländer legten einen umfangreichen Forderungskatalog vor, dessen Realisierung den Charakter des IWF grundlegend ändern würde. Angesichts der zu erwartenden Schwierigkeiten bei der Finanzierung der Ertragsbilanzdefizite wurden die Kreditlimiten des IWF erhöht. Während einer Periode von drei Jahren können nun Kredite bis zu einem jährlichen Höchstbetrag von 200% der Mitgliederquoten beansprucht werden. Ausserdem wurde beschlossen, für Kredite, die armen Entwicklungsländern im Rahmen der Witteveen-Fazilität gewährt werden, ein Zinssubventionskonto zu schaffen.

IWF befasst sich vor allem mit Ertragsbilanzproblemen

Die für die wachsende Kreditfähigkeit erforderlichen Mittel will sich der IWF auf längere Frist vor allem mit Quotenerhöhungen beschaffen. Es wurde aber auch die Möglichkeit in Betracht gezogen, Kredite bei den Überschussländern und auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Die im Jahre 1978 bei der siebten allgemeinen Quotenüberprüfung beschlossene Erhöhung hat nach langwierigem Ratifizierungsprozess Ende 1980 die erforderliche Mehrheit gefunden. Eine achte Quotenüberprüfung wird vorbereitet.

Um die Attraktivität der Sonderziehungsrechte (SZR) zu erhöhen, wurde der Währungskorb, der zur Berechnung der SZR verwendet wird, am 1. Januar 1981 von 16 auf fünf Währungen (US-Dollar, D-Mark, französischer Franken, britisches Pfund und Yen) reduziert. Diese Vereinfachung ermöglicht eine leichtere Absicherung von SZR-Positionen auf dem Devisenmarkt. Der Schweizerischen Nationalbank und der Weltbank wurde neben anderen Institutionen das Recht eingeräumt, als sogenannte «other holders» SZR zu halten.

Attraktivität der SZR erhöht

C. Die Entwicklung der schweizerischen Wirtschaft

1. Der Konjunkturverlauf

Starke Zunahme
des Realwachstums

Nach dem Konjunkturaufschwung im Jahre 1979 erreichte die schweizerische Wirtschaft 1980 den oberen Wendepunkt des Konjunkturzyklus. Das Sozialprodukt nahm real um schätzungsweise 3% (1979: 2,5%) und nominal um etwas über 5% (1979: 4,6%) zu.

Insbesondere zu Beginn des Jahres 1980 profitierte die schweizerische Wirtschaft, vor allem der Bausektor, von der expansiven Geldpolitik der Vorjahre. Der ruhige Verlauf des Wechselkurses begünstigte die Exportindustrie. Da das gute Konjunkturklima zudem die Konsumnachfrage anregte, waren die Voraussetzungen für eine hohe Wachstumsrate, jedoch auch für eine höhere Teuerungsrate gegeben. In der zweiten Jahreshälfte ging mit der Konjunkturabschwächung im Ausland der Bestellungseingang zurück, was sich aber nur vereinzelt auf Produktion und Beschäftigung auswirkte.

Gesteigerte
Industrieproduktion

Die verfügbaren technischen Kapazitäten gestatteten anfänglich eine rasche Anpassung der Produktion an die gestiegene in- und ausländische Nachfrage. Die industrielle Produktion nahm besonders im ersten Semester (+8,4%) stark zu. In der zweiten Jahreshälfte lag die Produktion um 2,3% über dem Vorjahresniveau. Überdurchschnittlich zum Produktionsanstieg beigetragen haben die Maschinen- und Apparateindustrie sowie die Graphische Industrie.

Der private Konsum

Beschleunigtes
Wachstum

Die privaten Haushalte konsumierten deutlich mehr als im Jahre 1979. Zum Wachstum des privaten Konsums trugen die erhöhte Sicherheit der Arbeitsplätze, die Zunahme der Beschäftigung und die Entwicklung der verfügbaren Einkommen bei.

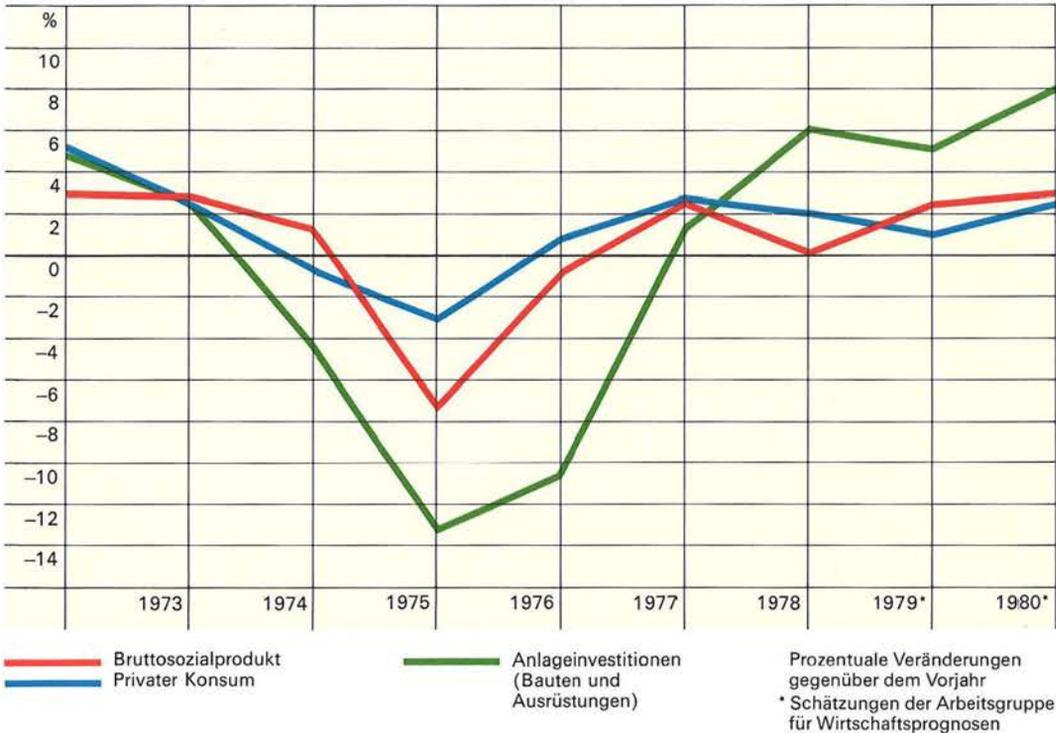
Güterkonsum

Die Kleinhandelsumsätze, die keine Dienstleistungen einschliessen, lagen wertmässig um 7,3% und real um 2% höher als im Jahre 1979. Grössere Zunahmen wies vor allem der Konsum von Bekleidungs- und Textilwaren auf. Trotz des Einfamilienhausbaubooms stagnierten die Importe von Wohnungseinrichtungen auf hohem Niveau (+0,4%). Nach den Rekordimporten von Automobilen in den Vorjahren gingen die Einfuhren von Personenwagen (-3,3%) zurück.

Gutes Jahr
im Fremdenverkehr

Die Fremdenverkehrsindustrie erzielte dank einer erfolgreichen Wintersaison ein gutes Ergebnis. Die Zahl der Übernachtungen in Hotel- und Kurbetrieben erhöhte sich im Jahre 1980 um 12,0%. Begünstigt durch die Preis- und Wechselkursentwicklung nahm die Zahl der Logiernächte von Ausländern um 17,7% und von Schweizer Gästen um 5,2% zu. Deutlich mehr Gäste kamen aus der Bundesrepublik Deutschland, aus dem Vereinigten Königreich und den Vereinigten Staaten.

Reales Bruttosozialprodukt



Investitionen, Bautätigkeit und Industrieproduktion

Die schon im Jahre 1979 lebhaftete Bautätigkeit nahm im Jahre 1980 weiter zu. Auch nach der Hypothekarzinsenerhöhung vom Frühjahr blieben die Finanzierungsbedingungen noch günstig.

Erneut gesteigerte Bautätigkeit

Mit rund 40 000 fertiggestellten Wohnungen entsprach die Produktion ungefähr dem mittelfristigen Bedarf. Der Trend zum Einfamilienhaus hielt in abgeschwächter Form an. Am ausgeprägtesten nahm die Wohnbautätigkeit in den Agglomerationsgemeinden zu. In den 92 Städten wurden demgegenüber nur noch 11 883 Wohnungen erstellt (-1,3%); besonders deutlich ging die Zahl der Neubauwohnungen in den fünf Grossstädten zurück. Der Leerwohnungsbestand in Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern nahm erneut ab; am 1. Dezember 1980 betrug er noch 12 895 Einheiten.

Wohnungsbau gemäss mittelfristigem Bedarf

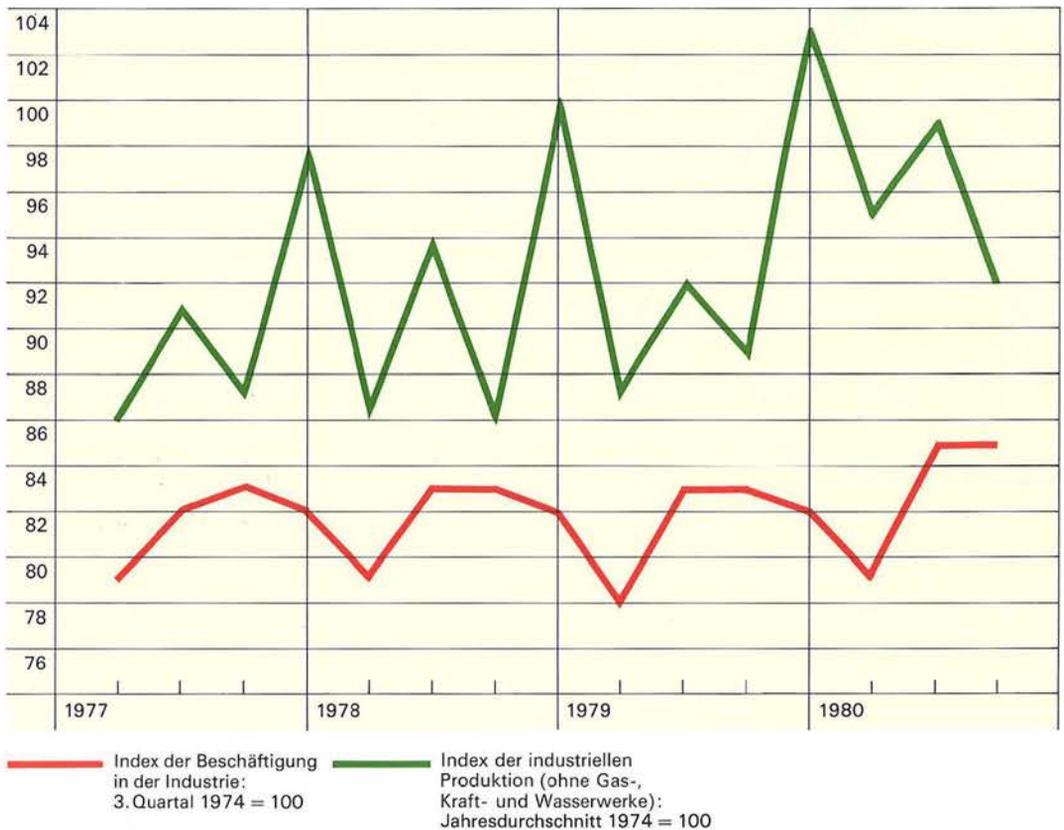
Leerwohnungsbestand wiederum rückläufig

Ein rezessionsbedingter Nachholbedarf bestand bei den industriell-gewerblichen Investitionen. Die teilweise bessere Ertragslage sowie günstigere Absatzsichten schufen die Voraussetzungen für eine deutliche Zunahme der In-

Verstärkte Investitionstätigkeit der Industrie, ...

vestitionstätigkeit. Einen zusätzlichen Anreiz bot die Notwendigkeit zur Erdölsubstitution, zur Rationalisierung und zur Einführung neuer Technologien. Die etwas ungünstigeren Wirtschaftsaussichten für das Jahr 1981 führten allerdings in der zweiten Jahreshälfte zu einem Rückgang des inländischen Bestellungseingangs in der Maschinenindustrie.

Produktion und Beschäftigung



... besonders im Baubereich

Ein Schwerpunkt der Investitionstätigkeit der Industrie lag im Baubereich. Im Vergleich zum Vorjahr gewannen die Neubauten gegenüber den Umbauten an Gewicht. Der Trend zu grösseren Einheiten wird durch das höhere durchschnittliche Raumvolumen der Bauprojekte dokumentiert.

Schwache Investitionsnachfrage der öffentlichen Hand

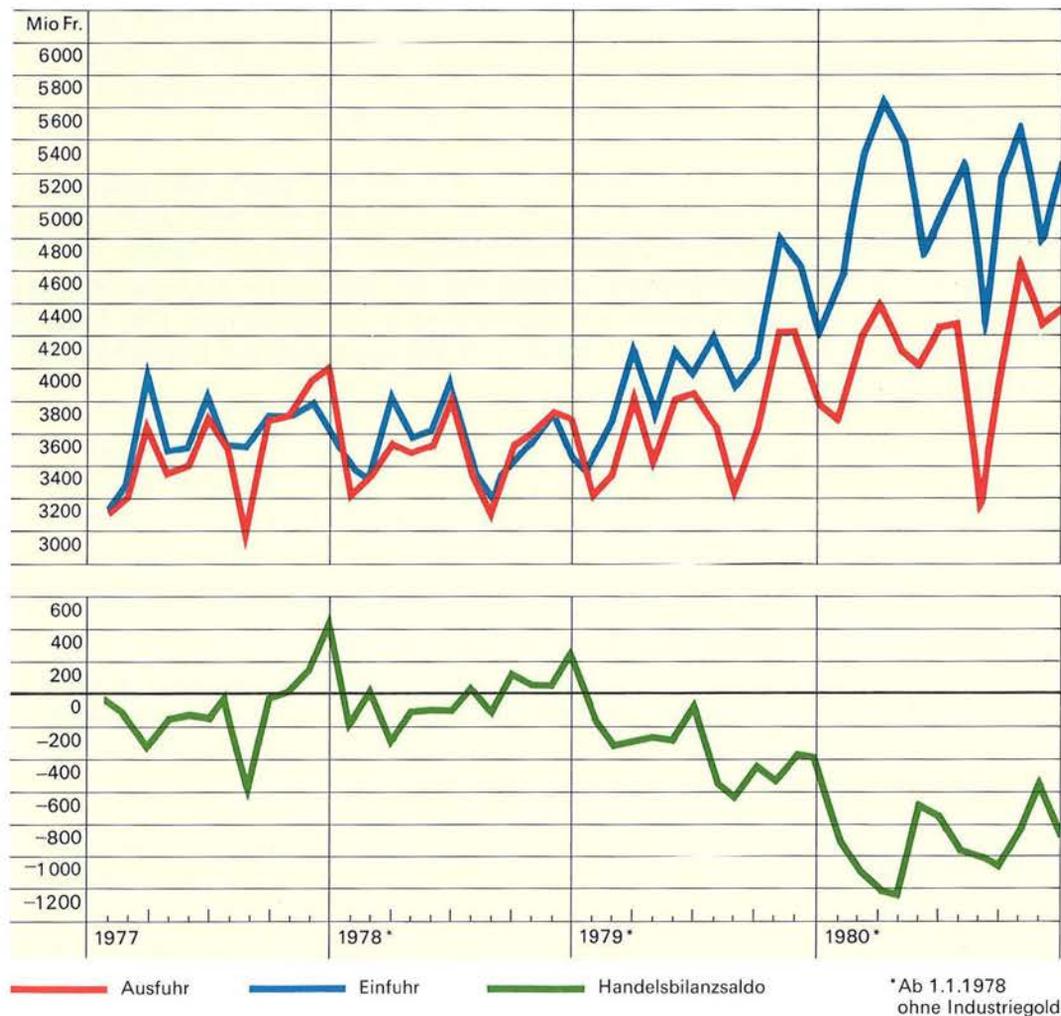
Von der öffentlichen Bautätigkeit gingen keine Investitionsimpulse aus. Die Bemühungen um Beschränkung der Ausgaben führten zusammen mit dem bereits erreichten hohen Grad des Infrastrukturausbaus zu einer Stagnation im öffentlichen Bau. Höhere Aufwendungen der Kantone wurden aufgewogen durch geringere Ausgaben beim Bund und in den Gemeinden. Preiskorrigiert lag die öffentliche Bautätigkeit leicht unter dem Vorjahresniveau.

Aussenhandel

Im Aussenhandel wurden im Jahre 1980 neue Rekordwerte erzielt. Die Einfuhren erreichten den Betrag von 60,9 Mrd Franken, die Ausfuhren von 49,6 Mrd Franken. Die Handelsbilanz schloss mit einem Defizit von 11,3 Mrd Franken (Vorjahr: 4,7 Mrd) ab. Da die Zollpositionen Edelmetalle, Edel- und Schmucksteine sowie Kunstgegenstände und Antiquitäten die Aussagekraft der Aussenhandelsstatistik vermindern, werden sie in den folgenden Ausführungen ausgeklammert. Das so bereinigte Handelsbilanzdefizit beläuft sich auf 9,3 Mrd Franken.

Wachstum der Ein- und Ausfuhren; Rekorddefizit in der Handelsbilanz

Aussenhandel



Bremswirkungen der ausländischen Konjunktur in der zweiten Jahreshälfte

Die Exporte lagen im Jahre 1980 nominell um 11,1% und real um 4,9% höher als im Vorjahr. Das Wachstum der Exporte erreichte seinen Höhepunkt in der ersten Jahreshälfte; danach ging es infolge der schwächeren Konjunktur im Ausland leicht zurück. Einmal mehr waren die Ausfuhren der Investitionsgüterindustrie konjunkturresistenter als die Konsumgüterexporte. Den stärksten realen Exportzuwachs erzielte die Maschinenindustrie mit 11%. Es folgten die chemische (5,5%) sowie die Textil- und Bekleidungsindustrie (4,7%). Einen Rückschlag (6,1%) musste die Uhrenindustrie hinnehmen.

Die Einfuhren stiegen nominell um 20,5% und real um 7,8%. Die unsicheren Konjunkturaussichten führten zu einer Zurückhaltung beim Lageraufbau, was sich in der zweiten Jahreshälfte auch bei den Importen niederschlug.

Ein geringeres reales Wachstum als im Vorjahr wiesen die Importe von Rohstoffen und Halbfabrikaten (8,8%) und von Konsumgütern (4,3%) auf. Mit Abstand am stärksten wuchsen die Importe von Ausrüstungsgütern, deren volumenmässige Zunahme (19,0%) das bereits hohe Vorjahresergebnis noch übertraf. Die Energieträgereinfuhren nahmen um 0,6% ab.

Kaum veränderte geographische Aufteilung der Ein- und Ausfuhren

Die nominelle Importzunahme verteilte sich auf alle wichtigen Bezugsgebiete. Überdurchschnittlich stark erhöhten sich die Einfuhren aus den USA, Japan, den OPEC- und den Entwicklungsländern. Dagegen haben die Staaten der EG und der EFTA – die traditionellen Lieferländer der Schweiz – an Gewicht verloren. Die Zunahme der Ausfuhr war regional recht ausgeglichen. Die Exporte nach dem Vereinigten Königreich, Japan und den europäischen Staatshandelsländern stagnierten hingegen.

Schlechtere reale Austauschverhältnisse

Da die höheren ausländischen Inflationsraten nicht durch eine Aufwertung des Schweizerfrankens kompensiert wurden, verschlechterte sich das reale Austauschverhältnis der Schweiz gegenüber dem Ausland.

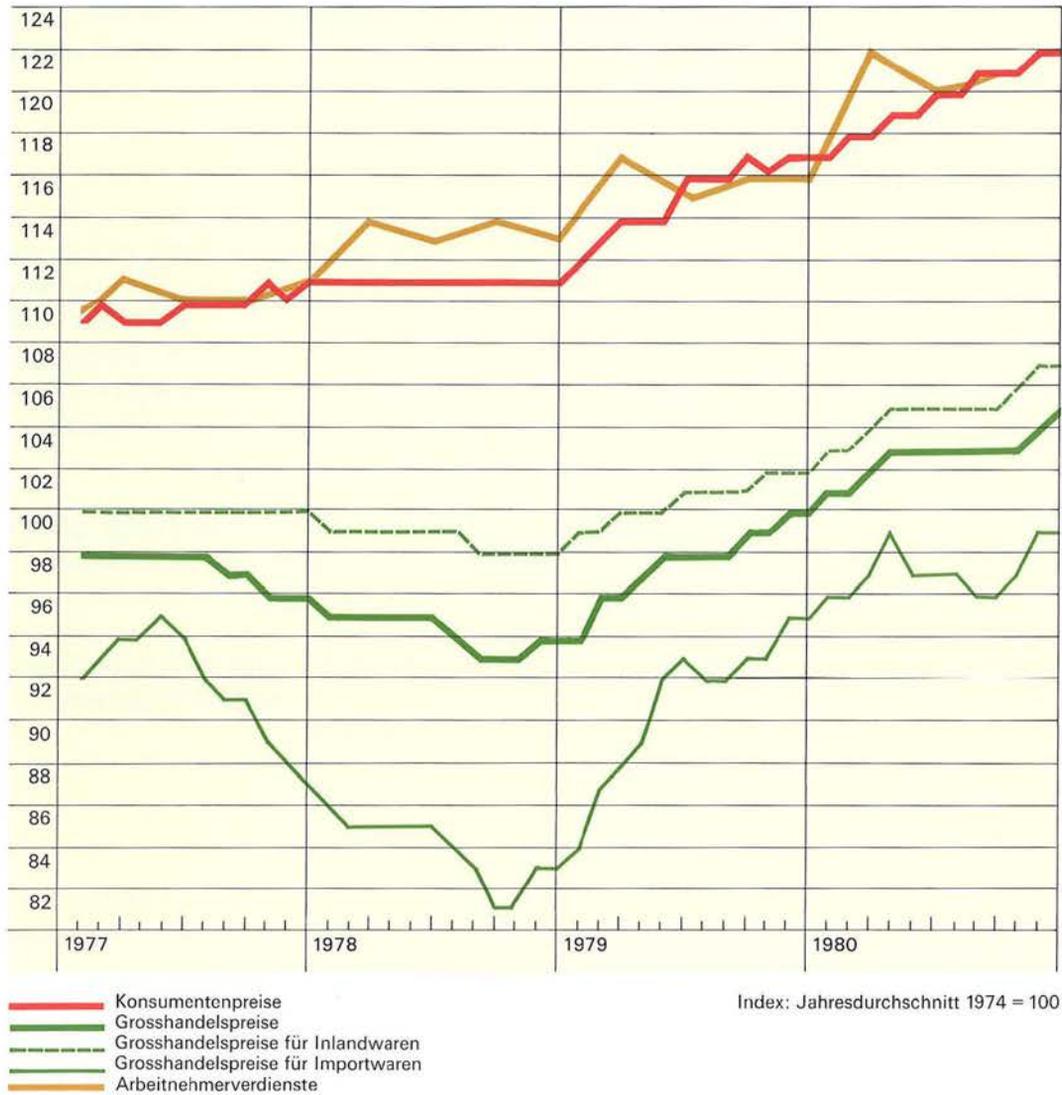
Arbeitsmarkt

Fortschreitende Anspannung auf dem Arbeitsmarkt

Die Beschäftigung stieg im Jahre 1980 weiter an (+2,1%). In manchen Branchen kam es zu einem akuten Mangel an Arbeitskräften, der die Produktionsmöglichkeiten beschränkte. Im Jahresdurchschnitt lag die Arbeitslosenquote bei 0,2% (Vorjahr: 0,3%).

Besonders ausgeprägt kam die angespannte Beschäftigungslage im Rückgang der durch Kurzarbeit verlorenen Arbeitsstunden zum Ausdruck. Auch die Zahl der Ganzarbeitslosen nahm ab; sie betrug im Dezember noch 6285 und war damit um 2618 kleiner als im Vorjahr. Kurzarbeit und Arbeitslose gab es 1980 vornehmlich in der Textil-, der Maschinen- und der Uhrenindustrie sowie in Verwaltungs- und Büroberufen.

Löhne und Preise



Die stärkere Nachfrage nach Arbeitskräften kam auch in der grösseren Zahl der gemeldeten offenen Stellen zum Ausdruck. Die ausgeprägtesten Zunahmen registrierten die Bau- sowie die Textilbranche.

Im August befanden sich 706 309 ausländische Arbeitskräfte in der Schweiz; das sind 29 454 oder 4,4% mehr als im Vorjahr. Bedingt durch den starken Aufschwung im Baugewerbe nahm die Zahl der Saisoniers besonders ausgeprägt zu.

Vermehrte
Beschäftigung
von Saisoniers

Steigende Reallöhne

Die durchschnittlichen Arbeitnehmerverdienste lagen im vierten Quartal um 5,6% höher als ein Jahr zuvor. Der reale Lohnanstieg erreichte im selben Zeitraum 1,4%. Auf Anfang 1981 wurden teilweise beträchtliche Lohnerhöhungen und mehr Ferien gewährt.

Preisentwicklung

Geringerer Anstieg des Konsumentenpreisindex

Der Index der Konsumentenpreise war im Dezember 1980 um 4,4% höher als ein Jahr zuvor (1979: 5,2%). Während im Vorjahr die Erdölpreiserhöhung den bestimmenden Teuerungsfaktor darstellte, verteuerten sich im Jahre 1980 vor allem die Nahrungsmittel und die Dienstleistungen (Bildung und Erholung). Der Mietpreisindex stieg trotz der Hypothekarzinsenerhöhung vom Frühjahr lediglich um 2,5%. Der Preis von Heizöl lag Ende 1980 leicht unter dem Vorjahresniveau.

Gleiche Teuerung bei Import- und Inlandwaren

Auf der Grosshandelsstufe stiegen die Preise der inländischen Güter gleich schnell wie die der Importwaren. Insgesamt erhöhte sich der Grosshandelspreisindex im Laufe des Jahres um 4,6% (1979: 6,9%).

Erhebliche Bauteuerung

Die starke Hochbautätigkeit führte zu Preissteigerungen in praktisch allen Sparten dieser Branche. Der Baukostenindex der Stadt Zürich stieg im Vorjahresvergleich um 8,9% (Oktober) gegenüber 5,1% im Jahre 1979.

Öffentliche Haushalte

Erhöhtes Defizit des Bundes im Jahre 1979

Die Finanzrechnung des Bundes für das Jahr 1979 schloss mit einem Defizit von 1,7 Mrd Franken deutlich schlechter ab als budgetiert (–1,3 Mrd). Einerseits wurden die veranschlagten Erträge bei der Wehrsteuer und der Verrechnungssteuer nicht erreicht, und andererseits mussten hohe Nachtragskredite gesprochen werden.

Defizit 1980 kleiner als erwartet

Im Budget der Eidgenossenschaft für das Jahr 1980 waren Einnahmen von 16,0 Mrd Franken und Ausgaben von 17,3 Mrd Franken eingesetzt, was einen Fehlbetrag von 1,3 Mrd Franken ergab. Da die Einnahmen konjunkturbedingt stärker als geplant stiegen, wurde das budgetierte Defizit um 200 Mio Franken unterschritten.

Reduziertes Budgetdefizit für 1981

Dank verschiedener Sparmassnahmen konnte für 1981 das Budgetdefizit auf gut eine Milliarde Franken reduziert werden.

Ausgeglichene Rechnung der Kantone

Mit einem Defizit von rund 79 Mio Franken waren die Kantonsrechnungen im Jahre 1979 ungefähr ausgeglichen. Für 1980 ist allerdings ein grösserer Fehl-

betrag zu erwarten, da Transferzahlungen aus der Bundeskasse und die Kantonsanteile an den Bundessteuern reduziert wurden.

2. Die Geldversorgung

Mit dem Wachstumsziel von 4% der Notenbankgeldmenge für das Jahr 1980 war die Marschrichtung in der Geldpolitik vorgegeben. Im ersten Quartal sah sich die Nationalbank jedoch mit einer für schweizerische Verhältnisse ungewöhnlichen Situation konfrontiert. Trotz höherer Geldmarktsätze hielt die Schwächeneigung des Schweizerfrankens an, weil die Geldmarktsätze im Ausland noch stärker gestiegen waren. Dennoch hielt die Notenbank an dem für 1980 festgelegten geldpolitischen Kurs fest, obwohl aus kurzfristiger Sicht eine grundsätzliche Änderung der Politik denkbar gewesen wäre. Weder wusste man, ob es sich bei der Abschwächung des Frankens um eine vorübergehende Erscheinung handelte, noch bestand darüber Klarheit, ob die Frankenschwäche auf eine zu expansive schweizerische oder eine sehr restriktive ausländische Geldpolitik zurückzuführen war. Deshalb wurde die Expansion der Notenbankgeldmenge gegenüber der ursprünglich geplanten Grösse nur geringfügig reduziert.

Zurückhaltende
Expansion der
Notenbankgeldmenge

Im ersten Quartal wurde das Notenbankgeldmengenziel im Durchschnitt zwar ungefähr erreicht, Mitte März lag die Notenbankgeldmenge jedoch deutlich unter dem Stand von Mitte Januar. Im zweiten Quartal wurde der restriktive Kurs noch etwas verschärft, so dass die Notenbankgeldmenge im Durchschnitt nur unwesentlich über dem Ausgangspunkt von Mitte November 1979 lag. Im dritten Quartal entsprach die Ausweitung der Notenbankgeldmenge ungefähr den Zielvorstellungen. Im vierten Quartal führten die hohen ausländischen Zinssätze und der schwache Anstieg des Notenumlaufs zu einem im Vergleich zum dritten Quartal geringfügigen Abbau der Notenbankgeldmenge. Damit betrug der durchschnittliche Anstieg der Notenbankgeldmenge im Laufe des Jahres 1980 statt der geplanten 4% nur 2%.

Wachstum der
Notenbankgeldmenge
unter der Zielgrösse

Das Zinsniveau stieg im Jahre 1980 an. Damit verbunden waren Verschiebungen von Sicht- auf Zeiteinlagen, die sich auf die monetären Aggregate auswirkten. Insbesondere die Geldmengen M_1 und M_2 (M_1 plus Termineinlagen) wurden betroffen. Die Geldmenge M_1 , die 1979 als Folge der wechselkursbedingten Aufblähung der Notenbankgeldmenge um 8,5% zunahm, blieb während des ganzen Jahres 1980 unter ihrem Vorjahresstand. Der Rückgang von 9,2% im Jahresdurchschnitt fiel stärker als erwartet aus. Durch die hohen ausländischen Zinssätze und die damit verbundene Abwertungstendenz des Schweizerfrankens erhöhten sich die schweizerischen Geldmarktsätze stärker als bei der Festsetzung des Geldmengenziels angenommen worden war.

Zinsinduzierte
Umschichtungen
von Sicht- auf
Zeiteinlagen

Rund zwei Prozentpunkte des starken Rückgangs von M_1 sind der Umbuchung eines Teils der Lohnkonti auf Einlagen- und Depositenhefte zuzuschreiben.

Notenbankgeld und Geldmenge



Sichteinlagen unter dem Vorjahresstand

Wachstum des Bargeldumlaufs rückläufig

Die Sichtdepositen lagen im Durchschnitt 14,8% unter dem Vorjahresstand. Der Bargeldumlauf nahm gegenüber dem Vorjahr um 2,8% zu, doch bildeten sich die Zuwachsraten trotz deutlicher Konsumbelebung im Laufe des Jahres dauernd zurück. Diese Entwicklung des Bargeldumlaufs ist zum grossen Teil auf das Enthorten von Noten im Anschluss an die Aufhebung der Negativzinspflicht zurückzuführen. Dies zeigt sich bei den Zuwachsraten der einzelnen Notenabschnitte. Der Notenumlauf von Abschnitten mit einem Wert von 10 bis 500 Franken nahm im Laufe des Jahres 1980 entsprechend den Erwartungen zu. Die An-

zahl der zum Horten besser geeigneten 1 000-Franken-Noten verharrte jedoch ungefähr auf dem Vorjahresstand.

Die Geldmenge M_2 dehnte sich stark aus. Die Ursache lag in der zinsbedingten Erhöhung der Termineinlagen. Da die Nationalbank im Hinblick auf die Teuerungskämpfung die Zinsanpassungen bei den Kassenobligationen und bei den Hypothekarkrediten verzögerte, ergaben sich zeitweise beträchtliche Zinsdifferenzen zwischen Termineinlagen, Kassenobligationen und Spargeldern. Wie bedeutend die Zinsdifferenzen für die Entscheidungen der Anleger waren, zeigen die Zuwachsraten des Quasigeldes (Termineinlagen und Sichteinlagen in ausländischer Währung), die in den ersten sechs Monaten mit durchschnittlich 109% ausserordentliche Werte annahmen. In der zweiten Jahreshälfte wurde die Zinsdifferenz zwischen den kurz- und langfristigen Sätzen kleiner, so dass die Quasigeldmenge auf dem erreichten Niveau verharrte. Dennoch blieb die durchschnittliche Zuwachsrate im Jahre 1980 mit 81% hoch. Das Wachstum des Quasigeldes schlug sich in hohen Steigerungsraten der Geldmenge M_2 nieder. Während des ganzen Jahres pendelten die Zuwachsraten um 20%.

Starkes Wachstum des Quasigeldes

Die kurzfristigen Schwankungen der Wachstumsraten der monetären Aggregate können leicht zu falschen Schlussfolgerungen über die geldpolitische Linie der Nationalbank verleiten. Die Beurteilung der Notenbankpolitik sollte sich auf die Geldmengenentwicklung in der mittleren Frist abstützen. Mittelfristig wächst die Geldmenge M_1 ungefähr im Ausmass des Anstiegs der Notenbankgeldmenge. Seit 1977 betrug deren Wachstum rund 5%. Dieses Wachstum ist im Hinblick auf stabile Preise zu hoch. Eine niedrigere Inflationsrate erfordert mittelfristig eine Reduktion des Wachstums der Notenbankgeldmenge.

Mittelfristig gleiches Wachstum von Notenbankgeldmenge und M_1

3. Die Geldmarktverhältnisse im Jahresablauf

Die Versorgung des Bankensystems mit Liquidität entsprach im Berichtsjahr weitgehend den Vorstellungen der Nationalbank und verlief im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren ruhig. Liquiditätsengpässe konnten durch gezielte Swapoperationen vermieden werden. Die Swapkredite erreichten nicht nur an den Monatsenden ein beträchtliches Ausmass, sondern mussten dauernd zur Liquiditätsschöpfung herangezogen werden.

Den Vorstellungen entsprechende Liquiditätsversorgung

Das Geschehen auf dem Geldmarkt im ersten Quartal stand im Zeichen einer etwas restriktiveren Geldpolitik. Die Liquidität auf dem Geldmarkt wurde von gut 9 Mrd Franken Anfang Jahr auf etwa 6 Mrd Franken im Monat März reduziert. Ende Februar machte die Nationalbank erstmals von ihrer Kompetenz Gebrauch, eigene Schuldverschreibungen auszugeben. Diese Notenbankpapiere – sie

Entwicklung des Notenbankgeldes und der Geldmenge

Veränderung gegenüber dem Vorjahresquartal in % – Quartalsdurchschnitt

Quartal	Notenbankgeld ¹		Bargeldumlauf ²		Sichteinlagen ³		Geldmenge M ₁ ⁴		Quasi-Geld ⁵		Geldmenge M ₂ ⁶		Geldmenge M ₃ ⁷	
	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %	Mrd Fr.	Ver- änderung %
1977														
1. Quartal	25,3	2,4	17,3	4,6	32,3	10,0	49,5	8,0	23,1	- 7,8	72,6	2,4	160,4	7,9
2. Quartal	25,1	2,9	17,5	5,1	32,0	4,9	49,4	5,0	25,0	1,4	74,4	3,8	163,5	8,4
3. Quartal	24,9	3,3	17,3	4,6	31,1	2,9	48,4	3,5	27,3	13,8	75,7	7,0	165,6	9,2
4. Quartal	26,3	4,0	17,9	3,1	33,5	6,0	51,4	5,0	25,9	10,7	77,2	6,8	169,4	8,8
1978														
1. Quartal	29,3	15,8	18,0	4,1	37,0	14,7	55,0	11,0	23,0	- 0,3	78,0	7,4	174,4	8,8
2. Quartal	26,7	6,4	18,3	4,6	39,1	22,4	57,4	16,1	23,5	- 6,0	80,9	8,7	179,1	9,5
3. Quartal	26,9	8,0	18,2	5,3	37,9	21,7	56,1	15,8	23,6	-13,7	79,6	5,2	179,3	8,2
4. Quartal	33,6	27,8	19,4	8,6	43,8	30,7	63,2	23,0	21,0	-18,9	84,2	9,0	186,4	10,0
1979														
1. Quartal	36,1	23,2	19,5	8,7	46,2	24,9	65,7	19,6	19,5	-15,5	85,2	9,2	191,2	9,7
2. Quartal	29,3	9,7	19,8	8,1	42,8	9,6	62,6	9,1	24,7	5,3	87,3	8,0	195,0	8,9
3. Quartal	29,3	8,9	19,8	8,9	41,5	9,7	61,3	9,4	27,5	16,6	88,8	11,5	197,3	10,1
4. Quartal	30,0	-10,7	20,7	7,0	41,0	-6,5	61,7	- 2,4	31,9	52,4	93,6	11,3	203,0	8,9
1980														
1. Quartal	29,3	-18,8	20,5	5,3	37,3	-19,3	57,8	-12,0	44,0	126,3	101,8	19,6	210,2	9,9
2. Quartal	28,6	- 2,2	20,3	2,9	35,9	-16,2	56,2	-10,2	48,4	95,9	104,7	19,9	208,1	7,2
3. Quartal	28,6	- 2,4	20,1	1,7	35,4	-14,9	55,5	- 9,5	47,3	72,3	102,8	15,8	206,1	4,5
4. Quartal	29,8	- 0,6	21,1	1,5	37,7	- 8,0	58,8	- 4,8	47,7	49,3	106,4	13,7	210,8	3,8

¹ Notenbankgeld = Noten + Giro Guthaben von Banken, Handel und Industrie (Durchschnitt aus Tageswerten).

² Bargeldumlauf = Noten und Münzen beim privaten Publikum.

³ Sichteinlagen = Inländische Sichteinlagen in SFr. des privaten Publikums bei Banken und Postcheck.

⁴ Geldmenge M₁ = Bargeldumlauf und Sichteinlagen.

⁵ Quasi-Geld = Inländische Termineinlagen und Sichteinlagen in fremder Währung des privaten Publikums bei Banken.

⁶ Geldmenge M₂ = Geldmenge M₁ + Quasi-Geld.

⁷ Geldmenge M₃ = Geldmenge M₂ + Inländische Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte bei Banken.

erreichten den Betrag von rund einer Milliarde Franken – dienten der teilweisen Kompensation von fällig gewordenen Sterilisierungsreskriptionen des Bundes und halfen den Banken, die gesetzlichen Liquiditätsvorschriften zu erfüllen.

Ausgabe von eigenen Schuldverschreibungen

Refinanzierungshilfe der Nationalbank (in Mrd Franken)

Monate	Refinanzierungshilfe (Stand Ende Monat)									
	Diskont- und Lombardkredit ¹		Mobilisierung von Sterilisierungs-Reskriptionen ¹		Schuldverschreibungen der SNB ¹		Ultimoswaps ²		Total	
	1980	1979	1980	1979	1980	1979	1980	1979	1980	1979
Januar	1,57	–	0,20	–	–	–	1,79	–	3,56	–
Februar	1,33	–	–	–	–1,05	–	–	–	0,28	–
März	2,41	0,10	0,06	0,61	0,93	–	3,65	1,72	7,05	2,43
April	2,00	0,42	–	–	–	–	2,13	1,80	4,13	2,22
Mai	2,36	0,44	–	0,01	–	–	–	4,19	2,36	4,64
Juni	2,29	1,11	–	1,37	0,43	–	4,17	2,06	6,89	4,54
Juli	2,13	1,09	–	–	–	–	1,11	0,47	3,24	1,56
August	2,59	1,13	–	–	0,35	–	–	2,25	2,94	3,38
September	2,36	1,11	–	0,95	0,30	–	3,43	2,60	6,09	4,66
Oktober	1,99	1,24	–	–	–	–	–	1,63	1,99	2,87
November	2,34	1,64	–	–	0,35	–	–	1,70	2,69	3,34
Dezember	2,93	2,00	–	1,38	0,10	–	1,73	2,25	4,76	5,63

¹ Veränderung des Bestandes in der Bilanz vom Monatsende gegenüber dem Bestand im vorangehenden Ausweis.

² Laufzeit max. 14 Tage; Bewertung zum Kassenkurs.

Dollar-Swaps der Nationalbank mit den Banken (in Mrd Franken)

Monatsende	Ultimoswaps ¹		Total Swaps	
	1980	1979	1980	1979
Januar	1,79	–	3,17	2,52
Februar	–	–	4,74	2,52
März	3,65	1,72	8,05	4,24
April	2,13	1,80	7,83	5,41
Mai	–	4,19	6,59	10,10
Juni	4,17	2,06	10,10	8,91
Juli	1,11	0,47	7,45	5,65
August	–	2,25	7,40	6,40
September	3,43	2,60	10,96	6,56
Oktober	–	1,63	7,40	3,90
November	–	1,70	8,87	4,69
Dezember	1,73	2,25	14,30	8,26

¹ Laufzeit max. 14 Tage; Bewertung zum Kassenkurs.

Die Giro Guthaben schwankten – abgesehen von den Monatsenden – bis Anfang September um den Betrag von 6,5 Mrd Franken. Von September bis zum Jahresende wurden die Giro Guthaben leicht erhöht. Sie lagen mehrheitlich knapp unter 7 Mrd Franken. Auch die Finanzierung der Monatsendtransaktionen entsprach

Leicht höhere Giro Guthaben ab September

im grossen und ganzen den Absichten der Nationalbank. Das Noteninstitut gab den Banken immer frühzeitig den anvisierten Stand der Giro Guthaben bekannt. Ausser am Jahresende wurde diese Marke jeweils gut eingehalten. Ende Dezember lagen die Giro Guthaben bei 13,7 Mrd Franken und überschritten damit den geplanten Stand um 1,2 Mrd Franken.

Die Differenz zwischen den Geldmarktsätzen und dem offiziellen Diskont- und Lombardsatz veranlasste die Banken, ihren Liquiditätsbedarf deutlich stärker als 1979 durch die Beanspruchung der Notenbankkredite zu decken. Von den Swapofferten zu Marktbedingungen wurde daher oft zurückhaltend Gebrauch gemacht. Die zu starke Beanspruchung des Diskont- und Lombardkredits war unerwünscht, da die Nationalbank bestrebt war, die Finanzierung des Bankensystems zu Marktkonditionen abzuwickeln. Bei der Rückzahlung der Ultimo-kredite kam es zeitweise zu Liquiditätsengpässen. Diese wurden vielfach durch den Abschluss von Swapkrediten überbrückt.

4. Die Bewegungen der Zinssätze

Bestimmungsgründe
der Zinsentwicklung

Vier Faktoren prägten im Jahre 1980 die Entwicklung der Zinssätze: die restriktive Geldpolitik der Nationalbank, die grosse Kreditnachfrage, die hohen Zinssätze im Ausland und die ruhige Wechselkursentwicklung. Diese Faktoren bewirkten, dass zu Beginn des Jahres das Zinsniveau weiter anstieg. Die Geldmarktsätze lagen – wie bereits Ende 1979 – während des ganzen Jahres über den Kapitalmarktsätzen. Diese Zinskonstellation brachte zum Ausdruck, dass die Anleger auf längere Frist mit sinkenden Teuerungsraten und Zinssätzen rechneten. Seit Mitte April schrumpfte die Differenz zwischen kurz- und langfristigen Sätzen bei leicht sinkendem Niveau.

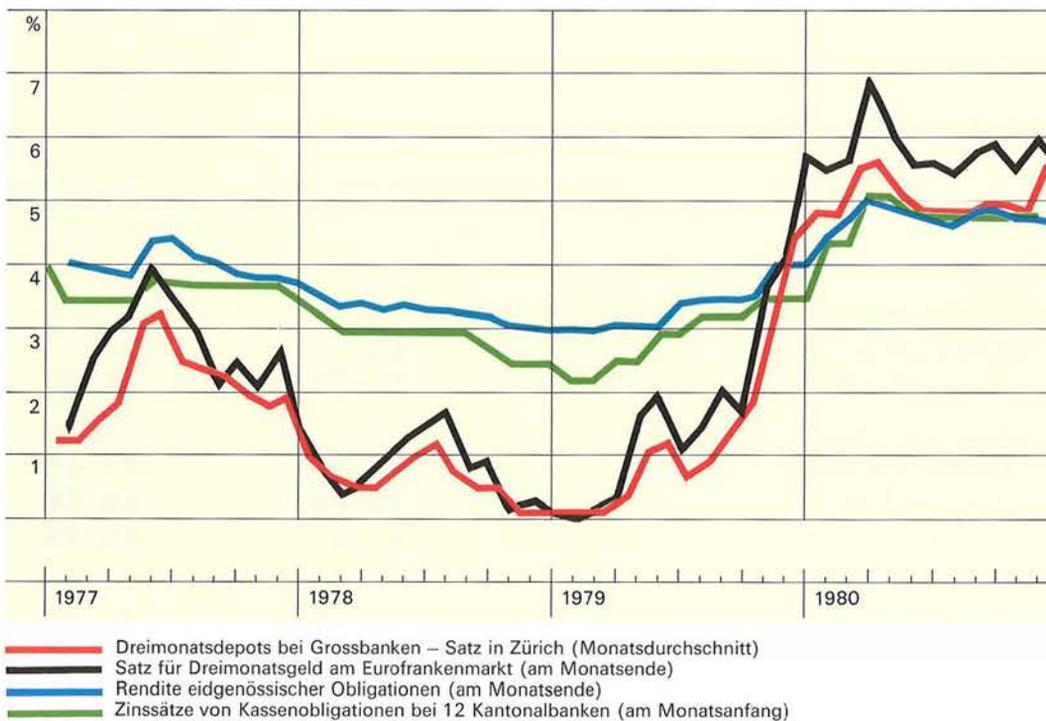
Unregelmässiger
Verlauf der
Geldmarktsätze

Auf dem Geldmarkt setzte sich die Tendenz zu höheren Zinssätzen, die Mitte 1979 begonnen hatte, im Jahre 1980 fort. Der Satz für Dreimonatsdepots am Eurofrankenmarkt stieg von 5¼% Ende 1979 auf 7¼% in der ersten Aprilhälfte.

Die weitere Entwicklung verlief uneinheitlich. Der Eurofrankensatz für Dreimonatsdepots sank von über 7% im April auf 5% gegen Ende Juli und schwankte dann zwischen 5% und 6%. Die Vergütungen für Festgelder bei den inländischen Grossbanken bewegten sich weitgehend mit den Eurofrankensätzen, wenn auch auf einem etwas tieferen Niveau. Im Hinblick auf den Jahresultimo erhöhten sich die Vergütungen für Dreimonatsdepots am Eurofrankenmarkt und bei den Grossbanken bis auf 7½% bzw. 5¾%. Diese Bewegung wurde durch die Zinshausse in den Vereinigten Staaten noch akzentuiert.

Auch die Verzinsung der Geldmarktbuchforderungen des Bundes folgte der Entwicklung der Eurofrankensätze. Die im Auktionsverfahren ausgegebenen Papiere im Betrage von monatlich rund 200 Mio Franken wurden im März mit 6,63% am höchsten verzinst. Von Juni bis November bewegte sich die Verzinsung zwischen 4,98% und 4,63%. Die Dezemberemission erfolgte zu 5,55%.

Geld- und Kapitalmarktsätze



Die Durchschnittsrendite der Bundesobligationen stieg von 4,18% anfangs Januar auf den Jahreshöchststand von 5,11% Anfang April. Nachher wies der Trend nach unten. Ende Jahr wurden 4,63% notiert.

Kapitalmarkt

Die nicht mehr marktkonformen Ausgabebedingungen für Kassenobligationen machten im ersten Quartal Anpassungen der Zinssätze notwendig. Die Banken setzten ihre Vergütungen in drei Schritten herauf (9. Januar, 28. Januar und 18. März). Die Gross- und Kantonalbanken erhöhten die Zinssätze von 3¼% (3–4 Jahre), 3½% (5–6 Jahre) bzw. 3¾% (7–8 Jahre) auf 5% (3–4 Jahre) bzw. 5¼% (5–8 Jahre). Die sinkenden Renditen auf dem Kapitalmarkt führten im zweiten Quartal zu stärkeren Mittelzuflüssen, was die meisten Kantonalbanken

Anpassung der Kassenobligationensätze ...

bewog, ihre Zinssätze wieder auf 4½% (3–4 Jahre), 4¾% (5–6 Jahre) und 5% (7–8 Jahre) zurückzunehmen. Nachdem die Nationalbank zugesichert hatte, gegen eine allfällige Erhöhung der Sätze auf den Stand vom 18. März nichts einzuwenden, reduzierten die Grossbanken ihre Vergütungen für Kassenobligationen Mitte Juli auf 4¾%, 5% bzw. 5¼% und mit Wirkung ab 26. August auf das Niveau der Kantonalbanken. Dank der Verlängerung dieser Zusicherung bis ins Jahr 1981 verzichteten die Grossbanken im Dezember auf eine Wiederanhebung der Kassenobligationensätze.

Häufigste Zinssätze

	Oktober 1980 in Prozent	Oktober 1979 in Prozent
Debitorenrechnungen¹		
Blankokredite		
Grossbanken	5¾	5
Regionalbanken	5¼–6¼	4¾–5¼
Gedekte Kredite		
Kantonalbanken	5¼–5¾	4¼–4¾
Grossbanken	5¼–5¾	4½–4¾
Regionalbanken	5 – 6	4¼–4¾
Baukredite		
Kantonalbanken	4½–5¼	3¾–4½
Grossbanken	4½–5¼	4 – 4¼
Regionalbanken	4¼–5½	3¾–4½
Erste Hypotheken (Allgemeiner Wohnungsbau)		
Alte Hypotheken		
Kantonalbanken	4½	4
Grossbanken	4½	4
Regionalbanken	4½	4
Sparkassen	4½	4
Neue Hypotheken		
Kantonalbanken	4½–5	4
Grossbanken	4½	4
Regionalbanken	4½–5	4
Sparkassen	4½–5	4

¹ Zu den Zinssätzen kam noch eine Kommission von 1/8 bis 1/4% pro Quartal oder Semester hinzu.

Im Frühjahr wurden die Vergütungen für Spargelder von 2% auf 2½% angehoben. Diese Zinserhöhung war von einer entsprechenden Hypothekarsatzsteigerung um ½ Prozentpunkt auf 4½% für erste Hypotheken begleitet. Damit wurde wieder das Niveau von Ende 1978 erreicht. Im Laufe des Jahres 1980 wurden auch die übrigen Aktivzinsen der Banken erhöht. Für den Herbst war eine weitere Zinssatzerhöhung für Spargelder und Hypotheken vorgesehen. Nach einer Aussprache zwischen der Nationalbank und der Bankiervereinigung wurde die Hypothekarzinserhöhung um ein halbes Jahr hinausgeschoben. Zahlreiche Institute hoben deshalb ihre Spargeldsätze auch erst mit Wirkung auf den 1. Dezember 1980 bzw. 1. Januar 1981 um einen halben Prozentpunkt auf 3% an.

... und der Vergütungen für Spargelder sowie der Hypothekarzinsen an die veränderten Marktbedingungen

Die Nationalbank erhöhte am 28. Februar den offiziellen Diskontsatz von 2% auf 3% und den Lombardsatz von 3% auf 4%. Die Spezialdiskontsätze für Lebens-

Erhöhung von Diskont- und Lombardsatz

Stand der Zinssätze am Jahresende

	Ende 1980 in Prozent	Ende 1979 in Prozent	Ende 1978 in Prozent
Offizieller Diskontsatz	3	2	1
Lombardsatz	4	3	2
Privatdiskontsatz	5	3½	3
Festgelder			
3– 5 Monate	5¾	4¾	⅞
6–11 Monate	5¾	4¾	¼
12 Monate	5½	4¾	½
Spareinlagen bei Kantonalbanken	2,69	2,00	2,38
Kassenobligationen bei Grossbanken			
3 und 4 Jahre	4½	3¼	2¼
5 und 6 Jahre	4¾	3½	2½
7 und 8 Jahre	5	3¾	2¾
Anleihen ¹			
Eidgenossenschaft	4¾ ²	3¾	—
Kantone, Gemeinden	5–5½	3¾	3
Banken	5	4¼	3
Kraftwerke	5¼	4½	3¼
Industrie	5¼	4	3½–3¾
Durchschnittsrendite der Bundesanleihen	4,63	4,04	3,02

¹ Zinssätze der im 4. Quartal zuletzt begebenen inländischen Anleihsmissionen.

² Tenderanleihe (Rendite: 4,88%).

und Futtermittel sowie für übrige Pflichtlager wurden in zwei Schritten (21. Januar und 5. März) um insgesamt $1\frac{1}{4}$ Prozentpunkte auf 3% bzw. $3\frac{1}{4}$ % heraufgesetzt. Der von den Banken angewandte Privatkontsatz stieg im Berichtsjahr von $3\frac{1}{2}$ % auf 5%.

5. Devisenmarkt und Wechselkursentwicklung

Rückgang
des nominellen
Frankenkurses

Der mit den Exportanteilen 15 wichtiger Handelspartner gewichtete nominelle Wechselkurs des Frankens fiel von Anfang Januar bis Anfang April um 6,7%. Er erholte sich danach und lag zwischen Anfang Mai und Mitte November, von einigen Schwankungen abgesehen, rund 2% unter dem Stand zu Jahresbeginn. Im Dezember wurde der Franken nochmals geringfügig tiefer bewertet. Im abgelaufenen Jahr ging sein Aussenwert gesamthaft um 3,3% zurück.

Fester Dollar –
schwache D-Mark

Von Jahresbeginn bis Anfang April kletterte der Frankenkurs des Dollars bei zunehmender Zinsdifferenz zwischen den beiden Währungen von Fr. 1.56 auf den Jahreshöchststand von Fr. 1.88. Anschliessend sank er infolge des Zinsrückgangs in den Vereinigten Staaten bis im Sommer auf Fr. 1.58 und schwankte anschliessend zwischen Fr. 1.60 und Fr. 1.66. Gegen Ende des Jahres stieg er im Einklang mit der amerikanischen Zinsentwicklung wiederum. Ende Dezember kostete ein Dollar Fr. 1.76. Die D-Mark erreichte im Zusammenhang mit einer vorübergehenden Schwäche des Frankens ihren höchsten Kurs von Fr. 96.– Mitte März. In den folgenden Monaten, besonders aber im Herbst, neigte sie zur Schwäche. Ende Dezember lag der Kurs der D-Mark mit 89.90 um gut 2% unter dem Vorjahresniveau.

Realer Frankenkurs
auf dem niedrigsten
Stand seit 1977

Der um die in- und ausländischen Inflationsraten bereinigte Kurs des Frankens lag Ende Dezember um 9,2% unter dem Vorjahreswert, d. h. auf dem niedrigsten Stand seit September 1977.

Abbau der
Währungsschutz-
massnahmen
und Interventionen
am Devisenmarkt

Die Entwicklung des Frankenkurses und die Ruhe auf den Devisenmärkten veranlassten die Nationalbank, dem Bundesrat zu beantragen, die noch bestehenden Massnahmen zum Schutz der Währung im Frühjahr zu lockern und Ende August ganz abzuschaffen. Auf dem Devisenmarkt griff die Nationalbank nur zweimal in stärkerem Masse ein. Ende März stützte sie den Franken, indem sie einerseits Dollars verkaufte und andererseits einen D-Mark-Kurs von über Franken 95.– ausdrücklich als zu hoch bezeichnete. Im Juni und Juli intervenierte sie in Zusammenarbeit mit den anderen Notenbanken zugunsten des Dollars.

Internationale
Zusammenarbeit

Auch im Jahre 1980 bot die Nationalbank Hand zur internationalen Währungszusammenarbeit, mit dem Ziel, Störungen im internationalen Währungsgesche-

hen auf breitester Basis zu vermeiden. So beteiligte sie sich im Februar und März zusammen mit anderen wichtigen Notenbanken an einer koordinierten Aktion zur Festigung des Yen. Im April wurde ein Abkommen zwischen der Bank von Japan und der Nationalbank unterzeichnet, wonach die beiden Banken zur wirksameren Gestaltung der Kurspflege einander gegenseitig Kreditlimiten in Form von Yen-Franken-Swaps im Betrag von maximal 200 Mrd Yen (damals rund 1,5 Mrd Schweizerfranken) zugestanden. Dieses Abkommen bildet eine wertvolle Ergänzung im Netz von Swap-Abkommen zwischen verschiedenen Notenbanken wichtiger Industrieländer.

Kursveränderungen des Frankens gegenüber den Währungen von 15 wichtigen Handelspartnern im Jahresvergleich 1980/79¹

	in Prozent
Bundesrepublik Deutschland	- 1,9
Frankreich	- 0,9
Italien	3,5
USA	- 10,1
Grossbritannien	- 15,8
Österreich	0,4
Schweden	- 5,3
Japan	- 22,0
Niederlande	0,3
Spanien	6,9
Belgien	0,9
Dänemark	0,9
Norwegen	- 6,4
Kanada	- 7,9
Portugal	- 4,0

¹ Monatsdurchschnitt Dezember.

Die Währungsreserven der Nationalbank stiegen 1980 insgesamt um 1,0 Mrd Franken auf 39,3 Mrd. Von den einzelnen Bestandteilen der Währungsreserven wurde der mengenmässig unveränderte Goldbestand weiterhin mit einem Buchwert von 11,9 Mrd Franken bilanziert. Der Devisenbestand (ohne Geldmarktswaps) sank von 18,1 Mrd Franken Ende 1979 auf 13,1 Mrd Ende 1980, während die von inländischen Banken auf Swap-Basis übernommenen US-Dollars von 8,3 auf 14,3 Mrd Franken zunahmen.

Rückgang des Devisenbestands

Neu erscheint seit Juli in der Nationalbankbilanz der Posten «Sonderziehungsrechte» (SZR) in der Höhe von 10,8 Mio Franken (am Jahresende 11,4 Mio Fr.). Die Nationalbank dokumentiert mit dem Erwerb von SZR ihre engen Beziehungen zum Internationalen Währungsfonds.

Erwerb von Sonderziehungsrechten

Entwicklung des Frankenkurses im Jahre 1980



Aussenwert des Frankens, gewichtet mit den Exporten nach 15 wichtigen Absatzländern

Index: Jahresdurchschnitt 1974 = 100 (Mittwochswerte)

6. Kredittätigkeit und Bankbilanzen

Starke Ausdehnung der inländischen Kredite

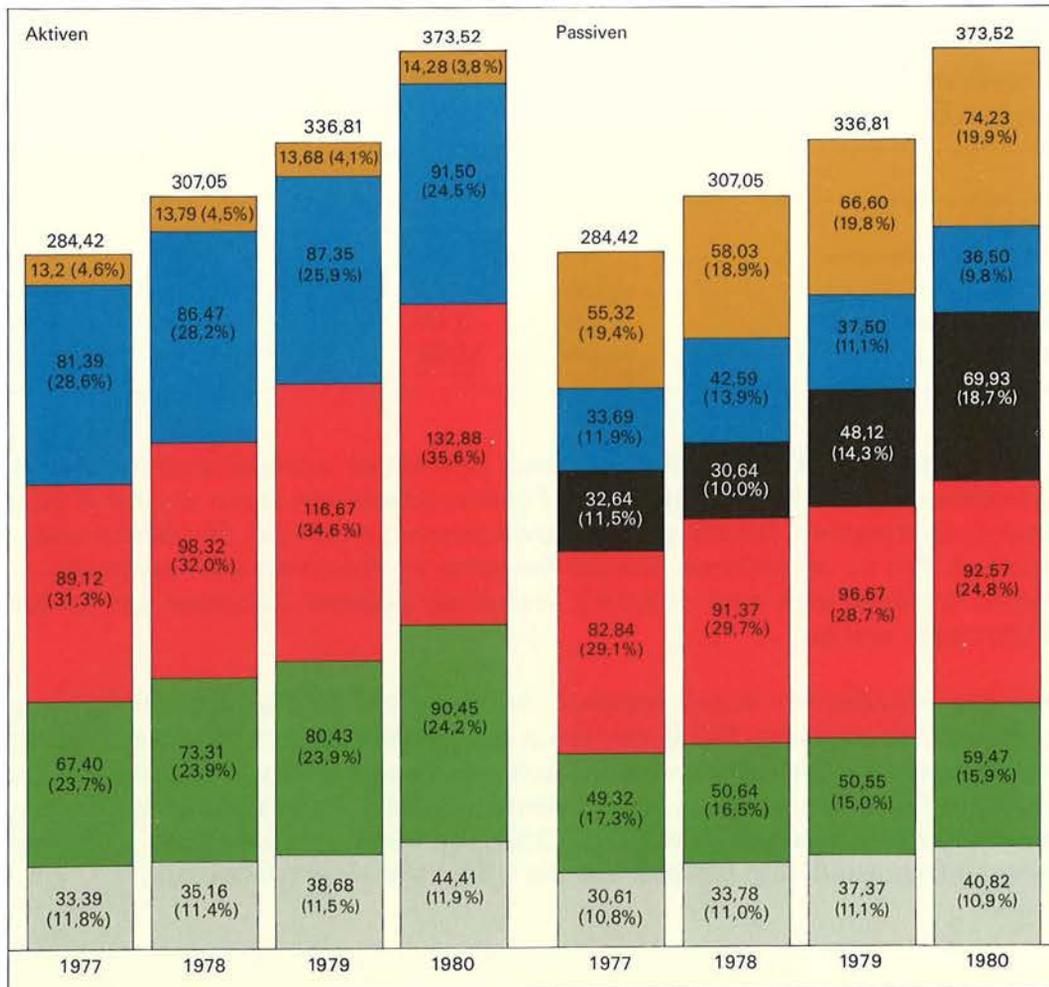
Infolge der günstigen Konjunktorentwicklung nahm die inländische Nachfrage nach Bankkrediten deutlich zu. Die 71 von der Monatsstatistik der Nationalbank erfassten Geschäftsbanken dehnten ihre Kredite an inländische Kunden (Debitoren, Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften sowie Hypothekaranlagen) im Jahre 1980 um 12,5% aus (Vorjahr: 9,5%), wobei das Wachstum mit 17,7% bei den Grossbanken besonders ausgeprägt war.

Die aus dem Inland stammenden Publikumsgelder nahmen lediglich um 6,8% zu, während sich der Zufluss der entsprechenden Mittel aus dem Ausland auf 25,4% beschleunigte. Die Zunahme der Bilanzsumme betrug 10,9%.

Die rege inländische Kreditnachfrage veranlasste die Banken, das Wachstum ihrer Ausleihungen an ausländische Kunden zu drosseln. Es verringerte sich gegenüber dem Vorjahr um mehr als die Hälfte, betrug aber immer noch 16,2%. Da sich im Auslandsgeschäft die Wachstumsraten der Kredite und Publikumsgelder

in entgegengesetzter Richtung veränderten, nahmen die Nettoguthaben der Schweizer Banken gegenüber dem Ausland ab. Werden jedoch die Treuhandgeschäfte, die nicht in den Bankbilanzen aufgeführt werden, berücksichtigt, so erhöhen sich die Nettoguthaben gegenüber dem Ausland.

Bilanzen von 71 Banken



- Kassa, Giro- und Postcheckguthaben
- Bankkreditoren, Wechsel und Geldmarktpapiere
- Kontokorrent-Debitoren, feste Vorschüsse, Darlehen sowie Kredite an öffentlich-rechtliche Körperschaften
- Hypothekaranlagen
- Übrige Aktiven
- Bankenkreditoren
- Kreditoren auf Sicht
- Kreditoren auf Zeit
- Spareinlagen, Depositen- und Einlagehefte
- Kassenobligationen, Kassenscheine, Obligationenanleihen und Pfandbriefdarlehen
- Übrige Passiven

Absolute Werte in Mrd. Franken und prozentualer Anteil an der Bilanzsumme

Treuhandgelder

Das Volumen der nicht in der Bilanz verbuchten Treuhandgeschäfte nahm im Jahre 1980 mit 63% noch stärker zu als im Vorjahr (+43%), wobei sowohl Ausländer als auch Inländer den Banken wesentlich mehr Gelder zur treuhänderischen Anlage übergaben als 1979. Nach der Aufhebung der Massnahmen zum Schutz der Währung stieg der Anteil der auf Schweizerfranken lautenden Treuhandverpflichtungen gegenüber Ausländern, der Ende 1979 noch zu vernachlässigen war, bis Ende 1980 auf 12%. Die Treuhandgelder waren nach wie vor fast ausschliesslich im Ausland angelegt.

Treuhandgeschäfte von 71 Banken am Jahresende (in Mio Franken)

	Treuhandaktiven		Treuhandpassiven	
	1980	1979	1980	1979
Inland	325	353	10 044	6 496
davon Schweizerfranken	268	293	5 861	3 112
Ausland	52 833	32 348	43 114	26 205
davon Schweizerfranken	10 849	3 455	5 256	636
Total Inland und Ausland	<u>53 158</u>	<u>32 701</u>	<u>53 158</u>	<u>32 701</u>

Schwaches
Wachstum der
liquiden Mittel

Die liquiden Mittel der Banken nahmen prozentual weniger stark zu als die Bilanzsumme. Die Kassa-, Giro- und Postcheckbestände lagen um 4,4% über dem Vorjahresstand. Relativ geringe Zuwachsraten waren bei den Bankendebitoren (2,2%) zu verzeichnen. Nur die Bestände an Wechseln und Geldmarktpapieren erhöhten sich stark (23,6%), wobei die gesamte Zunahme auf fremde Währungen entfiel.

Bei den inländischen Kundengeldern dehnten sich die kurzfristigen Einlagen besonders deutlich aus. Der Grund lag in der verzögerten Anpassung der Zinsen auf Spargeldern. Die Kreditoren auf Zeit wurden daher durch Umlagerungen sowohl aus Sicht- als auch aus Spargeldern aufgebläht. Ende 1980 waren die Bestände der Kreditoren auf Sicht um 4,3%, jene der Spareinlagen um 4,4% und jene der Depositen- und Einlagehefte um 6,3% tiefer als ein Jahr zuvor.

7. Die Entwicklung am Kapitalmarkt

Erfolgreiche
Emissionen

Am Kapitalmarkt konnten im Jahre 1980 die zur öffentlichen Zeichnung aufgelegten Anleihen, von einzelnen Ausnahmen abgesehen, gute bis sehr gute Resultate erzielen. Verschiedene neue Emissionsformen wurden am inländischen Kapitalmarkt eingeführt. Der Bund wandte ein auktionsähnliches Verfahren zur Auf-

nahme von Geldern an. Anleihen mit flexiblen Zinssätzen, Optionsanleihen und nachrangige Anleihen eröffneten den Investoren neuartige Anlagemöglichkeiten.

Die im grossen und ganzen guten Resultate bei den Neuemissionen sind darauf zurückzuführen, dass die Konditionen, sei es beim Couponsatz, bei den Laufzeiten oder beim Emissionspreis, rasch an veränderte Marktbedingungen angepasst wurden.

Die Lage am Primärmarkt

Gegen Jahresende ergab sich am Obligationenmarkt folgendes Zinsspektrum: 4¾% für den Bund, 5% für die Kantone, Städte, Kantonalbanken, Grossbanken und Pfandbriefzentralen, 5¼% bis 5¾% für übrige Banken, Kraftwerke und Industrien. Die Zinssätze lagen damit um etwa ¼ Prozentpunkt höher als zu Jahresbeginn. Erste ausländische Adressen mussten Zinsen zwischen 5½% und 6% bezahlen.

Die Zinssätze am Obligationenmarkt gegen Jahresende

Im Januar plazierte der Bund zum ersten Mal eine Anleihe im sogenannten Auktions- oder Tenderverfahren. Bei diesem System gibt der Anleger an, welchen Betrag er zu welchem Höchstpreis zu übernehmen gedenkt. Der angestrebte Anlehensbetrag, der Couponsatz und die Laufzeit werden vor der Zeichnung festgelegt, während der Emissionspreis durch die eingegangenen Offerten bestimmt wird. Die Zuteilung erfolgt dann gemäss den Angeboten bis zu jenem tiefsten Preis, bei dem der gewünschte Betrag erreicht wird. Der Emissionspreis wird aber für alle Zeichner einheitlich auf der Höhe der letzten noch berücksichtigten Offerte fixiert. Im Interesse der Anleger kleinerer Beträge kann jeder Anbieter bis zu einem Maximalbetrag von 20 000 Franken eine Zeichnung ohne Preisangabe einreichen, die auf jeden Fall zum schliesslich festgelegten Ausgabepreis berücksichtigt wird.

Einführung des Tenderverfahrens für Bundesobligationen im Januar ...

In den Monaten April, Juni, August und Oktober gelangte der Bund mit vier weiteren Tenderanleihen an den Kapitalmarkt. Die Renditen der insgesamt fünf neuemittierten Bundesanleihen betrugen 4,48%, 5,21%, 4,75%, 4,63% und 4,88%. Die Aufnahme von Kapital durch das Tenderverfahren bewährte sich.

... gefolgt von weiteren Tenderanleihen im April, Juni, August und Oktober

Die erstmals für Schweizer Schuldner begebenen Emissionen mit variablen Zinssätzen (Floating-Rate-Anleihen) erlauben den Schuldnern die Aufnahme sehr langfristigen Kapitals und kommen zugleich jenen Anlegern entgegen, die in ihrem Investitionsverhalten eher risikoscheu sind. Da bei einer Floating-Rate-Obligation die Verzinsung periodisch den Marktverhältnissen angepasst wird, dürfte der Kurs weniger stark schwanken.

Plazierung von Anleihen mit variablen Zinssätzen ...

Eine weitere Neuheit am Kapitalmarkt bildete die Plazierung von sogenannten nachrangigen Anleihen durch Schweizer Banken. Nachrangige Anleihen gelten in beschränktem Rahmen als anrechenbare Eigenmittel im Sinne der neuen bankenrechtlichen Bestimmungen.

... und nachrangigen Obligationen

Im dritten Quartal begrenzte das Direktorium – wie schon im gleichen Quartal des Vorjahres – den Anleihensbetrag. Durch einen Plafond von 2 Mrd Franken für Neugeld wollte man eine Überbeanspruchung des Kapitalmarktes vermeiden. Mit fast 2,4 Mrd Franken Neugeld waren die Anmeldungen im Vergleich zu den beiden Vorquartalen ausserordentlich hoch ausgefallen. Die Emissionskommission kürzte den angemeldeten Betrag um mehr als 350 Mio Franken.

Im vierten Quartal reduzierte die Emissionskommission auf Wunsch der Nationalbank den angemeldeten Neugeldbetrag von 2,3 Mrd Franken auf 1,9 Mrd Franken.

Emissionstätigkeit

Beträge in Mio Franken

Emittenten	Anzahl 1980	Emissions- wert	Konver- sionen	Neubean- spruchung	Rück- zahlungen	Nettobeanspruchung	
						1980	1979
<i>Schweizerische Obligationenanleihen</i>							
Bund	5	1 221,6	–	1 221,6	789,3	432,3	–344,2
Kantone	17	756,5	344,6	411,9	235,7	176,2	–232,6
Gemeinden	8	226,4	63,0	163,4	254,4	–91,0	–189,8
Kraftwerke	13	943,4	180,0	763,4	315,9	447,5	98,4
Industrie	5	269,7	25,5	244,2	119,6	124,6	215,9
Handel, Vermittlung	–	–	–	–	82,0	–82,0	–100,0
Banken	69	4 036,2	483,0	3 553,2	62,0	3 491,2	1 527,5
Pfandbriefzentralen	10	1 326,4	644,0	682,4	–	682,4	170,7
Holdinggesellschaften	8	499,8	60,0	439,8	105,6	334,2	69,9
Übrige	5	148,4	0,4	148,0	124,6	23,4	–38,8
Total	140	9 428,4	1 800,5	7 627,9	2 089,1	5 538,8	1 177,0
<i>Ausländische Obligationenanleihen</i>							
Total	76	5 485,6	60,0	5 425,6	902,4	4 523,2	1 523,5
<i>Schweizerische Aktienemissionen</i>							
Kraftwerke	1	15,0	–	15,0	–	15,0	4,4
Industrie	17	156,9	–	156,9	15,8	141,1	236,0
Handel, Vermittlung	2	5,0	–	5,0	10,0	–5,0	–13,6
Banken	44	1 647,2	–	1 647,2	23,5	1 623,7	747,2
Holdinggesellschaften	10	155,4	–	155,4	61,6	93,8	143,0
Versicherungsgesellschaften	6	241,5	–	241,5	–	241,5	103,0
Übrige	28	46,0	–	46,0	54,1	–8,1	34,2
Total	108	2 267,0	–	2 267,0	165,0	2 102,0	1 254,2
Gesamttotal	324	17 181,0	1 860,5	15 320,5	3 156,5	12 164,0	3 954,7

Die Nettobeanspruchung des Kapitalmarktes durch in- und ausländische Obligationenanleihen und einheimische Aktien (Emissionswert abzüglich Konversionen und Rückzahlungen) belief sich 1980 auf insgesamt 12 164 Mio Franken verglichen mit 3 955 Mio Franken im Vorjahr. Die öffentlichen Inlandanleihen beanspruchten netto 5 539 Mio Franken, die Auslandanleihen 4 523 Mio Franken und die Aktienkapitalaufnahmen 2 102 Mio Franken.

Von der Nettobeanspruchung des Kapitalmarktes durch inländische Obligationen absorbierten die Banken – Pfandbriefzentralen eingeschlossen – rund 75%.

Es folgten die Kraftwerke und die Eidgenossenschaft mit je rund 8%. Der Rest entfiel auf Holdinggesellschaften, Kantone und Industrien. Die Gemeinden zahlten hingegen mehr Kapital zurück, als sie aufnahmen.

Durch Offenmarktkäufe und -verkäufe war die Nationalbank bestrebt, die Zinsentwicklung zu verstetigen. Gegen Ende des Jahres war die Nationalbank stärker als üblich am Kapitalmarkt tätig, um ultimobedingte Störungen zu vermeiden. Ende 1980 betrug der Bestand eigener Wertschriften 1 212,2 Mio Franken, verglichen mit 963,4 Mio Franken Ende 1979.

Präsenz der Nationalbank am Kapitalmarkt

8. Bewilligungspflichtiger Kapitalexport

Das Bruttovolumen des bewilligungspflichtigen Kapitalexports betrug 1980 23,3 Mrd Franken. Die Kapitalexporte waren damit höher als in den Jahren 1976 bis 1978. Gegenüber dem Rekordjahr 1979 (26,9 Mrd Franken) ergab sich allerdings ein Rückgang um 3,5 Mrd Franken bzw. 13,2%.

Kapitalexport im Jahre 1980

Die restriktive Geldpolitik veränderte die Bedingungen für den Kapitalexport im Jahre 1980. Die Banken stiessen bei der Kreditgewährung mehr und mehr auf Liquiditätsschranken. Deshalb wurde auf Notes und Anleihen auszuweichen versucht. Ein Überborden wurde dadurch vermieden, dass die Nationalbank bei den öffentlichen Anleihen das Volumen durch einen Emissionskalender und einen Maximalbetrag pro Anleihe beschränkte. Zudem war die Aufnahmefähigkeit des Marktes für Privatplazierungen limitiert. Ferner büsste die Aufnahme von Frankenkrediten an Attraktivität ein. Steigende Zinssätze und die Möglichkeit eines späteren Anstiegs des Frankenkurses waren hauptsächlich dafür verantwortlich.

Weniger günstige Bedingungen als im Vorjahr

Die Richtgrösse für den Höchstbetrag von Notesemissionen, die anfangs 1980 100 Mio Franken pro Geschäft betragen hatte, konnte im Herbst aufgehoben werden.

Aufhebung der Richtgrösse für Notesemissionen

1980 verteilte sich der bewilligungspflichtige Kapitalexport wie folgt auf die drei Kategorien Anleihen, mittelfristige Schuldverschreibungen (Notes) und Kredite:

Kapitalexport nach Kategorien ...

(in Mio Fr.)	Anleihen	Notes	Kredite	Total
1. Quartal	1 106,1	2 468,0	1 981,5	5 555,6
2. Quartal	1 282,9	2 003,0	1 881,7	5 167,6
3. Quartal	1 536,7	1 822,0	1 627,2	4 985,9
4. Quartal	1 560,0	2 105,0	3 947,9	7 612,9
Gesamttotal	5 485,7	8 398,0	9 438,3	23 322,0

Im Vergleich zum Vorjahr ist eine Erhöhung des Anteils der Anleihen am gesamten bewilligungspflichtigen Kapitalexport von 19,4% auf 23,5% zu verzeichnen. Die Quote der Notes sank von 38,5% auf 36,0%, diejenige der Kredite von 42,1% auf 40,5%.

... und nach
Schuldnern

Im Vergleich zu 1979 ergaben sich auch bei der Aufteilung des bewilligungspflichtigen Kapitalexports nach Schuldnern Verschiebungen. So stieg der Anteil der Kapitalaufnahme von Entwicklungsländern und internationalen Organisationen, der zwischen 1978 und 1979 von 29,6% auf 17,9% gesunken war, im Jahre 1980 auf 25,9%. Insgesamt nahmen diese Kapitalexporte von 4,8 Mrd Franken 1979 auf 6,0 Mrd im Berichtsjahr zu. Die Kapitalausfuhren nach den Industrieländern, die im Jahre 1979 stark zugenommen hatten, waren dagegen mit 16,0 Mrd (im Vorjahr 19,9 Mrd) bzw. 68,7% (1979: 74,0%) sowohl betrags- als auch anteilmässig stark rückläufig. Der Anteil der Staatshandelsländer betrug 1980 mit 0,8 Mrd 3,6% (1979: 5,5%), derjenige der OPEC-Länder mit 0,4 Mrd 1,9% (1979: 2,6%).

Emissionspause

Die während des ersten Quartals im In- und vor allem im Ausland aufgetretenen Zinssatzsteigerungen hatten direkte Auswirkungen auf den bewilligungspflichtigen Kapitalexport. In dieser Phase vereinbarten die Banken in Übereinstimmung mit der Nationalbank eine Verlangsamung des Emissionsrhythmus sowie eine Senkung des Maximalbetrages (von 100 Mio auf 80 Mio Franken pro Anleihe) bei der Begebung öffentlicher Anleihen ausländischer Schuldner. Die Initiative der Banken wurde auch deshalb begrüsst, weil ein Rückgang der Kapitalexporte geeignet war, der Schwäche des Schweizerfrankens entgegenzuwirken. Für den Monat Mai wurden keine neuen Emissionen bewilligt. Die ursprünglich für die Periode März/April vorgesehenen Anleihen konnten so über einen längeren Zeitraum verteilt werden, wobei den Banken bei der Neufestlegung der Emissionsfristen weitgehende Freiheit eingeräumt wurde. Das Resultat dieser Massnahmen war eine Emissionspause von rund einem Monat. Nach dem Unterbruch konnte die Emissionstätigkeit unter den vorher geltenden Bedingungen (Höchstbetrag pro Anleihe 100 Mio und Staffelung der Geschäfte durch einen Emissionskalender), allerdings bei höheren Zinssätzen, abgewickelt werden.

Revision der
Kapitalexport-
bestimmungen

Am 1. September traten die revidierten Kapitalexportbestimmungen in Kraft. Mit den neuen Vorschriften wurde die seit einiger Zeit verfolgte Politik der kontrollierten Internationalisierung des Schweizerfrankens fortgesetzt. Der Abbau von Bestimmungen, die Schweizerfrankengeschäfte ins Ausland abdrängen, soll dazu beitragen, dass Geschäfte in Schweizerfranken wieder vermehrt über inländische Banken abgewickelt werden. Die dabei anfallenden Informationen erleichtern der Nationalbank die Führung ihrer Geld- und Währungspolitik.

Die neuen Bestimmungen erlauben ausländischen Banken, Staaten und Währungsbehörden Schweizerfranken-Notes und Unterbeteiligungen an Schweizer-

franken-Krediten zu erwerben. Ferner können alle inländischen Banken an der Plazierung mittelfristiger Schuldverschreibungen, die künftig auch beschränkt handelbar sind, teilnehmen. Im Bereich der Kredite werden in Anlehnung an internationale Usancen Multiwährungsklauseln zugelassen.

Im April und im Oktober 1980 wurde der Weltbank, wie schon im Herbst 1979, die Bewilligung erteilt, Schweizerfranken-Notes im Betrag von je 200 Mio Franken direkt bei ausländischen Notenbanken zu plazieren. Dadurch konnte ein weiterer Beitrag zur Deckung des Finanzbedarfs der Weltbank geleistet werden. Ausserdem gab diese Emission vor allem den in Schweizerfranken verschuldeten Staaten die Möglichkeit, ihre Reserven in Schweizerfranken zu erhöhen.

Schweizerfranken-
Schuld-
verschreibungen
für Notenbanken

D. Geld-, währungs- und konjunkturpolitische Massnahmen

I. Nationalbankgesetz (SR 951.11)

1. *Verordnung des Bundesrates über die Mindestreserven der Banken vom 11. Juli 1979 (Art. 16a–16f NBG)*

Stand am
1. Januar 1980

Diese Verordnung definiert Begriffe und regelt die Meldepflicht der Banken im Hinblick auf die allfällige Einforderung von Mindestreserven durch die Nationalbank.

Werden Mindestreserven eingefordert, so erlässt die Nationalbank eine entsprechende Verfügung.

Im Jahre 1980 wurden keine Mindestreserven auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten erhoben.

2. *Verordnung des Bundesrates über die Emissionskontrolle vom 11. Juli 1979 (Art. 16g und 16h NBG)*

Stand am
1. Januar 1980

Die öffentliche Ausgabe inländischer Schuldverschreibungen, Aktien, Genussscheine und Papiere ähnlicher Art ist genehmigungspflichtig. Nicht unter die Bewilligungspflicht fallen die Schuldverschreibungen der Nationalbank sowie die Reskriptionen des Bundes.

Keine Änderung 1980.

Die für das erste und zweite Quartal 1980 angemeldeten Emissionen gaben nicht Anlass, einen Plafond gemäss Art. 16g Abs. 2 NBG festzusetzen. Im dritten und vierten Quartal beschränkte die Nationalbank jedoch den Neugeldbetrag.

3. *Verordnung des Bundesrates über Gelder aus dem Ausland vom 11. Juli 1979; Verordnung der Nationalbank über ausländische Bankguthaben und Devisentermingeschäfte mit Ausländern vom 11. Juli 1979 (Art. 16i NBG)*

Stand am
1. Januar 1980

Ausländische Gelder im Sinne der Verordnung sind auf Schweizerfranken lautende Guthaben von Ausländern gegenüber inländischen Banken und bankähnlichen Finanzgesellschaften (einschliesslich Treuhandgelder).

Die Verordnungen untersagen die Verzinsung ausländischer Gelder. Ausnahme: Gelder auf Spar-, Depositen- und Einlageheften oder -konten dürfen bis zur kommissionsfreien Limite verzinst werden.

Ferner dürfen Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer mit Laufzeiten bis zu 10 Tagen 20% des Referenzstandes vom 31. Oktober 1974 nicht übersteigen. Für Terminverkäufe mit Laufzeiten von 11 und mehr Tagen beträgt das zulässige Volumen 50% des Referenzstandes vom 31. Oktober 1974.

Änderungen 1980:

Aufhebung des Verzinsungsverbotes für ausländische Spargelder und für Festgeldanlagen ausländischer Zentralbanken mit Laufzeiten von wenigstens sechs Monaten.

21. Februar 1980

Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer mit Laufzeiten bis zu 10 Tagen dürfen 40% des Referenzstandes vom 31. Oktober 1974 nicht übersteigen. Für Terminverkäufe mit Laufzeiten von 11 und mehr Tagen beträgt das zulässige Volumen 80% des Referenzstandes vom 31. Oktober 1974.

Aufhebung des Verzinsungsverbotes für alle ausländischen Festgeldanlagen (einschliesslich Treuhandgeschäfte) mit Laufzeiten von wenigstens drei Monaten.

11. März 1980

Aufhebung der Begrenzung für Terminverkäufe von Schweizerfranken an Ausländer. Die monatliche Meldepflicht wird gestützt auf Art. 7 des Bankengesetzes weitergeführt.

Aufhebung von Art. 1–13 der Verordnung des Bundesrates und Aufhebung der Verordnung der Nationalbank (vollständige Beseitigung der Massnahmen zum Schutz der Währung). Die Nationalbank bleibt weiterhin ermächtigt, gemäss Art. 14 der Verordnung des Bundesrates Devisentermingeschäfte mit Verfallzeiten bis zu 24 Monaten abzuschliessen.

31. August 1980

II. Massnahmen im Bereich des Kapitalexports und des Devisenmarktes

(Artikel 7 und 8 des Bundesgesetzes über die Banken und Sparkassen, SR 952.0)

1. Bewilligungspflichtiger Kapitalexport

Es gilt das Merkblatt über die Kapitalexportbestimmungen vom 8. Juni 1979 (mit der Änderung vom 29. November 1979).

Stand am
1. Januar 1980

1. September 1980

Die Kapitalexporth Bestimmungen werden in total revidierter Fassung neu erlassen. Die generellen Bedingungen der Nationalbank zur Durchführung bewilligungspflichtiger Kapitalexporte werden vor allem für auf Schweizerfranken lautende Geschäfte wesentlich liberalisiert (Plazierung von Notes durch alle inländischen Banken; beschränkte Handelbarkeit dieser Papiere; erweiterter Gebrauch von Multiwährungsklauseln bei Krediten; Zulassung ausländischer Währungsbehörden als Erwerber von Notes und Unterbeteiligte an Krediten; generelle Bewilligungen für Kleingeschäfte).

2. Meldung der Händlerpositionen

Stand am
1. Januar 1980

Die Banken müssen monatlich die in ihrem Risiko liegenden Devisenguthaben und -verpflichtungen per Kasse und auf Termin der Nationalbank melden. Banken, die in grösserem Ausmass am internationalen Devisenhandel teilnehmen, haben die Positionen in einzelnen Währungen wöchentlich zu melden.

Keine Änderung 1980.

3. Meldung über Devisentermingeschäfte

31. Juli 1980

Nach der Aufhebung der Beschränkung der Schweizerfranken-Terminverkäufe an Ausländer am 11. März 1980 bleiben die Banken und Finanzgesellschaften verpflichtet, monatlich den Betrag der entsprechenden Geschäftsabschlüsse zu melden. Das Rundschreiben vom 7. Juli 1980 hat die Meldungen mit Wirkung ab 31. Juli 1980 vereinfacht.

III. Vereinbarungen

1. Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken über die Milderung von Liquiditätsschwierigkeiten in der Exportwirtschaft vom 18. April 1975.

Stand am
1. Januar 1980

Die Banken erklären sich bereit, Exportkredite, vorab Wechselkredite mit Laufzeiten bis zu sechs Monaten, für Unternehmen der Exportbranchen bevorzugt zu erteilen.

Die Banken verpflichten sich, solche Exportwechsel zu einem Satz zu diskontieren, der höchstens um 2% bzw. 1½% (für Wechsel mit zwei unabhängigen Unterschriften) über dem anwendbaren Satz der Nationalbank liegt.

Die Nationalbank ist bereit, solche Wechsel für eine dreimonatige Restlaufzeit ausserhalb der bestehenden Limiten zu einem Satz zu rediskontieren oder zu lombardieren, der 1% unter dem offiziellen Diskontsatz liegt, jedoch nicht weniger als ½% beträgt.

Für Exporte nach Brasilien besteht eine Sonderregelung. Im Zusammenhang mit dem Importdepot in Brasilien können Exportwechsel bei Verfall einmal um sechs Monate verlängert werden.

Die Vereinbarung wird ein letztes Mal bis zum 31. Oktober 1980 verlängert. 17. April 1980

Der durch die Banken anzuwendende maximale Diskontsatz wird um ½% erhöht. 1. Mai 1980

Die Vereinbarung läuft aus. 31. Oktober 1980

2. *Vereinbarung zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den auf dem Gebiete der langfristigen Exportfinanzierung tätigen Banken vom 15. Mai 1975*

Die Nationalbank ist bereit, Rediskontzusagen für Exportwechsel mit einem Kreditbetrag von mindestens 10 Mio Franken und einer Laufzeit von mindestens drei Jahren zu erteilen. Die Grossbanken ihrerseits führen Exportfinanzierungen mit Laufzeiten von 5 bis 10 Jahren mit festen Zinssätzen durch und verzichten auf die Festlegung von Minimalzinssätzen für Exportkredite. Die Vereinbarung gilt bis zum 1. Juni 1981.

Stand am
1. Januar 1980

Keine Änderung 1980.

3. *Vereinbarung über die flexible Kurssicherung von Zahlungseingängen in der schweizerischen Exportwirtschaft vom 8. November 1978.*

Die Vereinbarung soll den Schweizer Exporteuren von Gütern und/oder Dienstleistungen ermöglichen, auf US-Dollar, D-Mark und acht weitere Währungen lautende Zahlungseingänge aus dem kommerziellen Verkehr auch dann gegen Schweizerfranken abzusichern, wenn über das tatsächliche Ausmass der zukünftigen Zahlungseingänge Unsicherheit besteht. Der Exporteur schliesst für seine erwarteten Zahlungseingänge in fremder Währung

Stand am
1. Januar 1980

gleichzeitig zwei Devisenkontrakte mit gleicher Laufzeit und gleichem Terminkurs ab. Es wird also ein Devisenterminverkauf an eine Handelsbank durch ein Devisenbezugsrecht (DBR) gegenüber der Nationalbank abgesichert. DBR haben eine Laufzeit zwischen 3 Monaten und 2 Jahren und können gegen Bezahlung einer Prämie für höchstens 40% des zugrundeliegenden Devisenterminkontraktes erworben werden. Die Banken übernehmen kostenlos die im Zusammenhang mit DBR anfallenden administrativen Arbeiten.

1. Dezember 1980

Die Vereinbarung wird stillschweigend um ein weiteres Jahr bis zum 30. November 1981 verlängert.

4. Gentlemen's Agreement zwischen der Schweizerischen Nationalbank und den Schweizer Banken betreffend Währungsmassnahmen vom 15. Juni 1976.

Stand am
1. Januar 1980

Die in der Schweiz domizilierten Banken mit Filialen oder Tochtergesellschaften im Ausland verpflichten sich, diese anzuweisen, von Transaktionen mit offensichtlich spekulativem Charakter gegen den Schweizerfranken Abstand zu nehmen.

Die Banken verzichten darauf, von der Schweiz aus für die ausländischen Filialen und Tochtergesellschaften in deren Namen und für deren Rechnung Euro-Schweizerfrankendepots entgegenzunehmen oder Direktanlagen in Schweizerfranken zu tätigen.

15. Juni 1980

Die Vereinbarung wird um ein Jahr bis zum 15. Juni 1981 verlängert.

5. Vereinbarung über die Sorgfaltspflicht bei der Entgegennahme von Geldern und die Handhabung des Bankgeheimnisses vom 2. Juni 1977.

Stand am
1. Januar 1980

Die Vereinbarung umschreibt die von den Banken bei der Entgegennahme von Geldern anzuwendende Sorgfalt (Feststellung der Identität des Berechtigten und Abklärung über die Herkunft der Gelder). Ferner verpflichtet sie die Banken, keine aktive Beihilfe zum illegalen Kapitaltransfer zu leisten sowie Täuschungsmanövern ihrer Kunden gegenüber Behörden des In- und Auslandes nicht aktiv Vorschub zu leisten.

Die bankengesetzlichen Revisionsstellen haben die Einhaltung der Vereinbarung stichprobenweise zu überprüfen und Verstösse bzw. den begründeten Verdacht von Verstössen einer für die Überwachung zuständigen Schiedskommission sowie der Eidgenössischen Bankenkommission zu melden.

Die Vereinbarung bleibt das ganze Jahr unverändert, ebenso die gemeinsamen Erläuterungen der Schweizerischen Nationalbank und der Schweizerischen Bankiervereinigung vom 9. Dezember 1977.

Mit Rundschreiben vom 25. November 1980 veröffentlicht die Schiedskommission Auszüge aus ihrer Entscheidungspraxis vom 1. Juli 1977 bis 1. Oktober 1980.

25. November 1980

IV. Mitwirkung der Nationalbank an internationalen Währungsmassnahmen

1. Swap-Vereinbarungen

Die Swap-Vereinbarung der Nationalbank mit der Federal Reserve Bank of New York (Fed) über einen Gesamtbetrag von 4 Mrd Dollar war Ende 1979 nicht beansprucht. Im Jahresverlauf tätigte die Fed Ziehungen in geringem Umfang, die aber vor Ende 1980 wieder zurückbezahlt wurden.

Vereinigte Staaten

Am 1. April 1980 schlossen die Bank von Japan und die Nationalbank ein Abkommen ab für Yen-Franken-Swaps im Umfang von maximal 200 Mrd Yen (damals rund 1,5 Mrd Franken). Die Swaps wurden bisher nicht beansprucht.

Japan

Die Swap-Vereinbarung der Nationalbank mit der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) über 600 Mio Dollar wurde im Jahre 1980 nicht beansprucht.

BIZ

2. Beteiligung an multinationalen Währungskrediten

Die Beteiligung der Schweiz an den Allgemeinen Kreditvereinbarungen der Länder der «Zehnergruppe» und des Internationalen Währungsfonds (IWF) wurde im Berichtsjahr bis 1985 verlängert. Die Kreditzusage der Nationalbank über 865 Mio Franken wurde 1980 nicht beansprucht.

Allgemeine Kreditvereinbarungen

Die ausstehenden Kredite der Nationalbank an die Ölfazilität des IWF gingen im Verlaufe des Jahres infolge Rückzahlungen von 177,1 Mio auf 127,5 Mio SZR zurück. Davon waren 70,8 Mio SZR durch den Bund garantiert.

Ölfazilität

«Witteveen»-
Fazilität

Die Kreditzusage der Nationalbank an die «Witteveen»-Fazilität des IWF wurde 1980 mit weiteren 94,9 Mio SZR beansprucht. Ende Jahr waren somit 124,9 Mio SZR ausstehend.

3. Bilaterale Kredite

Portugal

Der Kredit an Portugal belief sich Ende 1980 unverändert auf 30 Mio Dollar. Für den ganzen Betrag besteht eine Bundesgarantie.

Türkei

Im Dezember 1980 gewährte die Nationalbank der Türkei einen weiteren Währungskredit von 15,5 Mio Dollar im Rahmen einer Hilfsaktion der OECD. Der ausstehende Gesamtbetrag erhöhte sich damit auf 45,5 Mio Dollar, wofür der Bund eine Garantie übernommen hat.

4. Rücknahmegarantie

Portugal

Zusammen mit anderen Notenbanken hat die Nationalbank für goldgedeckte Kredite der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) an Portugal eine Rücknahmegarantie gewährt. Ihr Anteil betrug Ende 1980 noch 3,7 Mio Dollar.

E. Die Geschäftstätigkeit der Nationalbank

1. Die Bankgeschäfte

Gold

Der Goldbestand bildet zusammen mit den Devisen und Sonderziehungsrechten die Währungsreserve der Schweizerischen Nationalbank. Das Nationalbankgesetz (NBG) bestimmt in Art.19, dass der Notenumlauf mindestens zu 40% durch Gold gedeckt sein muss. Berechnet aufgrund des offiziellen Goldpreises erreichte die tatsächliche Golddeckung im Berichtsjahr durchschnittlich 54,66% (Tabelle Seite 85).

Funktion

Die Goldparität des Frankens wurde letztmals am 9. Mai 1971 neu festgesetzt (1 Franken = 0,21759... Gramm Feingold). Daraus errechnet sich der offizielle Goldpreis von Fr. 4595,74 je Kilogramm. Der Goldbestand wird seit 10. Mai 1971 in der Bilanz zum genannten offiziellen Preis eingesetzt.

Bewertung

Der Goldbestand hat im Berichtsjahr keine nennenswerte Änderung erfahren.

Bestand

Kassenverkehr

Der Kassenverkehr umfasst die Ein- und Ausgänge von eigenen Noten und Münzen. Der Kassenbestand hingegen enthält lediglich Münzen, da Bestände an eigenen Noten nicht zu den Aktiven zählen.

Gliederung

Von 111,9 Mrd Franken im Jahre 1979 erhöhte sich der Umsatz im Kassenverkehr im Berichtsjahr auf 121,1 Mrd Franken; die Zunahme beträgt 9,2 Mrd Franken oder 8,2%. Nach den bedeutenden Schwankungen der letzten Jahre (1978: Zunahme 19,1%, 1979: Abnahme 29,4%) hat sich der Kassenverkehr mit dem Abklingen der Aktion zum Umtausch alter gegen neue Notentypen wieder normalisiert.

Umsatz

Devisen

Aufgrund von Art.14 des Nationalbankgesetzes ist die Bank befugt, Guthaben auf das Ausland mit einer Verfallzeit von höchstens zwölf Monaten zu kaufen und zu verkaufen.

Funktion und Begriff

Im Gesamtbestand der Devisen von 27 355,6 Mio Franken (vgl. Tabelle Seite 50) sind die Franken-D-Mark-Termingeschäfte mit Schweizerbanken nicht enthalten.

Die Dollarguthaben sind, mit Ausnahme der Geldmarktswaps und der auf Termin verkauften Dollars, zu Fr.1,784 inventarisiert (Bilanz 1979: Fr.1,599). Dies entspricht dem mittleren Dollarkurs in Zürich im Monat Dezember. Die übrigen Fremdwährungen und die auf Sonderziehungsrechte lautenden Forderungen sind ebenfalls zu Dezember-Mittelkursen eingesetzt.

Gliederung und
Veränderung
des Bestandes

	1980 Mio Fr.	1979 Mio Fr.	Veränderung Mio Fr.
1. Devisen ohne Geldmarktwaps			
US-Dollars			
– amerikanische Staatspapiere und übrige Anlagen in den USA	10 402,2	16 071,2	–5 669,0
– Anlagen bei ausländischen Wäh- rungsbehörden und am Euromarkt	1 292,4	1 274,4	+ 18,0
Auf Sonderziehungsrechte lau- tende Forderungen	567,9	432,9	+ 135,0
Übrige Währungen	792,0	355,0	+ 437,0
	<u>13 054,5</u>	<u>18 133,5</u>	<u>–5 079,0</u>
2. Geldmarktwaps			
von inländischen Banken auf Swap- basis übernommene US-Dollars	<u>14 301,1</u>	<u>8 256,9</u>	<u>+6 044,2</u>
3. Gesamttotal laut Bilanz	<u>27 355,6</u>	<u>26 390,4</u>	<u>+ 965,2</u>

Sonderziehungsrechte

Begriff

Sonderziehungsrechte (SZR) sind ein vom Internationalen Währungsfonds (IWF) geschaffenes Reservemedium. Sie werden seit dem 1. Januar 1981 definiert als gewichteter Korb der fünf wichtigsten Währungen von Mitgliedländern des IWF (US-Dollar, Deutsche Mark, französischer Franken, japanischer Yen und Pfund Sterling). Vorher war der Korb aus den 16 wichtigsten Währungen zusammengesetzt.

Die Nationalbank
als «other holder»

Obwohl die Schweiz nicht Mitglied des IWF ist, kann die Nationalbank Sonderziehungsrechte erwerben, halten und verkaufen. Als sogenannter «other holder» wurde sie am 18. April 1980 vom IWF dazu ermächtigt. Bei den auf Sonderziehungsrechte lautenden Forderungen, die die Nationalbank bisher schon als Währungsreserve hielt, ist das Sonderziehungsrecht lediglich Rechnungseinheit.

Ende Juli hat die Nationalbank erstmals 5,1 Mio Sonderziehungsrechte vom IWF übernommen. Sie sind zum Durchschnittskurs des Monats Dezember von 2,25 Franken bilanziert.

Devisenbezugsrechte

Funktion

Im Bestreben, die Kurssicherung von Zahlungseingängen zugunsten der schweizerischen Exporteure von Gütern und Dienstleistungen flexibler zu gestalten,

gibt die Nationalbank durch Vermittlung der Schweizer Banken seit dem 1. Dezember 1978 Devisenbezugsrechte (DBR) aus (siehe Seite 45f.).

Im Berichtsjahr belief sich der Totalbetrag der ausgegebenen Devisenbezugsrechte auf 35,8 Mio (1979: 98,6 Mio) Franken. Im einzelnen waren folgende Bewegungen zu verzeichnen (in Mio der jeweiligen Währungseinheiten):

Beträge

	US\$	DM	£	FF	öSch	Total in Fr. ¹
Bestand am 31.12.79	9,0	9,6	2,5	3,4	5,7	37,3
Im Berichtsjahr neu aus- gestellte DBR	7,0	14,3	2,0	3,3	5,6	35,8
Im Berichtsjahr ver- fallene DBR	12,3	14,5	4,3	5,5	9,0	56,3
davon: ausgeübt	(8,0)	(10,4)	(4,3)	(5,5)	(7,1)	(44,6)
nicht ausgeübt	(4,3)	(4,1)	—	—	(1,9)	(11,7)
Bestand am 31.12.80	3,7	9,4	0,2	1,2	2,3	16,8

¹ Umgerechnet zu Inventarkursen 1980

Die Devisenbezugsrechte sind in den Eventualverpflichtungen enthalten.

Inlandportfeuille

Aufgrund von Art.14 NBG ist die Nationalbank befugt, bestimmte, genau definierte Wechsel, wechselähnliche Forderungen und Schuldverschreibungen auf die Schweiz sowie eidgenössische Schuldbuchforderungen mit einer Verfallzeit von höchstens sechs Monaten zu diskontieren. Die diskontierten Forderungen bilden das Inlandportfeuille der Nationalbank. Für die regelmässigen Einreicher sind Diskontlimiten festgesetzt. Besondere Bedingungen gelten für Pflichtlagerwechsel. Aufgrund von Vereinbarungen mit den Banken (siehe Seite 44f.) bestehen gewisse zeitlich befristete Sonderregelungen (Spezialdiskontsatz, Nichtanrechnung an die Diskontlimiten) für bestimmte Exportkreditwechsel. Der Diskontkredit bildet – zusammen mit dem Lombardkredit – eines der klassischen notenbankpolitischen Mittel zur Regulierung der Liquidität im Bankensystem.

Begriff und Funktion

Im Berichtsjahr wurden 11 665 Wechsel im Gesamtbetrag von 21,4 Mrd Franken diskontiert; 1979 waren es 5614 Wechsel im Betrag von 8,8 Mrd. Auf die Diskontierung von Exportkreditwechseln im Rahmen der Vereinbarung über die Milderung von Liquiditätsschwierigkeiten in der Exportwirtschaft (siehe Seite 44f.) entfielen 121,0 Mio (1979: 61,7 Mio) Franken. Sodann wurden vom Markt für 105,0 Mio (50,5 Mio) Franken Obligationen zum Diskont eingereicht.

Diskontverkehr

Die jahresdurchschnittliche Beanspruchung des Diskontkredits erreichte 1980 950,0 Mio (428,5 Mio) Franken; auf Wechsel entfielen 906,1 Mio (419,0 Mio). Die Beanspruchung unterliegt starken saisonalen Schwankungen und konzentriert sich auf die geldwirtschaftlichen Spitzentermine (Tabelle Refinanzierungshilfe Seite 27).

Gliederung des
Inlandportefeuilles
am Jahresende

	31. Dezember 1980 Mio Fr.	31. Dezember 1979 Mio Fr.
Exportwechsel	13,8	27,7
Übrige kommerzielle Wechsel	29,7	64,4
Pflichtlagerwechsel	2 241,6	1 440,1
Total Schweizerwechsel	<u>2 285,1</u>	<u>1 532,2</u>
Schatzanweisungen des Bundes	—	—
Geldmarkt-Buchforderungen	152,0	10,0
Diskontierte Obligationen	48,4	38,3
Gesamttotal	<u>2 485,5</u>	<u>1 580,5</u>

Lombardvorschüsse

Begriff und Funktion

Aufgrund von Art. 14 NBG ist die Nationalbank befugt, gegen Verpfändung von Schuldverschreibungen auf die Schweiz, eidgenössischen Schuldbuchforderungen und diskontierbaren Wechseln verzinsliche Darlehen zu gewähren. Der Lombardkredit ist ähnlich dem Diskontkredit ein Mittel zur Behebung kurzfristiger Liquiditätsengpässe und ist in diesem Sinne grundsätzlich nur für Banken vorgesehen.

Lombardverkehr

Im Berichtsjahr erreichten die Lombardvorschüsse insgesamt 12,3 Mrd Franken gegenüber 5,5 Mrd 1979. Die jahresdurchschnittliche Beanspruchung des Lombardkredites betrug 301,5 Mio (1979: 107,2 Mio) Franken. Am Jahresende waren Lombardvorschüsse in Höhe von 919,8 Mio (886,4 Mio) Franken ausstehend.

Eigene Wertschriften

Begriff und Funktion

Nach Art. 14 Ziff. 2 NBG ist die Bank befugt zum An- und Verkauf von Schatzanweisungen und Schuldverschreibungen des Bundes, eidgenössischen Schuldbuchforderungen, Schuldverschreibungen der Kantone und der Kantonalbanken, Pfandbriefen der schweizerischen Pfandbriefzentralen sowie von leicht realisierbaren Schuldverschreibungen anderer schweizerischer Banken und von Gemeinden. Sie macht von dieser Möglichkeit in der Regel Gebrauch, um allzu

heftige Kursausschläge, insbesondere bei den Bundesobligationen, zu vermeiden.

Obligationen der erwähnten Kategorien werden, sofern deren Restlaufzeit höchstens zwei Jahre beträgt, nach Art. 19 Abs. 1 NBG in die Notendeckung einbezogen.

Deckungsfähige
Wertschriften

Im Berichtsjahr ergaben sich auf dem Konto «Eigene Wertschriften» Eingänge von 295,0 Mio und Ausgänge von 46,2 Mio Franken. Dadurch erhöhte sich der Bestand an eigenen Wertschriften um 248,8 Mio auf 1212,2 Mio Franken; im Jahresdurchschnitt betrug er 1064,6 Mio (1979: 684,6 Mio) Franken.

Verkehr in eigenen
Wertschriften

Inventar per 31. Dezember 1980

Titelgattung	Nominalbetrag Franken	Kurs %	Inventarwert Franken
<i>Obligationen</i>			
<i>1. deckungsfähige</i>			
Eidgenossenschaft	6 450 000	90	5 805 000
<i>2. andere</i>			
Eidgenossenschaft	942 615 000	90	848 353 500
Kantone	125 303 000	90	112 772 700
Gemeinden	92 688 000	90	83 419 200
Banken	41 484 000	90	37 335 600
Pfandbriefzentralen	138 314 000	90	124 482 600
	<u>1 340 404 000</u>	90	<u>1 206 363 600</u>
<i>Aktien</i>			
Diverse			1
<i>Total</i>			<u>1 212 168 601</u>

Korrespondenten im Inland

In zahlreichen Ortschaften ohne Sitz, Zweiganstalt oder Agentur der Nationalbank haben Banken das Mandat eines Korrespondenten übernommen. Ihnen ist die Aufgabe übertragen, für Rechnung der Nationalbank folgende Geschäfte kostenlos abzuwickeln:

Begriff und Funktion

- Einzug von Rimessen,
- Entgegennahme von Zahlungen zugunsten von Kunden der SNB,
- Zahlungen an Dritte,
- Einlösung der von der SNB auf sie gezogenen Checks.

Das Schwergewicht der Tätigkeit der Korrespondenten liegt in der Abwicklung des Zahlungsverkehrs von Bund, SBB und PTT.

Insbesondere gewährleisten die Korrespondenten auch die Bargeldversorgung der einzelnen SBB- und PTT-Stellen, d.h. sie nehmen von diesen überschüssiges Bargeld entgegen oder treten ihnen benötigtes Bargeld ab. Das Bestehen eines Korrespondentennetzes vermindert den Bargeldversand und erleichtert den Zahlungsverkehr. Die von den Korrespondenten für Rechnung der Nationalbank entgegengenommenen und nicht weitergeleiteten Zahlungsmittel werden der Nationalbank verzinst.

Anzahl Mandate,
Bank- und
Nebenplätze

Die Zahl der Korrespondentenmandate erhöhte sich im Berichtsjahr von 559 auf 571. Die Zahl der Bankplätze (Domizilorte der Korrespondenten) stieg von 418 auf 424, jene der Nebenplätze (Ortschaften, in denen die Korrespondenten ebenfalls ein spesenfreies Inkasso der Rimessen besorgen) reduzierte sich von 158 auf 156.

Geschäftsverkehr
mit den
Korrespondenten

Der Nationalbank wurden von den Korrespondenten im Berichtsjahr 22 Mrd Franken gutgeschrieben und 22 Mrd Franken belastet. Gegenüber dem Vorjahr erhöhte sich der Gesamtumsatz auf den Korrespondentenkonten um 1,9 Mrd auf 44 Mrd Franken. Im Jahresdurchschnitt betragen die Guthaben der Nationalbank 112,9 Mio Franken; am Jahresende erreichten sie 289,6 Mio Franken (1979: 288,6 Mio).

Inkassoverkehr

Das Inkasso von Checks und Wechseln, das zum überwiegenden Teil für Bundesstellen erfolgte, nahm folgenden Umfang an:

	1980 Anzahl in 1000	Betrag in Mio Fr.	1979 Anzahl in 1000	Betrag in Mio Fr.
Kommerzielle Checks und Wechsel	124,7	4285,7	110,6	4041,8
Reisechecks	858,9	75,1	750,1	61,4
Eurochecks	56,4	13,5	40,9	9,4
Total Checks und Wechsel	1040,0	4374,3	901,6	4112,6

Postcheckverkehr

Über das Postchecksystem wird vor allem der Massenzahlungsverkehr bewältigt. Am Ende einer oft langen Kette von bargeldlosen Übertragungen fließt ein Teil der Gelder auf die Postcheckkonten der Banken. Durch die Überweisung an die Nationalbank werden sie zu Giroguthaben bei der Nationalbank.

Die Notenbank verrechnet ihre für den laufenden Zahlungsverkehr nicht benötigten Postcheckguthaben täglich mit den bei ihr gehaltenen Giroguthaben der PTT-Betriebe.

Über die Postcheckkonten der Nationalbank wickelte sich im Berichtsjahr für Rechnung von Dritten folgender Verkehr ab (Giroaufträge und Zahlungsanweisungen):

Jahr	Aufträge zulasten der Nationalbank		Aufträge zugunsten der Nationalbank		Total Umsatz Mio Franken
	Anzahl	Mio Franken	Anzahl	Mio Franken	
1979	1 575 863	25 612	35 411	70 469	96 081
1980	3 030 576	33 364	41 115	77 495	110 858
Veränderung	+92,3%	+30,3%	+16,1%	+10,0%	+15,4%

Notenumlauf

Ende 1980 betrug der Notenumlauf 24,1 Mrd Franken. Er verzeichnete gegenüber dem Vorjahr eine Zunahme von 0,3 Mrd Franken oder 1,5%. Im Maximum erreichte er am 24. Dezember 24,8 Mrd Franken, im Minimum am 18. September 21,0 Mrd Franken. Es ergab sich somit eine Spanne von 3,8 Mrd Franken. Der jahresdurchschnittliche Notenumlauf belief sich auf 21,8 Mrd Franken. Pro Kopf der Bevölkerung waren am Jahresende 31 Noten im Gesamtbetrage von rund 3800 Franken in Zirkulation.

Notenumlauf

Im Berichtsjahr sind rund 56,8 Mio druckfrische Noten im Nennwert von 4,4 Mrd Franken in Verkehr gesetzt worden.

Notenausgabe

1980 wurden insgesamt 87,8 Mio Stück beschädigte oder zurückgerufene Banknoten im Nominalwert von 3,9 Mrd Franken vernichtet.

Notenvernichtung

Zurückgerufene
Noten

Von den auf den 1. Mai 1980 zurückgerufenen Noten der Nationalbank waren Ende des Berichtsjahres noch ausstehend:

Noten zu 1000 Franken mit dem Totentanzmotiv auf der Rückseite	Fr.	652 327 000
Noten zu 500 Franken mit dem Jungbrunnenmotiv auf der Rückseite	Fr.	181 575 000
Noten zu 100 Franken mit dem St. Martin-Motiv auf der Rückseite	Fr.	302 525 100
Noten zu 50 Franken mit dem Motiv der Apfelernte auf der Rückseite	Fr.	105 841 700
Noten zu 20 Franken mit dem Porträt von General Dufour auf der Vorderseite	Fr.	114 188 660
Noten zu 10 Franken mit dem Porträt von Gottfried Keller auf der Vorderseite	Fr.	97 480 730
Noten zu 5 Franken mit dem Bildnis von Wilhelm Tell im Medaillon auf der Vorderseite	Fr.	8 986 945
Zusammen	Fr.	<u>1 462 925 135</u>

Umtauschfrist der
zurückgerufenen
Noten

Die Nationalbank ist verpflichtet, die erwähnten Noten zu 1000, 500, 100, 50, 20, 10 und 5 Franken bis zum 30. April 2000 zum Nennwert umzutauschen.

Notendeckung

Die Deckung des Notenumlaufs gestaltete sich am 31. Dezember 1980 wie folgt:

	Mio Fr.	Mio Fr.
Gold		11 903,9
Übrige deckungsfähige Aktiven:		
Devisen	27 355,6	
Sonderziehungsrechte	11,4	
Inlandportefeuille	2 485,5	
Lombardvorschüsse	919,8	
Deckungsfähige Wertschriften	<u>5,8</u>	30 778,1
Gesamte Notendeckung		<u>42 682,0</u>

Die Deckung des Notenumlaufs, bezogen auf die gesamten deckungsfähigen Anlagen, betrug Ende des Jahres 177,06%. Die Deckung des Notenumlaufs durch Gold allein betrug im Maximum 56,72% (18. September), im Minimum 48,08% (24. Dezember).

Am Jahresende gliederte sich der Notenumlauf nach Abschnitten wie folgt:

Gliederung des Notenumlaufs

Abschnitte zu Franken 1000 in Millionen Franken	500	100	50	20	10	5	Total	
1979	10 024,2	4 777,3	6 737,0	1 021,2	763,0	429,2	9,0	23 760,9
1980	10 163,3	4 688,8	6 983,4	1 060,9	773,5	427,4	9,0	24 106,3
<i>Prozentuale Verteilung</i>								
1979	42,19	20,10	28,35	4,30	3,21	1,81	0,04	100
1980	42,16	19,45	28,97	4,40	3,21	1,77	0,04	100

Die Jahresdurchschnitte ergaben folgende Werte:

Abschnitte zu Franken 1000 in Millionen Franken	500	100	50	20	10	5	Total	
1979	8 615,1	4 310,1	6 091,6	942,8	713,2	387,9	9,0	21 069,7
1980	8 911,7	4 314,7	6 410,1	991,9	733,7	408,6	9,0	21 779,7
<i>Prozentuale Verteilung</i>								
1979	40,89	20,46	28,91	4,47	3,39	1,84	0,04	100
1980	40,92	19,81	29,43	4,55	3,37	1,88	0,04	100

Münzen

Das Münzwesen ist Sache des Bundes. Die Schweizerische Nationalbank wirkt bei der Münzversorgung im Rahmen der ihr vom Gesetzgeber überbundenen Pflichten mit. Sie unterstützt die öffentlichen Kassen des Bundes bei der Verteilung, dem Wechsel und dem Rückzug von Münzen. Die Prägeprogramme werden vom Eidgenössischen Finanzdepartement im Einvernehmen mit der Nationalbank festgesetzt.

Pflichten der Notenbank

Im Berichtsjahr übernahm die Nationalbank von der Eidgenössischen Staatskasse insgesamt 131,4 Mio Münzen im Nominalwert von 83,0 Mio Franken und führte sie ihren Sitzen, Zweiganstalten und Agenturen für den Zahlungsmittelverkehr zu. Dieser Betrag entspricht rund 50% des Gesamt Münzausgangs der Eidgenössischen Staatskasse.

Münzverteilung durch die Nationalbank

Girorechnungen

Die Erleichterung des Zahlungsverkehrs gehört zum gesetzlichen Aufgabenkreis der Nationalbank. Nationalbankgiro, Postcheck und Bankenclearing sind die drei hauptsächlichsten Transfersysteme, welche in der Schweiz den bargeldlosen

Begriff und Funktion

Zahlungsverkehr sicherstellen. Die verschiedenen Einrichtungen sind miteinander verflochten und ergänzen sich gegenseitig. Die sich aus dem Bankenclearing ergebenden gegenseitigen Verrechnungen werden über die Girokonten abgewickelt.

Bei den Girorechnungen handelt es sich um unverzinsliche, täglich fällige Verbindlichkeiten der Nationalbank. In der Bilanz werden die Girorechnungen in zwei Gruppen unterteilt: Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie sowie Girorechnungen ausländischer Geschäfts- und Notenbanken oder Institutionen.

Anzahl
Girorechnungen

Ende 1980 wurden von der Nationalbank 1394 Girorechnungen geführt (1979: 1387). Davon waren 105 (103) Rechnungen ausländischer Adressen.

	Umsätze Mrd Franken		Transaktionen Anzahl in 1000	
	1980	1979	1980	1979
Reiner Giroverkehr	796,1	771,5	815	797
Giroverkehr im Zusammenhang mit dem Bankenclearing	9 807,1	6 640,7	19 031	17 075
Gesamter Giroverkehr	<u>10 603,2</u>	<u>7 412,2</u>	<u>19 846</u>	<u>17 872</u>

Dienstleistungen
im Bankenclearing

Beim Bankenclearing handelt es sich um eine Giro-Organisation von in der Schweiz und im Fürstentum Liechtenstein domizilierten Bankinstituten. Die Nationalbank ist Zentrale für die nicht zum Kreis der Grossbanken und Kantonalbanken gehörenden Institute; deren Zahl belief sich am Schluss des Berichtsjahres auf 246 (1979: 242). Der Verkehr auf diesen Bankenclearingkonten gliederte sich wie folgt:

	Anzahl Überweisungen	
	1980	1979
Manuelles Clearing	2 278 094	3 044 968
Optische Beleglesung	3 671 379	3 556 453
Datenträgeraustausch (inkl. Salärzahlungen) . .	1 814 324	1 107 682
Checkclearing	104 059	12 320
Lastschriftverfahren	57 443	35 316
Überleitungen in das Postchecksystem	3 124 571 ¹	1 511 880 ¹
Total	<u>11 049 870</u>	<u>9 268 619</u>

¹ In der Position «Giroverkehr im Zusammenhang mit dem Bankenclearing» (vgl. oben) einfach gezählt.

Die Nationalbank erleichtert den Zahlungsverkehr durch Mithilfe in der Rahmenorganisation des Bankenclearing. Sie übernimmt in diesem Zusammenhang auch die Gesamtabrechnung.

Konten der Bundesverwaltung

Art. 15 des Nationalbankgesetzes bestimmt, dass die Bank Zahlungen für Rechnung des Bundes entgegennimmt sowie in dessen Auftrag und bis zur Höhe des Bundesguthabens Zahlungen an Dritte ausführt.

In den letzten zwei Jahren erreichten die Gutschriften und Belastungen folgende Werte:

Vom Verkehr entfallen auf:	Gutschriften		Belastungen	
	1980 Mio Fr.	1979 Mio Fr.	1980 Mio Fr.	1979 Mio Fr.
Eidg. Finanzverwaltung . . .	55 853	57 359	57 161	58 517
PTT-Betriebe	83 380	85 264	83 380	85 264
Schweiz. Bundesbahnen . .	4 071	3 739	4 071	3 739
Übrige Verwaltungen	1 293	475	1 791	545
Total	<u>144 597</u>	<u>146 837</u>	<u>146 403</u>	<u>148 065</u>

Gemäss Art. 14, Ziff. 6, des Nationalbankgesetzes kann die Nationalbank die Guthaben des Bundes verzinsen. Die Art und Weise der Anlagen der Bundesguthaben ist in einer Vereinbarung vom 30. Juni 1980 zwischen dem Eidgenössischen Finanzdepartement und der Nationalbank geregelt.

Verzinsung des
Bundesguthabens

Die Nationalbank verzinst die Guthaben des Bundes, soweit sie als Festgelder angelegt sind. Dabei steht ihr die Möglichkeit zu, diese Gelder je nach Marktlage für Rechnung des Bundes im Markt zu plazieren.

Ende 1980 betrug das Bundesguthaben 3502,8 Mio Franken. Davon waren 3100 Mio Franken bei der Nationalbank zinsbringend angelegt; die gesamte Anlage war zu diesem Zeitpunkt bei Banken weiterplaziert. Der ausgewiesene Nettobestand des Bundeskontos betrug somit 402,8 Mio Franken.

Sterilisierungsreskriptionen

Sterilisierungsreskriptionen (S-Reskriptionen) stellen ein Instrument der Offenermarktpolitik dar. Es sind Schuldverschreibungen des Bundes, welche die Nationalbank zur Liquiditätsabschöpfung bei Banken plaziert und für deren Verzinsung sie aufkommt. Der Gegenwert wird nicht auf das Girokonto des Bundes übertragen, sondern auf ein Sonderkonto, über das der Bund nicht verfügen kann. Für die Nationalbank hat dieses Konto den Charakter einer Verbindlichkeit auf Zeit. Die Laufzeit der Papiere beträgt zwischen 3 und 24 Monaten.

Begriff und Funktion

Die S-Reskriptionen können bei der Nationalbank zu Ausgabebedingungen über das Quartalsende in Pension gegeben und – falls ihre Restlaufzeit sechs Monate nicht übersteigt – zum Diskont eingereicht werden. Die Pensionierung von S-Reskriptionen, auch Mobilisierung genannt, ist Bestandteil der Ultimofinanzierungshilfe der Nationalbank. In der Bilanz der Nationalbank hat die Pensionierung von S-Reskriptionen eine vorübergehende Reduktion der Verbindlichkeiten auf Zeit und eine entsprechende Erhöhung der Giro Guthaben zur Folge.

Über die kurzfristige Mobilisierung von S-Reskriptionen an den geldwirtschaftlichen Spitzenterminen gibt die Tabelle auf Seite 27 Auskunft.

Bestandesänderungen
im Jahresablauf

	Mio Franken
Bestand am 31. Dezember 1979 laut Bilanz	630,1
Über das Jahresende 1979/80 mobilisierte Titel	+ 1 381,5
	<u>2 011,6</u>
Teilrückzahlung per 8. Januar 1980	– 0,5
Teilrückzahlung per 30. Januar 1980	– 200,0
Teilrückzahlung per 31. Januar 1980	– 1,5
Teilrückzahlung per 4. Februar 1980	– 120,0
Teilrückzahlung per 7. Februar 1980	– 767,6
Teilrückzahlung per 8. Februar 1980	– 7,2
Teilrückzahlung per 18. Februar 1980	– 637,5
Teilrückzahlung per 3. März 1980	– 150,0
Teilrückzahlung per 27. März 1980	– 6,0
Teilrückzahlung per 28. März 1980	– 13,2
Teilrückzahlung per 31. März 1980	– 32,2
Teilrückzahlung per 1. April 1980	– 22,8
Teilrückzahlung per 2. April 1980	– 4,1
Teilrückzahlung per 10. April 1980	– 22,0
	<u>27,0</u>
Über das Jahresende 1980/81 mobilisierte Titel	– 4,0
Bestand am 31. Dezember 1980 laut Bilanz	<u>23,0</u>

Eigene, verzinsliche Schuldverschreibungen

Begriff und Funktion

Mit dem Inkrafttreten des revidierten Nationalbankgesetzes am 1. August 1979 sind die Voraussetzungen geschaffen worden, um die Sterilisierungsreskriptionen des Bundes durch eigene, verzinsliche Schuldverschreibungen der Nationalbank zu ersetzen. Wie früher die S-Reskriptionen werden diese Papiere zur Liquiditätsabschöpfung im Bankensystem plaziert. Die Laufzeit der Schuldverschreibungen ist auf zwei Jahre beschränkt.

Die 1980 ausgegebenen eigenen verzinslichen Schuldverschreibungen können bei der Nationalbank über das Quartalsende zu Marktbedingungen in Pension gegeben werden. Falls ihre Restlaufzeit sechs Monate nicht übersteigt, können sie auch zum Diskont eingereicht werden. Technisch handelt es sich um an Ordre zahlbare Papiere, die aber – wie die S-Reskriptionen – nicht als handelbar betrachtet werden.

Veränderungen
im Bestand

Am 28. Februar 1980 wurden erstmals eigene verzinsliche Schuldverschreibungen mit Laufzeiten von 6, 9 und 12 Monaten ausgegeben:

	Mio Franken
Bestand am 28. Februar 1980	1 054,5
Teilrückzahlung per 28. August 1980	– 351,0
Teilrückzahlung per 28. November 1980	– 353,0
	<u>350,5</u>
Über das Jahresende 1980/81 mobilisierte Titel	– 100,0
Bestand am 31. Dezember 1980 laut Bilanz	<u>250,5</u>

2. Dienstleistungen

a) Dienstleistungen für den Bund

Bei der Begebung von Eidgenössischen Anleihen wirkt die Schweizerische Nationalbank mit.

Begebung von
Bundesanleihen

Im Jahre 1980 wurden folgende Anleihen für Rechnung des Bundes emittiert:

4½% Eidgenössische Anleihe 1980–92 (Febr.)	Fr. 205 000 000.—
5¼% Eidgenössische Anleihe 1980–90 (Mai)	Fr. 255 000 000.—
4¾% Eidgenössische Anleihe 1980–90 (Juli)	Fr. 260 000 000.—
4½% Eidgenössische Anleihe 1980–92 (Sept.)	Fr. 246 000 000.—
4¾% Eidgenössische Anleihe 1980–90 (Nov.)	Fr. 260 000 000.—

Die Begebung dieser Anleihen erfolgte nach dem Tender-Verfahren.

Im Auftrag und für Rechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft gab die Nationalbank im Berichtsjahr wiederum «Geldmarkt-Buchforderungen» aus. Dies sind kurzfristige Forderungen, die in einem auktionsähnlichen Ausgabeverfahren zur öffentlichen Zeichnung ausgeschrieben und durch Liberierung der zugeteilten Beträge begründet werden. Die Nationalbank führt ein Geldmarkt-Register, in dem die Namen der Gläubiger festgehalten sind; über die Einträge werden Bescheinigungen ausgestellt, denen die Eigenschaft eines Beweismittels und nicht eines Wertpapiers zukommt.

Geldmarkt-
Buchforderungen
gegenüber dem Bund

1980 wurden folgende Emissionen durchgeführt:

Serie	Emission	Rückzahlung	Betrag (Mio Fr.)	Emissionspreis	Rendite in %
1.04	24. 1.80	24. 4.80	196,5	98,710	5,227
1.05	21. 2.80	22. 5.80	200,0	98,925	4,299
1.06	20. 3.80	19. 6.80	192,5	98,388	6,627
1.07	24. 4.80	24. 7.80	200,0	98,467	6,227
1.08	22. 5.80	21. 8.80	200,0	98,629	5,623
1.09	19. 6.80	18. 9.80	200,0	98,783	4,983
1.10	24. 7.80	23.10.80	198,5	98,860	4,664
1.11	21. 8.80	20.11.80	216,0	98,870	4,623
1.12	18. 9.80	18.12.80	203,0	98,785	4,920
1.13	23.10.80	22. 1.81	211,0	98,855	4,685
1.14	20.11.80	19. 2.81	205,5	98,869	4,627
1.15	18.12.80	19. 3.81	207,0	98,616	5,552

Am Jahresende waren Geldmarkt-Buchforderungen im Gesamtbetrag von 623,5 Mio Franken ausstehend.

Eidgenössisches
Schuldbuch

Gemäss Art. 10 des Bundesgesetzes vom 21. September 1939 über das eidgenössische Schuldbuch ist die Schweizerische Nationalbank mit der Führung des Schuldbuches betraut. Sie übt diese Tätigkeit im Namen und Auftrage des Bundes aus.

Am 31. Dezember 1979 waren im eidgenössischen Schuldbuch eingetragen:

1126 Einzelforderungen mit	Fr. 1 254 738 000.—	
Zuwachs im Jahre 1980		
Zeichnungen von Schuldbuch-		
forderungen bei Anleihens-		
emissionen	Fr. 73 715 000.—	
Umwandlungen von Schuld-		
verschreibungen in Schuld-		
buchforderungen	<u>Fr. 29 988 000.—</u>	Fr. 103 703 000.—
		<u>Fr. 1 358 441 000.—</u>
Abgang im Jahre 1980		
Rückzahlungen		Fr. 119 390 000.—
Am 31. Dezember 1980 waren im Schuldbuch ein-		
getragen		
1030 Einzelforderungen mit		<u>Fr. 1 239 051 000.—</u>
Im Berichtsjahre wurden 17 Übertragungen von		
Schuldbuchforderungen auf andere Gläubiger		
vorgenommen im Gesamtbetrage von	Fr. 24 427 000.—	
An Zinsen auf Schuldbuchforderungen wurden im		
Berichtsjahre vergütet in 1114 Gutschriften	Fr. 39 048 450.70	

Das eidgenössische Schuldbuch ist seit dem 1. November 1974 für die Umwandlung bestehender Schuldverschreibungen in Schuldbuchforderungen geöffnet.

Die Schweizerische Nationalbank ist laut Art. 15, Abs. 1, des Nationalbankgesetzes verpflichtet, die dem Bunde und dessen Betrieben gehörenden und die unter seiner Verwaltung stehenden Wertschriften und Wertgegenstände unentgeltlich aufzubewahren und zu verwalten.

Verwaltung von Wertschriften

Als Domizilstelle hat die Nationalbank im Berichtsjahr an rückzahlbaren Titeln und fälligen Coupons von Bundesanleihen eingelöst:

Inkassostelle für Titel und Coupons von Bundesanleihen

	Stück	Franken
Rückzahlbare Titel	35 685	153 948 000.—
Coupons	689 485	204 032 327.50
SEGA-Inkassozertifikate	4 972	276 974 710.—

Im Auftrag des Bundes und seiner Regiebetriebe überwies die Nationalbank brieflich, per Bankcheck oder per Telex in 25 528 (Vorjahr 24 328) Vergütungen den Gegenwert von 2 669 Mio Franken (2 092 Mio Franken) an ausländische Empfänger. Nebst Akkreditiv- und Dokumentarinkassogeschäften befasste sie sich zudem mit dem Zahlungsverkehr für Auslandprojekte im Rahmen der Entwicklungszusammenarbeit und der humanitären Hilfe sowie für schweizerische diplomatische und konsularische Vertretungen im Ausland.

Ausland-Zahlungsverkehr

Aufgrund von Barakkreditiven, eröffnet bei ihren Sitzen und Zweiganstalten sowie bei Korrespondenten, versorgte die Schweizerische Nationalbank verschiedene Bundesbetriebe mit den notwendigen Barmitteln. Gemäss einer Sonderregelung amtierte sie ferner als Remboursstelle für Vergütungen, die bestimmte Banken für den Nationalstrassenbau sowie im Auftrag von kantonalen Getreidezentralen für Rechnung der Eidgenössischen Getreideverwaltung in Bern ausführten.

Besondere Mittelbeschaffung für Bundesbetriebe

Die Nationalbank besorgte für den Bund und seine Regiebetriebe auch das Inkasso von Checks auf das Ausland. Dabei handelte es sich zum grössten Teil um von den SBB eingereichte Reise- und Eurochecks. So wurden von der Nationalbank 858 883 (Vorjahr 750 085) Reisechecks im Gegenwert von 75,0 Mio (61,4 Mio) Franken sowie 56 369 (40 926) Eurochecks im Betrag von 13,5 Mio (9,4 Mio) Franken verarbeitet.

Checkinkasso im Ausland

b) Übrige Dienstleistungen

Die Schweizerische Nationalbank stellt ihre Dienste der SEGA Schweizerische Effekten-Giro AG zur Verfügung, indem sie in Bern, Genf und Lausanne Depot-

Depotstellen der SEGA

stellen der SEGA unterhält. Die SEGA-Depotstellen nehmen von Mitgliedern Titel entgegen und liefern Titel aus.

Bei den Depotstellen waren aufbewahrt:

	Aktien Anzahl	Obligationen nom. Fr.
Bestand am 31. Dezember 1979	11 041 374	750 310 000.—
Einlieferungen im Jahre 1980	9 827 255	879 340 000.—
	<u>20 868 629</u>	<u>1 629 650 000.—</u>
Auslieferungen im Jahre 1980	7 393 629	1 005 607 040.—
Bestand am 31. Dezember 1980	<u>13 475 000</u>	<u>624 042 600.—</u>

Bankenclearing

Die Dienstleistungen der Nationalbank im Bankenclearing sind auf Seite 58 erläutert.

3. Verwaltung und Geschäftsergebnis

Bankgebäude

Der Buchwert der Gebäude der Bank betrug am 31. Dezember 1980 wie im Vorjahr Fr. 1500000.—. Die Feuerversicherungssumme stellte sich insgesamt auf Fr. 228232350.—.

Im Rahmen der langfristigen Bauplanung waren auch im Berichtsjahr bei den Sitzen Zürich und Bern sowie bei den Zweiganstalten Aarau, Luzern und Neuenburg Neubau-, Umbau- und Renovationsarbeiten im Gang.

In allen Fällen geht es in erster Linie um die Verbesserung der betrieblichen Sicherheit und um die Schaffung zeitgemässer Arbeitsplätze. Die Renovationsarbeiten dienen auch der Substanzerhaltung.

Eigene Gelder

Grundkapital

Das Grundkapital beträgt unverändert Fr. 50000000.—, eingeteilt in 100000 Aktien von je Fr. 500.—, auf welche 50% = Fr. 250.— einbezahlt sind.

Im Laufe des Berichtsjahres hat der Bankausschuss die Übertragung von 1962 Aktien auf neue Eigentümer genehmigt.

Nach den Eintragungen im Aktienregister war das Aktienkapital am 31. Dezember 1980 wie folgt verteilt:

Verteilung des Aktienbesitzes

4 169 Privataktionäre mit je	1– 10 Aktien
481 Privataktionäre mit je	11–100 Aktien
27 Privataktionäre mit je	101–200 Aktien
15 Privataktionäre mit je	über 200 Aktien
<u>4 692</u> Privataktionäre mit zusammen	<u>41 431</u> Aktien
26 Kantone und Halbkantone mit zusammen	38 742 Aktien
28 Kantonalbanken mit zusammen	16 919 Aktien
56 andere öffentlich-rechtliche Körperschaften und Anstalten mit zusammen	2 908 Aktien
<u>4 802</u> Aktionäre mit zusammen	<u>100 000</u> Aktien

Vom gesamten Aktienkapital sind demnach 58,57% im Besitz von Kantonen, Kantonalbanken sowie anderen öffentlich-rechtlichen Körperschaften und Anstalten und 41,43% im Besitz von Privataktionären.

Wie im Vorjahr wurde auf eine Einlage in den Reservefonds verzichtet.

Reservefonds

Rückstellungen

Dank der guten Ertragslage nahmen die Rückstellungen insgesamt um 2 283,6 Mio Franken zu. Eine Reihe von Rückstellungen, die in den letzten Jahren aufgelöst werden mussten, konnten wieder gebildet werden.

Rückstellungen für:	Bestand 31.12.79 in Millionen Franken	Veränderungen	Bestand 31.12.80
Bankgebäude	0	+ 50,0	50,0
Banknotenherstellung	0	+ 20,0	20,0
Offenmarktoperationen	0	+ 30,0	30,0
Nicht versicherte Schadenfälle	60,0	+ 20,0	80,0
Dividendenausgleich und Kantonsanteile	83,5	– 6,5	90,0
Währungsrisiken	0	+2 157,1	2 157,1
Total	143,5	+2 283,6	2 427,1

Gewinn- und Verlustrechnung

Abgeschlossen per 31. Dezember

Aufwand

	1980	1979
Betriebsaufwand		
Bankbehörden	Fr. 581 472.70	Fr. 643 202.60
Personal	Fr. 34 401 397.43	Fr. 32 625 167.75
Raufwand	Fr. 14 354 028.70	Fr. 8 614 479.55
Betriebsausstattungsafwand	Fr. 6 351 432.—	Fr. 13 829 058.72
Geschäfts- und Büroaufwand	Fr. 1 782 168.85	Fr. 1 592 068.45
Information und Kommunikation	Fr. 1 182 688.73	Fr. 1 143 680.03
Druckaufwand, Publikationen	Fr. 713 791.60	Fr. 627 502.75
Aufwand aus Notenumlauf	Fr. 15 262 829.85	Fr. 13 452 050.59
Übriger Sachaufwand	Fr. 6 101 983.45	Fr. 6 842 313.12
Wertaufwand		
Passivzinsen Deponenten	Fr. 1 739 708.95	Fr. 1 430 772.20
Passivzinsen Bundesverwaltung	Fr. 5 039 631.68	Fr. 13 060 304.—
Passivzinsen Bundesschatzanweisungen	Fr. 2 644 341.—	Fr. 23 957 616.20
Passivzinsen eigene Schuldverschreibungen	Fr. 32 127 510.35	Fr. —.—
Andere Sterilisierungskosten	Fr. 41 285 597.21	Fr. 29 577 513.87
Abschreibungen auf eigenen Wertschriften	Fr. 54 166 021.—	Fr. 109 364 332.—
Abschreibungen auf Bankgebäuden	Fr. 24 950 000.—	Fr. 40 314 500.—
Abschreibungen auf Devisen	Fr. —.—	Fr. 248 328 471.71
Tilgung des aktivierten Devisenverlustes vom 31.12.1978	Fr. 1 110 942 692.48	Fr. 1 482 510 193.48
Zuwendung an die Vorsorgeeinrichtungen	Fr. 10 000 000.—	Fr. —.—
Rückstellung für		
– Bankgebäude	Fr. 50 000 000.—	Fr. —.—
– Banknotenherstellung	Fr. 20 000 000.—	Fr. —.—
– Offenmarktoperationen	Fr. 30 000 000.—	Fr. —.—
– nicht versicherte Schadenfälle	Fr. 20 000 000.—	Fr. —.—
– Dividendenausgleich und Kantonsanteile	Fr. 13 031 652.80	Fr. —.—
– Währungsrisiken	Fr. 2 157 117 199.01	Fr. —.—
Reingewinn	Fr. 7 515 826.40	Fr. —.—
	<u>Fr. 3 661 291 974.19</u>	<u>Fr. 2 027 913 227.02</u>

Ertrag

	1980	1979
Betriebsertrag		
Kommissionen	Fr. 2 912 603.46	Fr. 3 660 795.91
Ertrag aus Bankgebäuden	Fr. 2 161 412.85	Fr. 927 211.—
Diverse Einnahmen	Fr. 702 242.90	Fr. 497 444.87
Wertertrag		
Ertrag aus Devisen und Gold	Fr. 2 313 747 229.91	Fr. 1 957 316 314.60
Bewertungskorrektur auf Devisen	Fr. 1 264 578 849.57	Fr. —.—
Diskontoertrag	Fr. 19 460 590.65	Fr. 4 306 917.99
Lombardertrag	Fr. 8 513 482.—	Fr. 1 529 072.70
Ertrag der eigenen Wertschriften	Fr. 47 880 197.10	Fr. 19 281 960.45
Ertrag der Inlandkorrespondenten	Fr. 1 335 365.75	Fr. 143 509.50
Entnahme aus der Rückstellung für Bankgebäude . .	Fr. —.—	Fr. 40 250 000.—

Fr. 3 661 291 974.19

Fr. 2 027 913 227.02

Jahresschlussbilanz

Aktiven

		1980	1979
Kassa			
Gold	Fr. 11 903 908 196.95		
Münzen	Fr. 64 639 885.39	Fr. 11 968 548 082.34	Fr. 11 952 607 574.72
Devisen		Fr. 27 355 647 132.98	Fr. 26 390 449 608.11
Sonderziehungsrechte		Fr. 11 425 781.25	Fr. —.—
Inlandportefeuille:			
Schweizerwechsel	Fr. 2 285 129 099.86		
Diskontierte			
Obligationen	Fr. 48 397 553.80		
Diskontierte			
Geldmarkt-Buch-			
forderungen	Fr. 152 000 000.—		
Schatzanweisungen			
des Bundes	Fr. —.—	Fr. 2 485 526 653.66	Fr. 1 580 516 326.19
Lombardvorschüsse		Fr. 919 789 484.48	Fr. 886 382 022.22
Eigene Wertschriften:			
deckungsfähige	Fr. 5 805 000.—		
andere	Fr. 1 206 363 601.—	Fr. 1 212 168 601.—	Fr. 963 441 901.—
Korrespondenten im Inland		Fr. 289 607 562.29	Fr. 288 633 576.56
Inkassowechsel		Fr. 2 836 011.55	Fr. 13 712 733.85
Postcheckguthaben		Fr. 5 446 891.48	Fr. 4 847 851.98
Coupons		Fr. 2 462.85	Fr. 3 406.55
Bankgebäude		Fr. 1 500 000.—	Fr. 1 500 000.—
Mobilier		Fr. 1.—	Fr. 1.—
Sonstige Aktiven		Fr. 41 216 803.97	Fr. 26 474 125.95
Nicht einbezahltes Grundkapital		Fr. 25 000 000.—	Fr. 25 000 000.—
Verlust auf den Devisenbeständen per			
31.12.1978, Saldo		Fr. —.—	Fr. 1 110 942 692.48
(gedeckt durch die stillen Reserven auf Gold)			
		<u>Fr. 44 318 715 468.85</u>	<u>Fr. 43 244 511 820.61</u>

Passiven

	1980	1979
Notenumlauf	Fr. 24 106 267 245.—	Fr. 23 760 874 360.—
Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie	Fr. 13 660 950 386.64	Fr. 13 207 106 712.49
Girorechnungen ausländischer Banken	Fr. 2 253 983 756.13	Fr. 2 252 811 618.15
Bund	Fr. 402 830 031.83	Fr. 2 209 357 213.36
Deponenten	Fr. 47 819 905.81	Fr. 56 784 276.84
Ausstehende Checks	Fr. 10 509 131.65	Fr. 9 482 569.86
Verbindlichkeiten auf Zeit:		
Sterilisierungsreskriptionen	Fr. 23 000 000.—	Fr. 630 100 000.—
Schuldverschreibungen	Fr. 250 500 000.—	Fr. —.—
Sonstige Passiven	Fr. 1 033 221 986.38	Fr. 879 510 896.31
Grundkapital	Fr. 50 000 000.—	Fr. 50 000 000.—
Reservefonds	Fr. 45 000 000.—	Fr. 45 000 000.—
Rückstellung für		
– Bankgebäude	Fr. 50 000 000.—	Fr. —.—
– Banknotenherstellung	Fr. 20 000 000.—	Fr. —.—
– Offenmarktoperationen	Fr. 30 000 000.—	Fr. —.—
– nicht versicherte Schadenfälle	Fr. 80 000 000.—	Fr. 60 000 000.—
– Dividendenausgleich und Kantonsanteile .	Fr. 90 000 000.—	Fr. 83 484 173.60
– Währungsrisiken	Fr. 2 157 117 199.01	Fr. —.—
Reingewinn	Fr. 7 515 826.40	Fr. —.—

Fr. 44 318 715 468.85

Fr. 43 244 511 820.61

Eventualverpflichtungen

(Nachschusspflicht auf Namenaktien der Bank
für Internationalen Zahlungsausgleich,
Akkreditive und Devisenbezugsrechte)

Fr. 106 743 602.11

Fr. 117 608 463.76

Erläuterungen zur Gewinn- und Verlustrechnung

Die Entwicklung am Geld- und Devisenmarkt wirkte sich auf die Ertragsrechnung der Nationalbank günstig aus. Der im Berichtsjahr erzielte Ertragsüberschuss in Höhe von 3418,6 Mio Franken ermöglichte die vollständige Tilgung des noch verbliebenen Devisenverlustes in Höhe von 1110,9 Mio Franken. Ausserdem wurden verschiedene Rückstellungen, unter anderem eine Rückstellung für Währungsrisiken in Höhe von 2157,1 Mio Franken, gebildet. Eine solche Rückstellung hatte schon früher bestanden, war jedoch im Jahre 1978 zur teilweisen Deckung der damaligen Devisenverluste aufgebraucht worden. Der verbleibende Reingewinn beträgt 7,5 Mio Franken.

Der Raumaufwand und die Abschreibung auf Bankgebäuden lagen mit 39,3 Mio deutlich unter dem Vorjahresstand von 48,9 Mio Franken. Der Raumaufwand war höher als im Vorjahr, was in erster Linie auf die Renovationsarbeiten in Zürich und Luzern und den Neubau in Bern zurückzuführen ist.

Der Betriebsausstattungsaufwand, der auch die Kosten für den Ausbau der elektronischen Datenverarbeitung enthält, fiel auf 6,4 Mio Franken.

Der Aufwand aus dem Notenumlauf, der die Kosten für Druck, Papier, Transport und Versicherung sowie Künstlerhonorare einschliesst, erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um 1,8 Mio auf 15,3 Mio Franken. Diese Zunahme wurde zum Teil durch Preiserhöhungen, zum Teil durch Lageraufbau verursacht.

Die Festgeldanlagen des Bundes bei der Nationalbank, die gemäss Vereinbarung verzinst werden müssen, konnten zu einem wesentlichen Teil bei den Banken plziert werden. Die Zinskosten beliefen sich daher nur auf 5,0 Mio Franken.

Die starke Reduktion der Passivzinsen bei den Bundesschatzanweisungen auf 2,6 Mio Franken und der neue Aufwandposten «Passivzinsen auf eigenen Schuldverschreibungen» in Höhe von 32,1 Mio Franken widerspiegeln die Ablösung der Sterilisierungsreskriptionen durch die Ausgabe eigener, verzinslicher Schuldverschreibungen.

Sterilisierungskosten in Höhe von 41,3 Mio Franken ergaben sich dadurch, dass das amerikanische Schatzamt die aus der Emission von Franken-Notes erworbenen Mittel auf Swap-Basis bei der Nationalbank deponierte.

Buchgewinne aus früher abgeschrieben eigenen Wertschriften (4,2 Mio Franken) wurden mit dem Aufwand für die Abschreibung der bei Interventionskäufen übernommenen Wertschriften (58,4 Mio Franken) verrechnet.

Der Ertrag aus den Devisenanlagen und aus dem Devisenhandel ist um 356,4 Mio auf 2313,7 Mio Franken gestiegen. Das günstige Ergebnis ist vor allem auf die hohen Geldmarktsätze zurückzuführen.

Der Dollar wurde in der Jahresrechnung zum Dezember-Mittelkurs von 1,784 Franken bewertet (1979: 1,599). Die Bewertungskorrekturen ergaben einen Nettogewinn auf den Devisenbeständen in Höhe von 1 264,6 Mio Franken.

Die Diskont- und Lombarderträge liegen über dem Vorjahresstand und sind Ausdruck der stärkeren Kreditbeanspruchung, insbesondere an den Ultimoterminen, sowie der Erhöhung der offiziellen Sätze.

Der 1980 von 963,4 Mio auf 1212,2 Mio Franken gestiegene Inventarbestand der eigenen Wertschriften warf 47,9 Mio Franken Zins ab.

F. Bankbehörden und Personal

1. Mutationen in den Bankbehörden

Bankrat

Aufgrund der Altersgrenze von 70 Jahren beziehungsweise der Amtszeitbeschränkung auf 16 Jahre sind folgende Herren aus dem Bankrat ausgeschieden:

Dr. M. E. Eisenring, Rüslikon (Mitglied seit 1974)

Dr. H. R. Schwarzenbach, Horgen (Mitglied seit 1964)

Die Nationalbank ist den aus dem Bankrat ausgeschiedenen Mitgliedern zu grossem Dank verpflichtet.

Der Bundesrat beziehungsweise die Generalversammlung haben folgende Herren zu neuen Mitgliedern des Bankrats gewählt:

B. Boller, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Boller, Winkler AG, Präsident des Verbands der Arbeitgeber der Textilindustrie, Turbenthal

Dr. H. Braunschweiler, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der «Winterthur», Schweizerische Versicherungs-Gesellschaften, Winterthur

Lokalkomitees

Aus Lokalkomitees ausgeschieden sind die Herren

Dr. Ch. Aubert, Petit-Lancy, Vorsitzender des Lokalkomitees Genf seit 1976 (Mitglied seit 1972)

A. Langer, Gland, Vorsitzender des Lokalkomitees Lausanne seit 1968 (Mitglied seit 1957)

Dr. R. Perret, Horn, Vorsitzender des Lokalkomitees St. Gallen seit 1972 (Mitglied seit 1965)

Dr. M. Frölicher, Ursellen bei Konolfingen, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Bern seit 1978 (Mitglied seit 1973)

Dr. L. Granziol, Zug, Stellvertreter des Vorsitzenden des Lokalkomitees Zürich seit 1971

Die Nationalbank dankt ihnen für ihre wertvollen Dienste.

Der Bankrat beziehungsweise der Bankausschuss hat folgende Ernennungen vorgenommen:

Beim *Lokalkomitee Bern* wurden die Herren

M. Tschannen, Wohlen bei Bern, bisher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und

H. Ineichen, Direktor der Maschinenfabrik WIFAG, Gümligen, zum Mitglied gewählt.

Beim *Lokalkomitee Genf* wurden die Herren

B. d'Espine, Genf, bisher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden,
C. Zellweger, Chêne-Bougeries, bisher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und
M. Brunschwig, in Firma «Bon Génie», Brunschwig & Cie, Genf, zum Mitglied gewählt.

Beim *Lokalkomitee Lausanne* wurden die Herren

R. Morandi, Payerne, bisher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden, und
G. Golay, Delegierter des Verwaltungsrats der Société anonyme de la Manufacture d'horlogerie Audemars, Piguet & Co., Le Brassus, zum Stellvertreter des Vorsitzenden gewählt.

Beim *Lokalkomitee St. Gallen* wurden die Herren

Th. Ruff, Niederteufen, bisher Stellvertreter des Vorsitzenden, zum Vorsitzenden,
V. Widmer, St. Gallen, bisher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und
W. Vetsch, Finanzdirektor der Wild Heerbrugg AG, Heerbrugg, zum Mitglied gewählt.

Beim *Lokalkomitee Zürich* wurden die Herren

W. Baumann, Horgen, bisher Mitglied, zum Stellvertreter des Vorsitzenden, und
Dr. W. Fuchs, Delegierter des Verwaltungsrats und Direktionspräsident der Mettler Instrumente AG, Greifensee, zum Mitglied gewählt.

2. Mutationen im Direktorium

Nach seiner Wahl zum Generaldirektor der Schweizerischen Radio- und Fernsehgesellschaft ist Herr Professor Dr. Leo Schürmann, Vizepräsident des Direktoriums und Vorsteher des II. Departements, auf Ende Dezember 1980 zurückgetreten. Professor Schürmann diente der Nationalbank in den Jahren 1974 und 1975 als Generaldirektor und Vorsteher des III. Departements und ab 1976 als Vizepräsident des Direktoriums und Vorsteher des II. Departements. Er hat die Politik der Nationalbank in einer schwierigen Phase mitbestimmt und sich dabei hohes Ansehen erworben. Für seine wertvollen Dienste sei Herrn Professor Schürmann bestens gedankt.

Der Bundesrat hat per 1. Januar 1981 gewählt:

zum Vizepräsidenten des Direktoriums und Vorsteher des II. Departements

Herr Dr. h.c. P. Languetin, bisher Vorsteher des III. Departements

zum Mitglied des Direktoriums und Vorsteher des III. Departements

Herr Dr. M. Lusser, bisher Direktor und Delegierter der Schweizerischen Bankiervereinigung.

3. Mutationen in der Direktion

Im Laufe des Jahres wurden folgende Ernennungen vorgenommen:

zum Direktor

Herr H. Baumgartner, bisher stellvertretender Direktor der Abteilung Revision und Controlling

zu stellvertretenden Direktoren

Herr M. Isenschmid, bisher Vizedirektor der Abteilung Wertschriften

Herr Dr. P. Klauser, bisher Vizedirektor der Rechtsabteilung.

4. Personal

Der Personalbestand veränderte sich im Berichtsjahr wie folgt:

Es wurden 51 Personen neu angestellt. 23 Dienstaustritte, 12 Pensionierungen und 1 Todesfall waren zu verzeichnen. Insgesamt erhöhte sich der Personalbestand um 15 auf 516 Personen. Hievon entfielen 10% auf Mitarbeiter mit Hochschulabschluss, 53% auf bankfachlich bzw. kaufmännisch geschulte Mitarbeiter, 14% auf Mitarbeiter mit technischer Grundausbildung und 23% auf angelerntes Personal.

In obigen Zahlen sind 7 (Vorjahr: 10) Teilzeitbeschäftigte und 11 (Vorjahr: 11) Lehrlinge und Praktikanten nicht eingeschlossen.

Die Ausgaben für das aktive Personal beliefen sich 1980 auf insgesamt 34,4 Mio Franken, was gegenüber dem Vorjahr einer Erhöhung um 5,5% entspricht. Auf Grundgehälter, Teuerungs- und Kinderzulagen entfielen 29,1 Mio Franken, auf Sozialbeiträge der Bank (Pensionskasse, Fürsorgefonds und AHV/AIV) 4,0 Mio Franken. Die zulasten des Fürsorgefonds ausgerichteten Teuerungszuschüsse an die Pensionsbezüger betragen 1,6 Mio Franken.

Das Direktorium dankt allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern bestens für die der Bank im abgelaufenen Jahr geleisteten wertvollen Dienste.

5. Dank an Behörden und Wirtschaft

Am Schluss unseres Berichtes über das Geschäftsjahr 1980 möchten wir dem Bundesrat, namentlich Herrn Bundesrat W. Ritschard, Vorsteher des Eidgenössischen Finanzdepartements, verbindlich danken für die verständnisvolle Unterstützung, die er der Nationalbank bei der Erfüllung ihrer Aufgaben gewährte. Ausserdem danken wir den Behörden, unseren Korrespondenten, den übrigen Banken und den zahlreichen Verbänden und Firmen, die uns durch ihre Mitarbeit, insbesondere durch Lieferung von Informationen, bei der Erfüllung unserer Aufgaben geholfen haben.

Zürich, den 12. Februar 1981

Im Namen des Direktoriums

Der Präsident
Leutwiler

Der Generalsekretär
Frings

Bericht der Revisionskommission an die Generalversammlung der Aktionäre der Schweizerischen Nationalbank

Sehr geehrter Herr Präsident,
sehr geehrte Damen und Herren,

Die von Ihnen bestellte Revisionskommission führte im Laufe des vergangenen Jahres bei allen Zweiganstalten sowie bei den eigenen Agenturen Revisionen durch. Sie hat im Februar 1981 auch die Hauptbuchhaltung sowie die Bestände an den Sitzen Zürich und Bern einer Prüfung unterzogen.

Die Kommission prüfte gemäss Art. 51 des Nationalbankgesetzes und Art. 728 OR die Übereinstimmung der Gewinn- und Verlustrechnung pro 1980 und der Schlussbilanz per 31. Dezember 1980, wie sie Ihnen vorgelegt werden, mit den Saldi der im Generalhauptbuch der Bank geführten Konti. Sie stellt mit Befriedigung fest, dass sowohl die Hauptbuchhaltung als auch die Buchhaltung der Sitze und Zweiganstalten ordnungsgemäss geführt sind.

Die Bilanzsumme per 31. Dezember 1980 beziffert sich auf Fr. 44 318 715 468,85. Nach angemessenen Abschreibungen und umfangreichen Rückstellungen, sowie insbesondere nach Tilgung des Verlustvortrages des Vorjahres von Fr. 1 110 942 692,48 zu Lasten der Gewinn- und Verlustrechnung, wird ein Ertragsüberschuss pro 1980 von Fr. 7 515 826,40 ausgewiesen.

Die Kommission beantragt Ihnen, sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren,

1. den vorliegenden Geschäftsbericht pro 1980 samt Gewinn- und Verlustrechnung und die Schlussbilanz per 31. Dezember 1980 zu genehmigen,
2. der vorgeschlagenen Gewinnverteilung, welche den gesetzlichen Vorschriften entspricht, zuzustimmen.

Bern, den 16. März 1981

Die Revisionskommission:

*Iten
Grenier
Staub*

Anträge des Bankrats an die Generalversammlung der Aktionäre

Der Bankrat hat in seiner Sitzung vom 13. März 1981 auf Antrag des Bankausschusses den vom Direktorium vorgelegten Geschäftsbericht über das Jahr 1980 zur Vorlage an den Bundesrat und die Generalversammlung der Aktionäre genehmigt.

Der Bundesrat hat seine in Artikel 63, Absatz 2, lit. i, des Nationalbankgesetzes vorgesehene Genehmigung von Geschäftsbericht und Jahresrechnung am 25. März 1981 erteilt. Ferner hat die Revisionskommission ihren in Artikel 51, Absatz 2, des Nationalbankgesetzes vorgesehenen Bericht am 16. März 1981 erstellt.

Der Bankrat stellt der Generalversammlung folgende Anträge:

1. Der vorliegende Geschäftsbericht samt Gewinn- und Verlustrechnung und Schlussbilanz vom 31. Dezember 1980 wird genehmigt.
2. Der Verwaltung wird Entlastung erteilt.
3. Der durch die Gewinn- und Verlustrechnung ausgewiesene Reingewinn von Fr. 7 515 826.40 ist wie folgt zu verwenden:

Einlage in den Reservefonds	Fr. 1 000 000.—
Ausrichtung einer Dividende von 6%	Fr. 1 500 000.—
Ablieferung an die eidgenössische Finanzverwaltung .	Fr. 5 015 826.40
	<u>Fr. 7 515 826.40</u>

Bern, den 26. März 1981

Im Namen des Bankrats
Der Präsident des Bankrats
Wyss

Ein Mitglied des Direktoriums
Languetin

G. Tabellenteil

1. Zusammenstellung der veröffentlichten Ausweise

Aktiven

1980	Goldbestand	Devisen	Sonder- ziehungs- rechte	Inlandportefeuille		Lom- bard- vor- schüsse	Wertschriften		Korre- spon- denten im Inland	Son- stige Ak- tiven	Verlust auf den Devisen- beständen per 31.12.78 (gedeckt durch die stillen Reserven auf Gold)	
				<i>diskontierte Forderungen</i>	<i>Schatzan- weisungen des Bundes</i>		<i>dek- kungs- fähige</i>	<i>andere</i>				
<i>in 1000 Franken</i>												
Januar	10.	11 903 909	24 204 394	—	413 104	—	154 357	5 330	978 517	41 973	99 433	1 110 943
	18.	11 903 909	21 718 709	—	396 503	—	57 515	5 330	984 428	30 338	126 241	1 110 943
	31.	11 903 909	21 469 133	—	1 590 359	—	431 522	5 248	991 423	165 571	128 124	1 110 943
Februar	8.	11 903 909	20 281 330	—	410 287	—	114 675	5 248	993 471	36 525	135 549	1 110 943
	20.	11 903 909	19 454 545	—	406 918	—	26 089	5 428	994 621	30 994	177 183	1 110 943
	29.	11 903 909	22 081 098	—	1 473 271	—	291 112	5 405	997 487	165 074	165 845	1 110 943
März	10.	11 903 909	19 268 048	—	369 579	—	36 816	5 405	1 004 497	41 974	161 853	1 110 943
	20.	11 903 909	19 289 036	—	361 883	—	155 466	5 390	1 052 631	73 249	176 596	1 110 943
	31.	11 903 909	22 374 625	—	1 908 170	—	1 018 880	5 390	1 072 618	244 708	169 912	1 110 943
April	10.	11 903 909	19 077 295	—	450 038	—	599 086	5 390	1 080 590	61 431	168 994	1 110 943
	18.	11 903 909	18 223 791	—	429 353	—	197 157	5 390	1 084 715	73 766	191 322	1 110 943
	30.	11 903 909	21 222 692	—	2 029 014	—	592 988	5 388	1 085 102	286 470	166 796	1 110 943
Mai	9.	11 903 909	19 435 530	—	486 688	—	133 619	5 388	1 084 378	61 931	190 077	1 110 943
	20.	11 903 909	19 510 678	—	466 660	—	83 763	3 948	1 075 691	85 268	212 300	1 110 943
	30.	11 903 909	19 643 400	—	2 019 785	—	894 215	2 945	1 049 299	236 989	177 446	1 110 943
Juni	10.	11 903 909	19 547 843	—	386 228	—	76 244	2 945	1 046 841	62 282	237 768	1 110 943
	20.	11 903 909	20 363 791	—	349 445	—	58 374	2 940	1 049 103	76 817	204 730	1 110 943
	30.	11 903 909	23 522 712	—	2 059 183	—	635 172	2 922	1 049 026	238 681	168 477	1 110 943
Juli	10.	11 903 909	19 999 777	—	427 176	—	112 657	2 832	1 049 412	99 876	191 425	1 110 943
	18.	11 903 909	19 897 538	—	401 908	—	45 779	2 832	1 050 252	72 464	207 255	1 110 943
	31.	11 903 909	20 372 130	10 785	1 941 286	—	637 087	7 962	1 045 181	205 579	208 708	1 110 943
August	8.	11 903 909	20 047 392	10 785	428 292	—	135 114	7 962	1 046 789	24 455	211 474	1 110 943
	20.	11 903 909	19 753 027	10 785	448 998	—	51 391	7 962	1 054 232	66 093	190 420	1 110 943
	29.	11 903 909	19 911 287	10 785	2 205 433	—	886 293	7 962	1 058 981	162 647	189 553	1 110 943
Sept.	10.	11 903 909	20 770 165	10 785	388 315	—	119 217	7 962	1 059 423	46 889	188 656	1 110 943
	19.	11 903 909	20 197 865	10 785	373 589	—	36 341	8 412	1 061 510	59 460	188 996	1 110 943
	30.	11 903 909	23 162 664	10 785	2 233 032	—	532 115	8 412	1 066 919	218 428	194 480	1 110 943
Okt.	10.	11 903 909	19 524 249	10 785	432 403	—	56 652	6 385	1 067 636	76 581	201 905	1 110 943
	20.	11 903 909	19 267 865	10 785	402 823	—	286 375	6 385	1 069 479	54 621	196 864	1 110 943
	31.	11 903 909	19 197 742	10 785	2 194 181	—	488 483	6 301	1 079 293	246 163	194 633	1 110 943
Nov.	10.	11 903 909	20 617 392	10 785	419 371	—	132 517	5 810	1 080 275	50 598	196 128	1 110 943
	20.	11 903 909	20 978 402	10 785	439 891	—	40 572	5 805	1 081 364	41 891	202 177	1 110 943
	28.	11 903 909	20 820 423	10 785	2 201 639	—	619 717	5 805	1 081 804	157 721	200 992	1 110 943
Dez.	10.	11 903 909	22 288 165	10 785	393 357	—	94 125	5 805	1 110 342	80 130	199 207	1 110 943
	19.	11 903 909	24 020 452	10 785	375 718	—	101 081	5 805	1 181 825	97 255	196 636	1 110 943
	31.	11 903 908	27 355 647	11 426	2 485 527	—	919 789	5 805	1 206 364	289 607	115 642	—

Passiven

Eigene Mittel	Notenumlauf	Täglich fällige Verbindlichkeiten		Verbindlichkeiten auf Zeit		Sonstige Passiven	Bilanzsumme
		<i>Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>übrige täglich fällige Verbindlichkeiten</i>	<i>Sterilisierungsreskriptionen</i>	<i>eigene Schuldverschreibungen</i>		
<i>in 1000 Franken</i>							
70 000	22 295 567	9 426 169	4 057 637	2 011 100	—	1 051 487	38 911 960
70 000	21 649 504	8 009 233	3 492 479	2 011 100	—	1 101 600	36 333 916
70 000	21 956 068	8 937 965	3 931 839	1 809 600	—	1 090 760	37 796 232
70 000	21 705 533	7 108 533	4 034 700	914 800	—	1 158 371	34 991 937
70 000	21 225 462	7 467 299	3 874 419	277 300	—	1 196 150	34 110 630
70 000	22 017 768	9 154 419	4 383 732	277 300	1 054 500	1 236 425	38 194 144
70 000	21 761 430	6 067 068	3 546 925	127 300	1 054 500	1 275 801	33 903 024
70 000	21 393 903	6 614 626	3 569 651	127 300	1 054 500	1 299 123	34 129 103
70 000	22 207 539	11 465 999	4 258 231	71 850	123 500	1 612 036	39 809 155
70 000	21 706 710	6 263 188	3 684 312	27 000	1 054 500	1 651 966	34 457 676
70 000	21 226 449	5 983 141	3 176 483	27 000	1 054 500	1 682 773	33 220 346
70 000	21 924 130	9 176 832	4 317 312	27 000	1 054 500	1 833 528	38 403 302
70 000	21 563 341	6 262 058	3 449 229	27 000	1 054 500	1 986 335	34 412 463
70 000	21 210 770	6 221 510	3 784 350	27 000	1 054 500	2 085 030	34 453 160
70 000	21 910 092	7 931 811	3 938 622	27 000	1 054 500	2 106 906	37 038 931
70 000	21 501 351	6 402 507	3 155 056	27 000	1 054 500	2 164 589	34 375 003
70 000	21 228 795	7 757 589	2 820 131	27 000	1 054 500	2 162 037	35 120 052
70 000	22 142 569	11 841 862	3 768 486	23 000	626 500	2 218 608	40 691 025
70 000	21 559 479	6 461 499	3 434 593	27 000	1 054 500	2 290 936	34 898 007
70 000	21 213 325	6 683 005	3 347 128	27 000	1 054 500	2 297 922	34 692 880
70 000	21 585 132	8 246 934	4 057 295	27 000	1 054 500	2 402 709	37 443 570
70 000	21 449 822	6 092 270	3 805 627	27 000	1 054 500	2 427 896	34 927 115
70 000	20 990 005	6 447 881	3 620 108	27 000	1 054 500	2 388 266	34 597 760
70 000	21 789 540	7 987 802	4 357 702	27 000	703 500	2 512 249	37 447 793
70 000	21 349 199	6 908 298	3 972 953	27 000	703 500	2 575 314	35 606 264
70 000	21 027 215	6 834 754	3 706 371	27 000	703 500	2 582 970	34 951 810
70 000	21 869 823	12 046 817	3 394 371	23 000	403 500	2 634 176	40 441 687
70 000	21 439 776	6 846 994	2 546 340	27 000	703 500	2 757 838	34 391 448
70 000	21 056 247	7 347 305	2 315 704	27 000	703 500	2 790 293	34 310 049
70 000	21 798 368	8 234 239	2 787 443	27 000	703 500	2 811 883	36 432 433
70 000	21 581 545	6 184 436	4 009 630	27 000	703 500	2 951 617	35 527 728
70 000	21 199 659	6 821 665	3 983 383	27 000	703 500	3 010 532	35 815 739
70 000	22 430 649	8 031 915	4 034 738	27 000	350 500	3 168 936	38 113 738
70 000	22 782 954	7 554 390	3 156 780	27 000	350 500	3 255 144	37 196 768
70 000	24 214 460	8 498 789	2 556 662	27 000	350 500	3 286 998	39 004 409
70 000	24 106 267	13 660 950	2 715 143	23 000	250 500	3 467 855	44 293 715

2. Geschäftsentwicklung seit 1941

2.1. Bestände am Jahresende

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken; SZR ²	Kursgesicherte Guthaben bei ausländischen Zentralbanken	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
					Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ³	Diskonzierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland ⁴
<i>In Millionen Franken</i>													
1941	2 878,5	679,0	—	—	32,5	4,4	2,3	39,2	12,8	25,0	69,6	15,8	—
1942	3 565,2	61,8	—	—	123,8	85,3	0,8	209,9	12,0	25,2	63,9	16,3	—
1943	4 172,7	83,0	—	—	92,0	0,4	0,7	93,1	0,3	18,4	64,5	14,2	—
1944	4 554,1	102,4	—	—	69,5	—	1,6	71,1	—	27,6	64,2	13,9	—
1945	4 777,0	162,5	—	—	78,1	39,9	5,9	123,9	6,7	67,6	62,1	27,5	—
1946	4 949,9	158,0	—	—	46,1	14,5	13,9	74,5	9,6	164,2	52,7	51,7	—
1947	5 256,2	102,5	—	—	116,3	20,1	18,8	155,2	13,6	246,6	48,4	68,6	—
1948	5 821,0	236,6	—	—	115,2	1,5	8,8	125,5	1,6	79,0	47,4	50,4	—
1949	6 240,2	260,0	—	—	81,4	2,0	0,7	84,1	0,1	31,0	39,7	26,7	—
1950	5 975,8	256,4	—	—	165,3	31,5	4,4	201,2	—	85,0	40,9	60,3	—
1951	6 003,8	227,6	—	—	233,8	4,6	12,7	251,1	1,4	58,9	39,9	53,0	—
1952	5 876,1	490,9	—	—	243,9	—	1,8	245,7	—	64,0	40,1	37,5	—
1953	6 086,1	522,2	—	—	190,8	14,7	1,1	206,6	—	65,2	35,5	34,9	—
1954	6 323,4	649,8	—	—	91,6	2,0	9,6	103,2	—	116,6	46,5	41,3	—
1955	6 686,3	624,1	—	—	129,2	2,0	23,0	154,2	—	131,8	45,9	47,8	—
1956	7 102,9	627,0	—	—	170,9	21,5	80,0	272,4	—	186,9	45,7	56,1	—
1957	7 383,5	781,4	—	—	193,9	—	31,9	225,8	—	52,0	45,3	41,4	—
1958	8 329,3	560,9	—	—	56,0	—	2,3	58,3	—	21,8	44,6	33,0	—
1959	8 369,3	534,6	—	—	50,6	—	7,3	57,9	—	39,7	44,2	45,2	6,4
1960	9 454,7	583,0	—	—	49,2	—	4,3	53,5	—	37,8	43,3	45,1	6,8
1961	11 078,0	842,4	—	—	62,2	—	7,3	69,5	—	66,3	42,9	58,3	6,8
1962	11 543,3	867,4	207,0	—	67,4	45,0	11,2	123,6	—	71,7	42,8	77,8	10,2
1963	12 203,8	1 083,3	207,0	—	87,5	35,0	19,7	142,2	—	97,5	51,7	61,5	9,4
1964	11 793,6	1 679,1	432,0	431,3	109,8	24,8	28,0	162,6	—	77,7	65,3	75,3	17,0
1965	13 164,2	852,6	432,0	428,5	98,1	9,5	31,5	139,1	—	38,9	92,9	66,1	14,5
1966	12 297,4	2 060,3	432,0	518,9	97,8	16,7	43,3	157,8	—	109,3	181,7	81,5	15,4
1967	13 369,7	1 986,7	432,0	173,9	99,4	—	43,1	142,5	—	86,6	181,9	72,4	14,6
1968	11 355,8	5 601,2	1 442,0	108,3	256,2	6,8	25,5	288,5	—	160,1	180,6	99,7	21,7
1969	11 434,5	5 792,9	1 851,0	—	584,7	118,5	28,2	731,4	—	277,1	170,2	89,5	20,1
1970	11 821,3	8 441,1	1 851,0	—	306,6	71,0	21,4	399,0	—	223,5	156,0	82,8	25,5
1971	11 879,4	10 323,3	4 278,0	—	78,1	—	2,4	80,5	—	28,5	10,8	72,4	22,8
1972	11 879,7	12 323,1	4 278,0	—	770,3	152,0	13,8	936,1	—	418,8	—	142,3	27,5
1973	11 892,7	12 519,9	4 613,0	—	862,7	200,0	35,0	1 097,7	—	557,7	—	281,8	—
1974	11 892,7	11 570,6	5 403,0	—	2 166,8	484,0	43,5	2 694,3	—	699,9	92,5	166,9	—
1975	11 892,7	14 705,8	5 403,0	—	1 706,5	227,0	5,4	1 938,9	—	200,2	3,7	136,3	—
1976	11 903,9	20 426,5	5 222,0	—	912,5	375,0	13,3	1 300,8	—	157,0	63,8	160,3	—
1977	11 903,9	20 514,2	3 949,0	—	1 207,4	267,0	44,7	1 519,1	—	197,5	559,1	171,6	—
1978	11 903,9	28 981,8	2 028,5	—	214,6	—	21,5	236,1	—	49,6	348,0	185,7	—
1979	11 903,9	26 390,4	—	—	1 532,2	10,0	38,3	1 580,5	—	886,4	963,4	288,6	—
1980	11 903,9	27 355,6	11,4	—	2 285,1	152,0	48,4	2 485,5	—	919,8	1 212,2	289,6	—

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Seit 1980 Sonderziehungsrechte.

³ Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

⁴ Seit 1973 unter Position «Devisen».

⁵ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁶ Inklusive ausstehende Checks.

Noten- umlauf	Deckung des Noten- umlaufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten						Girrech- nungen von Banken mit vorüber- gehender zeitlicher Bindung	Min- dest- reser- ven von Banken	Verbindlich- keiten auf Zeit Sterili- sierungs- reskrip- tionen	Sonder- konti, Eigene Schuld- ver- schrei- bungen	Pflicht- depots gemäss Bundes- beschluss vom 13. März 1964	Bilanz- summe	Jahr
		Girorech- nungen von Banken, Handel und Industrie	Rech- nungen des Bundes	Rech- nungen der Depo- nenten	Konti Zahlungs- und Clearing- abkom- men	Guthaben auslän- discher Banken ⁵	Total							
In Millionen Franken	%	In Millionen Franken												
2 336,7	123,18	896,9	194,7	44,6	108,9	—	1 245,1	—	—	—	—	—	3 880,6	1941
2 637,3	135,18	1 147,8	13,6	42,0	95,7	—	1 299,1	—	—	—	—	—	4 226,4	1942
3 048,5	136,87	1 065,3	9,2	47,1	126,7	—	1 248,3	—	—	—	—	—	4 597,2	1943
3 548,0	128,36	835,5	27,7	50,9	109,7	—	1 023,8	—	—	—	—	—	4 868,6	1944
3 835,2	124,55	843,2	6,6	106,8	162,0	—	1 118,6	—	—	—	—	—	5 266,5	1945
4 090,7	121,00	662,3	194,6	84,2	223,5	—	1 164,6	—	—	—	—	—	5 499,8	1946
4 383,4	119,91	722,3	127,2	59,4	263,4	—	1 172,3	—	—	—	—	—	5 932,1	1947
4 594,3	126,70	960,0	11,2	49,9	221,7	—	1 242,8	—	—	337,1	—	—	6 400,6	1948
4 566,3	136,66	1 334,8	105,8	40,9	249,6	—	1 731,1	—	—	200,0	—	—	6 721,9	1949
4 663,8	128,13	1 042,1	485,6	75,2	170,2	—	1 773,1	—	—	—	—	—	6 658,6	1950
4 927,3	121,85	1 101,9	225,4	41,6	159,9	—	1 528,8	—	—	—	—	—	6 675,9	1951
5 121,9	114,73	1 209,2	78,9	39,0	126,8	—	1 453,9	—	—	—	—	—	6 796,8	1952
5 228,5	116,40	1 147,3	157,3	64,8	171,5	—	1 540,9	—	—	—	—	—	6 996,8	1953
5 411,6	116,85	1 255,2	216,1	49,4	171,5	—	1 692,2	—	—	—	—	—	7 327,2	1954
5 515,5	121,23	1 623,8	268,9	15,6	82,1	—	1 990,4	—	—	—	—	—	7 738,2	1955
5 809,7	122,26	1 570,6	609,2	17,4	89,2	—	2 286,4	—	—	—	—	—	8 340,1	1956
5 931,2	124,49	1 831,1	471,1	16,2	74,7	—	2 393,0	—	—	—	—	—	8 574,6	1957
6 109,3	136,34	2 541,2	105,7	18,2	61,3	—	2 726,4	—	—	—	—	—	9 098,9	1958
6 343,9	131,93	2 330,7	165,6	16,9	22,1	—	2 535,3	—	—	—	—	—	9 141,5	1959
6 854,1	137,94	2 288,4	416,6	18,1	33,3	—	2 756,4	—	—	390,3	—	—	10 266,2	1960
7 656,0	144,70	1 996,1	662,5	19,7	37,2	231,5	2 947,0	1 035,0	—	293,5	—	—	12 206,6	1961
8 506,1	135,71	2 294,2	355,9	21,6	30,0	98,0	2 799,7	1 035,0	—	373,0	—	—	12 994,7	1962
9 035,4	135,07	2 700,0	389,4	27,3	39,3	31,8	3 187,8	1 035,0	—	357,3	—	—	13 910,2	1963
9 721,8	121,31	2 907,9	291,5	21,2	24,4	25,6	3 270,6	1 035,0	—	433,2	—	3,4	14 787,6	1964
10 042,5	131,08	3 005,0	126,2	19,0	20,9	44,3	3 215,4	1 035,0	—	602,0	—	19,9	15 287,6	1965
10 651,1	115,46	2 982,2	375,2	15,4	23,3	34,4	3 430,5	1 035,0	—	389,0	—	2,3	15 922,3	1966
11 326,8	118,04	3 810,8	230,7	20,5	29,0	53,9	4 144,9	—	—	550,0	—	—	16 519,0	1967
12 047,3	94,26	5 776,2	505,0	23,9	33,4	75,1	6 413,6	—	—	233,1	—	—	19 339,7	1968
12 518,4	91,34	6 353,4	493,0	18,8	40,0	49,6	6 954,8	—	—	141,9	—	—	20 482,5	1969
13 106,0	90,20	7 749,6	405,3	28,5	18,3	208,4	8 410,1	—	—	201,7	200,0 ⁹	—	23 095,3	1970
14 309,9	83,01	10 701,6	713,7	30,7	15,3	393,1	11 854,4	—	516,4 ⁷	313,1	—	—	28 014,6	1971
16 635,0	71,41	9 312,6	1 380,3	31,4	17,0	279,5	11 020,8	—	2 029,3 ⁸	72,7	2,5 ¹⁰	—	31 362,9	1972
18 296,2	65,00	8 234,9	458,2	37,4	7,8	296,7	9 036,1 ⁶	—	2 872,0 ⁸	121,4	108,2 ¹¹	—	32 297,8	1973
19 435,8	61,19	9 505,0	714,5	30,3	—	114,8	10 367,1 ⁶	—	347,8 ⁸	246,9	986,3 ¹⁰	—	33 260,6	1974
19 127,8	62,17	11 478,5	1 623,8	30,0	—	150,0	13 296,0 ⁶	—	165,3 ⁸	379,8	—	—	34 991,0	1975
19 730,9	60,33	12 643,7	3 817,5	37,5	—	146,2	16 648,7 ⁶	—	246,2 ⁸	954,8	—	—	39 324,0	1976
20 396,8	58,36	13 622,8	2 513,8	41,6	—	149,3	16 330,2 ⁶	—	—	772,2	—	—	38 921,0	1977
22 499,1	52,91	15 583,9	3 437,7	45,4	—	990,6	20 062,8 ⁶	—	—	2 893,2	—	—	46 421,0	1978
23 760,9	50,10	13 207,1	2 209,4	56,8	—	2 252,8	17 735,6 ⁶	—	—	630,1	—	—	43 244,5	1979
24 106,3	49,38	13 661,0	402,8	47,8	—	2 254,0	16 376,1 ⁶	—	—	23,0	250,5 ¹²	—	44 318,7	1980

⁷ Gemäss Vereinbarung über die ausserordentlichen Mindestreserven vom 16. August 1971.

⁸ Mindestreserven von Banken auf inländischen und ausländischen Verbindlichkeiten, gemäss Bundesbeschluss vom 20. Dezember 1972 bzw. 19. Dezember 1975.

⁹ Sonderkonto PTT.

¹⁰ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses.

¹¹ Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses und Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

¹² Eigene Schuldverschreibungen.

2. Geschäftsentwicklung seit 1941 (Fortsetzung)

2.2. Jahresdurchschnitte

Jahr	Goldbestand ¹	Devisen	Sonderziehungsrechte	Inlandportefeuille				Wechsel der eidg. Darlehenskasse	Lombardvorschüsse	Eigene Wertschriften	Guthaben bei Korrespondenten	
				Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Diskontierte Obligationen	Total				im Inland	im Ausland ³
<i>In Millionen Franken</i>												
1941	2 347,3	1 153,5	—	63,8	63,9	1,6	129,3	9,3	25,4	73,5	7,5	—
1942	3 390,6	175,1	—	76,2	25,4	1,2	102,8	6,8	19,4	66,3	7,1	—
1943	3 774,4	65,6	—	87,1	61,2	0,7	149,0	0,4	16,7	64,8	7,4	—
1944	4 384,3	90,1	—	76,2	20,0	1,0	97,2	1,4	17,0	64,3	7,6	—
1945	4 691,1	117,3	—	68,1	112,8	1,1	182,0	0,3	19,6	63,8	9,3	—
1946	4 818,0	171,7	—	48,1	6,4	2,8	57,3	1,0	36,3	58,8	13,3	—
1947	5 129,9	113,6	—	36,2	8,0	7,7	51,9	3,9	59,7	50,8	16,8	—
1948	5 662,7	135,7	—	118,7	1,6	11,3	131,6	4,5	59,5	47,7	16,8	—
1949	6 046,1	305,2	—	102,4	0,3	2,2	104,9	0,2	27,6	41,7	9,7	—
1950	6 179,4	297,9	—	86,8	0,7	1,2	88,7	—	23,3	41,2	11,3	—
1951	6 000,9	225,5	—	150,0	2,6	2,3	154,9	0,1	30,9	40,1	13,8	—
1952	5 847,5	337,1	—	201,2	0,8	3,4	205,4	0,3	30,0	40,1	13,0	—
1953	5 998,7	511,4	—	191,6	0,7	0,9	193,2	—	24,7	35,8	13,0	—
1954	6 176,7	517,5	—	111,9	0,5	1,5	113,9	—	26,1	43,7	14,5	—
1955	6 304,5	597,9	—	88,9	1,2	8,6	98,7	—	44,7	46,1	17,1	—
1956	6 794,6	585,8	—	100,5	1,6	15,8	117,9	—	47,7	45,4	19,8	—
1957	7 096,4	538,3	—	128,5	0,5	15,8	144,8	—	31,6	45,4	16,3	—
1958	7 957,8	539,2	—	108,6	0,1	2,6	111,3	—	11,4	44,9	11,2	—
1959	8 285,9	444,1	—	46,6	—	0,7	47,3	—	8,5	44,3	10,5	4,9
1960	8 151,0	522,4	—	48,2	—	1,7	49,9	—	15,6	43,6	13,4	7,1
1961	10 049,6	1 121,6	—	48,0	—	1,5	49,5	—	13,8	43,0	13,0	8,1
1962	10 613,6	827,3	—	53,6	1,1	5,3	60,0	—	16,1	42,8	16,1	10,4
1963	10 753,3	844,1	—	59,6	2,7	4,5	66,8	—	17,5	91,9	16,3	11,5
1964	11 080,6	1 232,4	—	77,0	5,2	9,8	92,0	—	29,4	58,3	20,0	22,5
1965	11 672,4	971,7	—	77,5	5,6	10,0	93,1	—	20,9	78,0	22,1	21,5
1966	11 621,5	983,4	—	86,5	4,7	18,6	109,8	—	32,6	144,1	26,4	18,3
1967	11 982,3	1 351,8	—	92,5	4,7	15,0	112,2	—	30,5	185,1	26,9	20,9
1968	11 586,5	1 602,6	—	104,4	3,3	6,5	114,2	—	27,3	181,0	26,8	21,5
1969	11 431,6	2 020,8	—	193,4	9,3	19,6	222,3	—	71,1	176,0	32,2	23,2
1970	11 615,5	3 418,7	—	134,6	9,5	11,3	155,4	—	47,0	167,6	39,3	25,9
1971	11 854,9	6 834,3	—	114,3	3,6	4,3	122,2	—	15,9	128,4	35,6	27,1
1972	11 879,6	9 721,4	—	109,5	5,8	1,8	117,1	—	22,2	122,2	38,5	28,5
1973	11 892,5	10 515,1	—	166,0	24,7	4,6	195,3	—	67,0	—	55,1	17,4
1974	11 892,7	8 624,2	—	730,8	48,7	16,3	795,8	—	132,2	65,6	71,0	—
1975	11 892,7	10 005,3	—	574,2	61,1	5,3	640,6	—	85,8	13,9	50,1	—
1976	11 897,7	13 371,8	—	299,3	63,3	1,5	364,1	—	81,8	34,3	57,3	—
1977	11 903,9	13 785,3	—	523,6	72,8	6,4	602,8	—	93,6	420,3	69,2	—
1978	11 903,9	21 697,2	—	356,2	32,2	6,8	395,2	—	35,0	333,5	66,3	—
1979	11 903,9	24 628,7	—	419,0	0,3	9,2	428,5	—	107,2	684,6	71,8	—
1980	11 903,9	20 802,0	11,4 ⁴	906,1	16,2	27,7	950,0	—	301,5	1064,6	112,9	—

¹ Bewertung seit 10. Mai 1971: 1 kg Feingold = Fr. 4595,74; vorher: 1 kg = Fr. 4869,80.

² Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

³ Seit 1973 unter Position «Devisen».

⁴ Durchschnitt August bis Dezember.

⁵ Vor 1961 in den Girorechnungen von Banken, Handel und Industrie inbegriffen.

⁶ Durchschnitt Januar bis Juli.

Notenum- lauf	Deckung des Notenum- laufs durch den Gold- bestand	Täglich fällige Verbindlichkeiten					Guthaben aus- landischer Banken ⁵	Total	Girorech- nungen von Banken mit voruber- gehender zeitlicher Bindung	Verbind- lichkeiten auf Zeit	Jahr
		<i>Girorech- nungen von Banken, Handel und Industrie</i>	<i>Rechnun- gen des Bundes</i>	<i>Rechn- ungen der Depo- nenten</i>	<i>Konti Zahlungs- und Clearing- abkommen</i>						
<i>In Millionen Franken</i>	%	<i>In Millionen Franken</i>									
2 107,8	111,36	1 309,1	60,8	50,5	102,0	—	1 522,4	—	—	1941	
2 251,4	150,60	1 197,1	86,7	52,5	99,4	—	1 435,7	—	—	1942	
2 646,5	142,62	1 195,9	54,3	45,4	127,1	—	1 422,7	—	—	1943	
3 025,1	144,93	1 097,2	146,1	60,2	129,8	—	1 433,3	—	—	1944	
3 517,6	133,36	1 017,8	42,7	83,0	137,1	—	1 280,6	—	—	1945	
3 633,2	132,61	813,8	131,9	90,8	189,9	—	1 226,4	—	—	1946	
3 940,6	130,18	734,0	147,2	74,4	242,9	—	1 198,5	—	—	1947	
4 167,9	135,86	935,0	64,5	51,6	256,6	—	1 307,7	—	401,9	1948	
4 259,9	141,93	1 373,0	149,1	54,2	240,9	—	1 817,2	—	269,3	1949	
4 239,6	145,75	1 512,1	305,5	58,6	242,4	—	2 118,6	—	176,0 ⁶	1950	
4 419,5	135,78	1 269,2	384,0	51,3	153,0	—	1 857,5	—	—	1951	
4 596,2	127,22	1 176,7	319,5	41,7	154,2	—	1 692,1	—	—	1952	
4 783,6	125,40	1 373,9	203,8	99,8	127,7	—	1 805,2	—	—	1953	
4 904,0	125,95	1 354,5	229,1	54,4	164,2	—	1 802,2	—	—	1954	
5 056,8	124,67	1 397,2	303,2	30,3	142,9	—	1 873,6	—	—	1955	
5 189,7	130,92	1 672,0	458,7	17,7	74,3	—	2 222,7	—	—	1956	
5 467,2	129,60	1 788,4	283,8	17,6	106,4	—	2 196,2	—	—	1957	
5 501,2	144,66	2 600,3	270,6	17,9	66,5	—	2 955,3	—	—	1958	
5 705,3	145,23	2 610,3	264,9	17,8	36,4	—	2 929,4	—	—	1959	
6 042,4	134,90	2 112,3	289,0	17,6	23,8	—	2 442,7	—	399,2 ⁷	1960	
6 672,9	150,60	2 346,5	684,9	21,2	29,8	222,6 ⁸	3 198,4	1 035,0 ⁹	397,8	1961	
7 358,9	144,23	2 034,2	326,4	21,7	23,6	187,6	2 593,5	1 035,0	399,4	1962	
8 002,8	134,37	2 046,3	195,1	26,0	21,6	59,7	2 348,7	1 035,0	399,1	1963	
8 638,6	128,27	2 059,2	283,1	24,5	27,0	32,2	2 426,0	1 035,0	483,3	1964	
9 179,1	127,16	2 173,9	232,2	26,9	18,8	44,5	2 496,3	1 035,0	597,5	1965	
9 566,5	121,48	1 997,2	287,5	19,8	15,8	37,8	2 358,1	1 035,0	587,0	1966	
10 013,4	119,66	2 366,4	234,0	18,1	19,7	57,3	2 695,5	805,0	588,3	1967	
10 577,5	109,54	3 006,2	250,0	18,6	28,8	46,9	3 350,5	—	476,6	1968	
11 259,9	101,53	3 061,8	306,8	20,1	23,8	46,1	3 458,6	—	324,0	1969	
11 784,7	98,56	3 562,5	517,8	20,9	25,3	62,3	4 188,8	—	428,3	1970	
12 663,8	93,61	7 452,3 ¹⁰	801,7	21,5	12,1	132,3	8 419,9	—	483,1	1971	
14 080,4	84,37	8 221,9	1 288,9	26,0	16,3	345,0	9 898,1	—	395,1 ¹¹	1972	
15 784,2	75,34	5 651,9	982,0	27,5	11,7	371,5	7 045,9 ¹²	—	600,1 ¹³	1973	
17 022,7	69,66	5 524,2	504,6	31,1	0,5	199,0	6 263,0 ¹²	—	870,9 ¹³	1974	
17 608,5	67,54	6 342,9	841,1	30,9	—	162,9	7 384,5 ¹²	—	1 222,7 ¹¹	1975	
17 778,4	66,92	6 971,5	2 772,5	40,9	—	272,7	10 062,8 ¹²	—	1 426,3 ¹¹	1976	
18 590,5	64,03	7 057,8	2 549,7	39,5	—	179,8	9 834,0 ¹²	—	1 160,4	1977	
19 547,6	60,90	9 771,4	2 780,7	54,2	—	389,3	13 001,1 ¹²	—	3 263,0	1978	
21 069,7	56,50	10 484,9	2 443,9	59,6	—	2 226,3	15 221,4 ¹²	—	2 656,9	1979	
21 779,7	54,66	7 860,6	1 234,2	52,7	—	2 289,7	11 445,2 ¹²	—	925,0 ¹⁴	1980	

⁷ Durchschnitt Oktober bis Dezember.

⁸ Durchschnitt Ende Juni bis Dezember.

⁹ Durchschnitt Ende März bis Dezember.

¹⁰ Eingeschlossen auf Sterilisierungskonto einbezahlte Beträge.

¹¹ Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses).

¹² Inklusive ausstehende Checks.

¹³ Eingeschlossen auf Sonderkonti einbezahlte Beträge (Überschreitung des zulässigen Kreditzuwachses) sowie Sterilisierungskonto der Bundesverwaltung.

¹⁴ Inklusive Eigene Schuldverschreibungen.

2. Geschäftsentwicklung seit 1941 (Fortsetzung)

2.3. Umsätze

Jahr	Kassen- umsatz ¹	Devisen- verkehr	Diskontierungen				Total	Wechsel der eidg. Darlehens- kasse	Lombard- vorschüsse	Verkehr in eigenen Wert- schriften
			Inlandportefeuille		Schatzan- weisungen ²	Obliga- tionen				
			Schweizerwechsel							
			Betrag	Durch- schnittl. Laufzeit						
In Millionen Franken			Tage	In Millionen Franken						
1941	7 836,4	7 844,4	290,1	86	728,9	10,5	1 029,5	58,5	158,1	24,0
1942	9 194,0	5 280,4	462,3	86	474,6	6,9	943,8	49,9	152,6	15,3
1943	9 683,4	1 936,9	459,2	85	663,2	3,9	1 126,3	16,4	134,0	4,4
1944	10 522,5	3 119,5	566,8	77	404,1	8,3	979,2	19,8	141,5	4,9
1945	12 005,6	6 734,2	408,3	74	977,8	10,7	1 396,8	65,7	276,1	7,0
1946	14 043,1	4 716,9	363,5	74	236,8	26,6	626,9	61,5	498,0	17,4
1947	21 023,4	3 584,3	275,6	66	74,4	63,8	413,8	84,1	864,9	11,5
1948	17 787,7	4 936,2	808,4	71	27,6	60,2	896,2	59,5	664,6	5,0
1949	15 720,1	6 421,6	465,6	85	6,2	8,8	480,6	41,4	244,8	16,1
1950	17 841,5	6 316,2	470,3	78	32,7	9,6	512,6	20,0	308,0	5,9
1951	15 933,8	6 960,0	842,5	79	27,5	23,1	893,1	2,9	437,7	4,4
1952	16 645,0	9 518,0	1 264,9	85	8,1	12,5	1 285,5	1,6	448,6	4,7
1953	17 130,8	13 518,0	1 100,3	88	23,7	4,7	1 128,7	—	358,8	63,9
1954	18 230,1	17 961,2	817,7	86	2,0	14,7	834,4	—	474,9	22,3
1955	18 609,2	21 665,5	836,9	83	23,7	63,7	924,3	—	774,8	4,6
1956	23 143,6	22 895,8	922,1	81	36,5	124,7	1 083,3	—	847,6	27,7
1957	35 038,4	19 667,6	1 053,6	43 ³	0,3	63,2	1 117,1	—	559,9	0,6
1958	33 429,7	24 195,4	827,5	45 ⁴	0,3	6,7	834,5	—	217,0	23,4
1959	29 399,6	19 956,0	523,3	50 ⁴	—	9,8	533,1	—	202,9	19,3
1960	29 297,6	33 172,5	533,8	51 ⁴	0,5	9,5	543,8	—	331,0	7,7
1961	35 856,9	30 831,8	532,4	49 ⁴	—	13,9	546,3	—	366,8	10,3
1962	38 492,0	51 924,5	476,8	61 ⁴	49,5	36,2	562,5	—	412,6	45,2
1963	43 696,3	52 243,4	307,3	47 ⁴	68,6	39,1	415,0	—	534,6	585,0
1964	48 384,3	47 794,0	475,3	25 ⁴	158,3	73,8	707,4	—	644,0	20,9
1965	47 929,8	53 340,5	405,9	32 ⁴	264,5	80,2	750,6	—	582,5	29,8
1966	51 962,9	47 396,1	457,8	35 ⁴	220,2	130,7	808,7	—	918,8	91,3
1967	56 213,7	67 305,0	469,7	32 ⁴	100,0	111,4	681,1	—	759,6	16,7
1968	61 708,6	99 530,6	1 047,4	10 ⁴	187,7	49,2	1 284,3	—	926,4	1,9
1969	62 267,9	101 135,3	5 175,8	6 ⁴	334,5	109,9	5 620,2	—	2 697,2	10,4
1970	68 281,0	156 633,3	2 108,0	8 ⁴	314,0	72,7	2 494,7	—	2 359,6	37,8
1971	76 363,8	299 589,6	1 454,2	9 ⁴	140,0	16,9	1 611,1	—	912,9	145,2
1972	83 424,1	301 147,1	1 935,4	7 ⁴	280,0	18,2	2 233,6	—	1 073,3	10,8
1973	91 638,5	281 381,8	3 497,5	8 ⁴	784,0	42,4	4 323,9	—	2 719,2	—
1974	101 551,2	350 100,6	11 669,5	11 ⁴	1 824,5	102,5	13 596,5	—	5 496,2	205,6
1975	101 469,0	419 062,0	9 773,2	10 ⁴	2 822,0	14,1	12 609,3	—	4 145,5	145,6
1976	144 653,5	606 296,0	2 429,5	52 ⁴	3 039,0	16,6	5 485,1	—	3 282,2	228,0
1977	133 136,8	559 594,6	10 673,0	53 ⁴	3 492,0	55,4	14 220,4	—	4 306,2	1 589,5
1978	158 541,8	444 425,8	6 026,3	56 ⁴	1 547,0	37,9	7 611,2	—	1 802,9	576,5
1979	111 864,7	751 883,0	8 767,9	63 ⁴	12,0	50,5	8 830,4	—	5 463,1	652,0
1980	121 101,3	699 004,2	20 750,3	57 ⁴	562,0	105,0	21 417,3	—	12 304,7	341,2

¹ 1941–1976 einschliesslich Gold.

² Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

³ Durchschnittliche Laufzeit der im 2. Halbjahr 1957 diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

⁴ Durchschnittliche Laufzeit der diskontierten Wechsel ohne eigene Pflichtlagerkredite.

Verkehr mit den Korrespondenten		Inkassoverkehr Einreichungen	Giroverkehr	Verkehr zwischen Nationalbankkunden und Postcheckkonti	Verkehr mit dem Bund	Verkehr mit Deponenten	Verkehr der Konti Zahlungs- und Clearingabkommen	Auf die Bank aus-gestellte Checks u. Generalmandate	Gesamtumsatz in doppelter Aufrechnung (ohne Abrechnungsstellen)	Umsatz der Abrechnungsstellen	Jahr
im Inland	im Ausland ⁵										
<i>In Millionen Franken</i>											
2 748,6	—	322,3	32 947,5	3 986,0	17 767,6	653,2	9 933,9	205,5	138 483,8	1 791,6	1941
3 006,0	—	406,7	35 633,6	4 039,9	18 487,5	562,3	9 913,8	164,8	143 977,4	2 010,8	1942
3 233,4	—	386,4	34 775,5	4 075,5	23 190,7	425,1	9 855,9	167,6	150 645,4	1 877,5	1943
3 369,4	—	341,5	33 575,0	4 196,7	23 427,9	776,4	6 788,2	152,5	150 264,2	1 661,1	1944
3 884,4	—	372,3	37 791,6	4 334,4	26 930,4	1 182,0	3 590,8	188,1	169 458,1	1 827,8	1945
5 086,4	—	489,7	48 765,6	5 160,5	26 501,4	613,7	18 759,7	227,5	209 443,8	2 467,6	1946
6 034,0	—	586,0	56 150,8	6 128,5	28 357,7	512,5	32 066,0	292,0	250 367,6	3 232,0	1947
6 347,5	—	647,0	60 726,3	6 475,6	27 141,3	401,4	38 499,3	325,8	264 778,4	3 762,7	1948
5 878,7	—	555,6	55 864,0	5 990,3	28 040,8	379,9	38 824,8	310,0	257 165,5	3 320,3	1949
6 104,3	—	579,9	61 896,7	6 449,1	25 148,7	547,7	24 140,2	259,2	246 919,6	3 162,1	1950
6 585,2	—	670,0	75 414,9	7 023,5	28 867,5	357,6	36 881,3	245,0	296 821,6	3 685,1	1951
6 817,3	—	680,4	81 565,3	7 408,2	29 370,4	289,9	22 289,3	255,9	291 769,5	3 496,5	1952
6 980,9	—	518,0	86 311,5	7 431,8	29 820,7	962,0	19 639,7	238,6	300 436,6	3 394,6	1953
7 466,1	—	535,7	101 534,2	7 812,4	30 470,3	825,9	18 819,1	252,9	324 828,1	3 589,4	1954
7 992,6	—	488,8	120 290,7	8 446,0	32 726,7	778,6	15 930,9	289,2	359 430,7	3 873,8	1955
8 810,3	—	494,1	138 809,8	9 241,4	33 896,8	457,8	15 351,0	351,9	386 756,6	4 135,0	1956
9 381,3	—	523,3	157 939,4	9 907,1	37 889,1	402,4	26 041,6	434,8	483 891,1	4 794,2	1957
9 423,3	—	475,4	175 439,9	10 287,8	37 910,9	688,9	18 024,1	399,1	477 050,6	4 200,2	1958
9 962,6	1 447,0	462,0	244 499,6	10 945,2	37 738,9	1 018,8	6 718,9	366,3	524 253,8	5 191,1	1959
11 176,5	2 527,8	477,7	325 786,5	12 191,1	42 908,7	1 100,4	2 934,5	485,8	646 506,7	6 553,6	1960
12 575,5	25 986,0	622,2	384 805,1	13 453,2	47 980,5	1 607,2	2 936,4	463,3	769 982,6	8 051,5	1961
14 348,7	22 492,4	656,8	508 180,6	15 271,4	58 630,9	1 442,2	2 793,7	476,5	957 725,1	10 110,3	1962
15 746,1	3 920,0	819,2	600 883,0	16 889,5	62 531,7	2 632,4	2 038,6	455,7	1 065 988,4	9 652,0	1963
17 333,5	8 593,6	897,2	628 870,9	19 239,5	67 257,3	762,6	2 183,3	502,9	1 131 729,9	10 201,0	1964
18 429,8	5 440,6	985,5	782 609,1	20 364,0	71 030,0	860,0	2 780,1	485,3	1 331 109,9	10 366,6	1965
19 678,2	5 272,0	1 080,1	1 013 397,8	22 022,7	78 449,8	3 593,8	3 330,7	538,9	1 608 206,7	12 233,5	1966
20 524,4	9 149,9	1 280,8	1 318 449,1	23 829,9	82 948,8	3 414,3	3 903,3	561,6	1 963 035,5	13 575,0	1967
22 274,5	5 046,0	1 380,1	1 858 598,6	26 122,1	89 875,7	6 495,2	4 521,9	693,1	2 603 104,8	18 673,4	1968
23 794,1	5 664,9	1 494,9	2 810 359,2	29 823,1	98 197,8	6 604,2	3 862,2	805,4	3 617 523,9	21 677,0	1969
26 279,7	5 412,6	1 934,9	3 898 871,6	33 260,8	108 126,9	2 890,6	4 579,6	819,4	4 801 067,6	19 622,6	1970
28 793,1	5 418,5	2 250,5	4 326 316,8	36 937,5	112 743,1	4 593,6	4 137,4	1 152,2	5 827 827,3	15 565,2	1971
32 147,7	5 570,9	3 017,1	6 232 088,9	40 273,5	125 953,4	3 294,3	3 224,6	1 570,3	8 528 068,7	14 717,4	1972
35 797,0	3 038,6	3 256,0	7 673 381,2	44 479,4	141 619,8	6 280,1	3 438,8	1 627,8	10 238 582,9	—	1973
40 005,0	—	3 174,2	8 431 563,2	50 395,9	154 129,7	3 397,5	—	2 149,9	11 351 217,7	—	1974
39 669,4	—	3 172,2	5 911 103,1	52 782,9	185 318,8	4 066,5	—	2 859,0	8 546 032,0	—	1975
40 801,7	—	3 468,8	6 230 018,0	56 896,0	221 544,6	2 611,5	—	2 974,0	9 415 808,4	—	1976
40 772,8	—	3 809,3	7 598 573,0	72 622,2	259 227,3	1 811,8	—	3 007,4	11 031 647,5	—	1977
42 134,2	—	3 829,7	6 552 283,9	82 451,4	290 937,9	1 839,8	—	2 830,8	9 942 085,5	—	1978
42 073,4	—	4 041,8	7 412 263,4	96 081,0	294 901,5	2 337,2	—	3 079,8	11 269 748,8	—	1979
43 944,3	—	4 285,7	10 603 115,3	110 858,3	291 000,0	1 886,5	—	3 080,8	15 231 717,9	—	1980

⁵ Seit 1973 unter Position «Devisen».

2. Geschäftsentwicklung seit 1941 (Fortsetzung)

2.4. Geschäftsergebnisse

Jahr	Ertrag aus dem Verkehr mit Gold und Devisen ¹	Diskontoertrag und Inkassogebühren					Ertrag des Lombardgeschäfts	Ertrag der eigenen Wertpapiere	Zinsen von Inlandkorrespondenten ³	Kommissionen ⁴	Diverse Nutzenposten ⁵	Bruttoertrag	Entnahme aus Rückstellungen
		Total	davon Diskontoertrag auf										
			Schweizerwechsel	Schatzanweisungen ²	Obligationen	Wechseln der eidg. Darlehenskasse							
<i>In 1000 Franken</i>													
1941	6 503	1 513	783	520	23	114	642	2 555	56	634	122	12 025	—
1942	9 294	1 210	853	138	19	108	484	2 183	48	669	146	14 034	—
1943	7 098	1 365	963	335	10	18	419	2 269	49	568	82	11 850	—
1944	8 424	1 241	959	198	14	17	426	2 198	50	674	136	13 149	—
1945	8 550	2 232	725	1 455	14	7	480	2 072	52	624	223	14 233	—
1946	16 725	859	628	89	37	14	868	1 377	93	1 154	138	21 214	—
1947	10 756	811	517	127	108	55	1 427	1 515	147	1 899	—	16 555	—
1948	7 168	2 134	1 827	44	163	95	1 498	1 736	176	2 345	95	15 152	—
1949	7 689	1 902	1 814	14	34	37	700	1 386	80	1 409	116	13 282	—
1950	10 470	1 623	1 567	11	16	25	552	1 350	81	1 223	151	15 450	—
1951	7 888	2 811	2 641	127	31	1	770	1 459	130	1 266	179	14 503	—
1952	8 232	3 934	3 537	328	53	5	736	1 303	117	934	139	15 395	—
1953	9 699	3 751	3 295	435	14	—	605	1 258	114	1 214	171	16 812	—
1954	10 689	2 705	2 192	489	19	—	622	1 356	126	971	102	16 571	—
1955	16 735	2 298	1 832	347	115	—	1 090	1 366	168	967	607	23 231	—
1956	19 215	2 648	1 975	464	206	—	1 149	1 550	182	864	571	26 179	—
1957	16 894	3 329	2 860	176	289	—	981	1 702	187	712	591	24 396	—
1958	15 293	3 005	2 920	9	71	—	417	1 408	147	679	518	21 467	—
1959	16 167	1 385	1 368	—	13	—	254	1 793	99	502	564	20 764	—
1960	19 970	1 354	1 318	—	33	—	463	2 192	111	465	840	25 395	—
1961	25 750	1 337	1 297	—	27	—	390	1 776	112	537	912	30 814	—
1962	25 863	1 843	1 374	5	101	—	465	2 497 ⁶	135	648	1 141	32 232	—
1963	25 889	1 541	1 396	58	83	—	505	8 416 ⁶	147	601	1 088	38 187	—
1964	24 898	2 033	1 753	85	191	—	936	12 367 ⁶	200	635	1 533	42 602	—
1965	29 785	2 270	1 959	74	233	—	731	20 208 ⁶	189	671	1 468	55 322	—
1966	35 216	3 127	2 533	70	518	—	1 160	26 964 ⁶	237	893	1 350	68 947	—
1967	31 650	4 235	3 596	77	557	—	1 141	28 789 ⁶	258	938	1 068	68 079	—
1968	58 458	3 727	3 476	56	191	—	897	7 573	230	806	880	72 571	—
1969	63 276	7 487	6 576	285	622	—	2 471	7 453	311	1 109	696	82 803	—
1970	90 186	6 443	5 817	243	378	—	1 897	7 274	464	1 194	281	107 739	—
1971	77 499	4 154	3 992	68	89	—	780	8 882	338	1 351	340	93 344	—
1972	119 358	3 768	3 384	277	102	—	602	1 192	250	2 053	696	127 919	—
1973	139 479	5 458	4 914	242	297	—	2 782	950	342	2 069	828	151 908	—
1974	128 389	28 600	26 276	1 379	942	—	6 121	2 020	889	2 387	421	168 827	—
1975	81 000	30 737	27 668	2 992	75	—	3 831	8 951	594	2 704	539	128 356	—
1976	170 242	8 627	8 119	462	43	—	1 965	1 480	291	2 957	586	186 148	—
1977	—	10 252	9 190	929	129	—	2 108	7 818	307	2 535	750	23 770	209 567
1978	1 257 674	5 464	5 216	172	76	—	616	52 213	204	2 802	1 305	-2 593 453 ⁷	684 239
1979	1 957 316	4 307	4 109	3	195	—	1 529	19 282	143	3 661	1 425	1 987 663	40 250
1980	3 578 326	19 461	18 404	330	727	—	8 513	47 880	1 335	2 913	2 864	3 661 292	—

¹ Einschliesslich Ertrag im Verkehr mit Auslandkorrespondenten.

² Seit 1948 Schatzanweisungen nur des Bundes; seit 1979 inkl. Geldmarkt-Buchforderungen.

³ Bis 1949 einschliesslich Zinsen auf Postcheckrechnungen.

⁴ Einschliesslich Aufbewahrungsgebühren und Schrankfachmieten.

⁵ Ab 1978 einschliesslich Ertrag aus Bankgebäude.

⁶ Einschliesslich ausländische Schatzanweisungen in Schweizerfranken.

⁷ Fehlbetrag infolge Abschreibungen auf Devisen.

Verwaltungs-kosten ⁸	Steuern und Abgaben inkl. Rückstellungen hiefür	Kosten und Rückstellungen für Offenmarktoperationen	Banknoten-anfertigungs-kosten inkl. Rückstellungen hiefür	Sterilisierungs-kosten, Zinsen an Bundesverwaltungen inkl. Rückstellungen hierauf	Abschreibungen, Verluste und Rückstellungen		Ausserordentliche Zuweisung an die Vorsorgeeinrichtungen	Rein-gewinn	Zuwei-sung an den Reserve-fonds	Divi-dende	Ab-lieferung an die eidg. Finanz-ver-waltung	Jahr
					auf Diverse	auf Devisen						
3 908	1 147	—	1 134	—	583	—	—	5 253	500	1 500	3 253	1941
4 371	188	—	2 500	—	562	—	1 000	5 413	500	1 500	3 413	1942
4 507	323	—	1 535	—	72	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1943
5 404	300	—	1 500	—	532	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1944
4 966	239	—	2 300	—	715	—	600	5 413	500	1 500	3 413	1945
5 435	—	—	5 000	4 140	26	—	1 200	5 413	500	1 500	3 413	1946
6 738	480	—	3 243	—	681	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1947
7 206	—	—	2 000	—	83	—	450	5 413	500	1 500	3 413	1948
7 374	—	—	—	451	44	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1949
7 502	—	—	500	1 501	534	—	—	5 413	500	1 500	3 413	1950
7 585	—	—	—	799	347	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1951
7 683	250	—	1 500	—	190	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1952
8 182 ⁹	250	—	1 500	—	608	—	500	5 772	500	1 500	3 772	1953
8 009	—	—	2 500	—	290	—	—	5 772	500	1 500	3 772	1954
8 732 ⁹	—	—	6 000	—	727	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1955
11 372 ⁹	300	—	5 000	—	2 035	—	1 200	6 272	1 000	1 500	3 772	1956
10 334 ⁹	300	—	5 000	—	990	—	1 500	6 272	1 000	1 500	3 772	1957
10 122 ⁹	—	—	3 000	—	2 073	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1958
9 210	—	—	3 000	—	2 282	—	—	6 272	1 000	1 500	3 772	1959
9 145	400	—	3 000	4 087	1 741	—	750	6 272	1 000	1 500	3 772	1960
9 716	—	—	6 000	5 362	1 893	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1961
10 658	400	—	6 000	4 358	2 973	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1962
11 905	200	—	10 000	5 812	2 427	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1963
13 519 ⁹	400	—	10 000	7 914	2 926	—	1 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1964
13 190	—	6 000	10 000	12 964	4 325	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1965
14 995	—	16 460	7 020	16 513	5 116	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1966
16 176 ⁹	—	4 984	6 489	29 008	2 579	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1967
18 323 ⁹	234	5 000	10 101	22 674	7 396	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1968
19 857 ⁹	—	3 000	12 554	13 563	24 986	—	2 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1969
28 890 ⁹	1 000	5 000	23 360	30 250	9 396	—	3 000	6 843	1 000	1 500	4 343	1970
27 468 ⁹	—	—	16 711	35 285	3 364	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1971
33 039 ⁹	2 467	27 000	17 601	10 593	26 703	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1972
32 376 ⁹	—	20 000	31 559	37 658	19 799	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1973
54 914 ⁹	2 915	—	33 743	30 949	35 790	—	3 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1974
36 336	—	—	6 821	40 379	35 304	—	2 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1975
39 296	4 010	—	7 962	96 257	29 606	—	1 500	7 516	1 000	1 500	5 016	1976
39 475	399	86 100	10 754	70 102	18 991	—	—	7 516	1 000	1 500	5 016	1977
41 081	1 000	—	8 412	60 481	52 214	4 434 782	—	—	—	1 500	5 016	1978
44 353	1 462	109 364	13 452	66 595	61 848	1 730 839 ¹⁰	—	—	—	1 500	5 016	1979
61 814	—	84 166	35 263	81 097	113 376	3 268 060 ¹¹	10 000	7 516	1 000	1 500	5 016	1980

⁸ Einschliesslich Zinsen an Deponenten.

⁹ Einschliesslich Rückstellung für nicht versicherte Schadenfälle.

¹⁰ Davon 1482510 Amortisation des aktivierten Verlustes per 31. 12. 1978.

¹¹ Davon 1110943 Tilgung des aktivierten Verlustes per 31. 12. 1978, 2157117 Rückstellung für Währungsrisiken.

3. Diskontsatz und Lombardzinsfuß seit 1936

Datum der Veränderung		Diskontsatz		Lombardzinsfuß	
		%	Geltungs- dauer Tage	%	Geltungs- dauer Tage
1936	9. September	2	78	3	78
	26. November	1½	7 475	2½	7 475
1957	15. Mai ¹	2½	652	3½	652
1959	26. Februar ²	2	1 955	3	1 955
1964	3. Juli ³	2½	732	3½	732
1966	6. Juli ⁴	3½	369	4	369
1967	10. Juli ⁴	3	798	3¾	798
1969	15. September ⁵	3¾	1 225	4%	1 225
1973	22. Januar ⁵	4½	364	5¼	364
1974	21. Januar ⁶	5½	406	6	484
1975	3. März ⁷	5	78	—	—
	20. Mai ⁷	4½	97	5½	97
	25. August ⁷	4	35	5	35
	29. September ⁷	3½	30	4½	30
	29. Oktober ⁷	3	76	4	76
1976	13. Januar ⁸	2½	147	3½	147
	8. Juni ⁸	2	402	3	402
1977	15. Juli ⁹	1½	227	2½	227
1978	27. Februar ⁹	1	616	2	616
1979	5. November ⁹	2	57	3	57
1980	28. Februar ¹⁰	3	307 ¹⁰	4	307 ¹⁰

¹ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2% (vom 25. Juli 1957 bis 31. Mai 1959); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. April bis 24. Juli 1957), 2½% (vom 25. Juli 1957 bis 31. Mai 1959).

² Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964); übrige Pflichtlager 2% (vom 1. Juni 1959 bis 5. Juli 1964).

³ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965); übrige Pflichtlager 2½% (vom 6. Juli 1964 bis 31. Dezember 1965).

⁴ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 2¼% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3¼% (vom 1. Oktober 1966 bis 31. März 1968); übrige Pflichtlager 3% (vom 1. Januar bis 30. September 1966), 3½% (vom 1. Oktober 1966 bis 10. November 1969).

⁵ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3% (vom 1. April 1968 bis 10. November 1969), 3¾% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3½% (vom 25. Januar bis 29. Februar 1972), 3¼% (vom 1. März 1972 bis 1. Januar 1974); übrige Pflichtlager 4% (vom 11. November 1969 bis 24. Januar 1972), 3¾% (vom 25. Januar bis 29. Februar 1972), 3½% (vom 1. März 1972 bis 1. Januar 1974).

⁶ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3¾% (vom 2. Januar bis 15. April 1974), 4% (vom 16. April bis 31. Dezember 1974); übrige Pflichtlager 4% (vom 2. Januar bis 15. April 1974), 4½% (vom 16. April bis 31. Dezember 1974).

⁷ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 4½% (vom 1. Januar bis 24. August 1975), 3¾% (vom 25. August bis 31. Oktober 1975), 3¼% (vom 1. November bis 31. Dezember 1975); übrige Pflichtlager 5% (vom 1. Januar bis 24. August 1975), 4¼% (vom 25. August bis 31. Oktober 1975), 3½% (vom 1. November bis 31. Dezember 1975).

⁸ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 3% (vom 1. bis 31. Januar 1976), 2¾% (vom 1. Februar bis 14. März 1976), 2½% (vom 15. März bis 9. Juni 1976), 2¼% (vom 10. Juni bis 30. November 1976), 2% (vom 1. Dezember 1976 bis 17. Juli 1977); übrige Pflichtlager 3¼% (vom 1. bis 31. Januar 1978), 3% (vom 1. Februar bis 14. März 1976), 2¾% (vom 15. März bis 9. Juni 1976), 2½% (vom 10. Juni bis 30. November 1976), 2¼% (vom 1. Dezember 1976 bis 17. Juli 1977).

⁹ Spezialdiskontsätze für Pflichtlagerwechsel: Pflichtlager in Lebens- und Futtermitteln 1¼% (vom 18. Juli 1977 bis 26. Februar 1978), 1½% (vom 27. Februar bis 19. März 1978), 1¼% (vom 20. März 1978 bis 7. November 1979), 1¼% (vom 8. November 1979 bis 20. Januar 1980), 2% (vom 21. Januar bis 4. März 1980), 3% (seit 5. März 1980); übrige Pflichtlager 2% (vom 18. Juli 1977 bis 26. Februar 1978), 1¼% (vom 27. Februar bis 19. März 1978), 1½% (vom 20. März bis 24. September 1978), 1¼% (vom 25. September 1978 bis 7. November 1979), 2% (vom 8. November 1979 bis 20. Januar 1980), 2¼% (vom 21. Januar bis 4. März 1980), 3¼% (seit 5. März 1980).

¹⁰ Bis 31. Dezember 1980.

H. Verzeichnis der Mitglieder der Aufsichts- und Leitungsorgane (Stand per 1. Januar 1981)

Bankrat (Amtsperiode 1979–1983)

Die von der Generalversammlung der Aktionäre gewählten Mitglieder sind mit einem Stern (*) bezeichnet.

Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements des Kantons Basel-Stadt, Basel, Präsident

Prof. Dr. F. Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges, Vizepräsident

Dr. R. Bärlocher, Rechtsanwalt, St. Gallen

B. Boller, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Boller, Winkler AG, Präsident des Verbands der Arbeitgeber der Textilindustrie, Turbenthal

* Dr. H. Braunschweiler, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der «Winterthur», Schweizerische Versicherungs-Gesellschaften, Winterthur

* L. Bühler, Direktor der Thurgauischen Kantonalbank, Weinfelden

Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrats der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum

* F. Carruzzo, Stadtpräsident, Sitten

* Dr. A. Edelmann, St. Gallen

* R. Etter, Präsident des Schweizerischen Gewerbeverbands, Aarwangen

Dr. Dr. h. c. A. Furer, Delegierter des Verwaltungsrats der Nestlé A.G., Chardonne

P. Gaibrois, Delegierter des Verwaltungsrats der Tornos S.A., Fabrique de Machines Moutier, Moutier

Ständerat P. Gerber, dipl. Ing. agr., Verwalter des Alters- und Pflegeheims Frienisberg, Präsident des Schweizerischen Bauernverbands, Frienisberg

Dr. R. Givel, Generaldirektor der Banque Vaudoise de Crédit, Lonay

* C. Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvornier

* F. Halm, Präsident des Verwaltungsrats der SIG Schweizerische Industrie-Gesellschaft, Präsident des Zentralverbands schweizerischer Arbeitgeber-Organisationen, Arlesheim

Dr. B. Hardmeier, Sekretär des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Stuckishaus

Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive

R. Juri, dipl. Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Le Mont-sur-Lausanne

* Dr. E. L. Keller, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Eduard Keller AG, Präsident der Delegation des Handels, Erlenbach

R. Lardelli, Bündner Handels- und Industrieverein, Chur

* Regierungsrat Dr. K. Lareida, Vorsteher des Finanzdepartements des Kantons Aargau, Aarau

Dr. E. Leemann, Direktionspräsident der Genossenschaftlichen Zentralbank Aktiengesellschaft, Basel

* Nationalrat Dr. W. Martignoni, Regierungsrat, Finanzdirektor des Kantons Bern, Muri bei Bern

Nationalrat W. Messmer, Zentralpräsident des Schweizerischen Baumeisterverbands, Sulgen

* Nationalrat Dr. A. Muheim, Luzern

* Ständerat F. Muheim, Rechtsanwalt und Notar, Altdorf

- Nationalrat Dr. R. Müller, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Muri bei Bern
- * J. Pfau, Generaldirektor der Charmilles Maschinenbau A.G., Collonge-Bellerive
- Dr. Dr. h. c. L. von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel
- Nationalrat R. Reichling, dipl. Ing. agr. ETH, Präsident des Zentralverbands Schweizerischer Milchproduzenten, Stäfa
- Staatsrat U. Sadis, dipl. Ing. ETH, Direktor des Bau- und Finanzdepartements des Kantons Tessin, Lugano
- H. Sommer, Generaldirektor der Ebauches A.G., Mitglied der Konzernleitung der ASUAG, Bellach
- * Ständerat A. Stefani, Rechtsanwalt und Notar, Giornico
- H. Strasser, Präsident des Verwaltungsrats des Schweizerischen Bankvereins, Arlesheim
- R. Suter, Zürich
- P. A. Tresch, Zentralpräsident des Schweizer Hotelierevereins, Amsteg
- Nationalrätin Dr. L. Uchtenhagen, Zürich
- Staatsrat Dr. A. Waeber, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers
- * Ph. de Weck, Matran

Bankausschuss (Amtsperiode 1979–1983)

- Regierungsrat Dr. E. Wyss, Vorsteher des Wirtschafts- und Sozialdepartements des Kantons Basel-Stadt, Basel, Präsident von Amtes wegen
- Prof. Dr. F. Schaller, Professor an den Universitäten Lausanne und Bern, Epalinges, Vizepräsident von Amtes wegen
- Dr. W. Bühlmann, Rechtsanwalt, Präsident des Bankrats der Luzerner Kantonalbank, Kastanienbaum
- Dr. Dr. h. c. A. Furer, Delegierter des Verwaltungsrats der Nestlé A.G., Chardonne
- C. Grosjean, Rechtsanwalt, Präsident des Verwaltungsrats der Schweizerischen Bundesbahnen, Auvèrnièr
- Dr. L. Hentsch, in Firma Hentsch et Cie, Collonge-Bellerive
- R. Juri, dipl. Ing. agr., Direktor des Schweizerischen Bauernverbands, Le Mont-sur-Lausanne
- Nationalrat Dr. R. Müller, Präsident des Schweizerischen Gewerkschaftsbunds, Muri bei Bern
- Dr. Dr. h. c. L. von Planta, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der CIBA-GEIGY AG, Präsident des Vororts des Schweizerischen Handels- und Industrievereins, Basel
- Staatsrat Dr. A. Waeber, Finanzdirektor des Kantons Freiburg, Tafers

Lokalkomitees (Amtsperiode 1979–1983)

Aarau

P. H. Kern, Delegierter des Verwaltungsrats und Vorsitzender der Geschäftsleitung der Kern & Co. A.-G., Aarau, Vorsitzender

Dr. L. Mäder, Delegierter des Verwaltungsrats der Dr. Walter Mäder, Lack- und Farbenfabrik, Aktiengesellschaft, sowie der Emil Reinle AG Baden, Baden, Stellvertreter des Vorsitzenden

R. Thalmann, Verwaltungsratspräsident der Elektro-Apparatebau Olten A.G., Wil bei Starrkirch

Basel

Dr. H. Gürtler-Meyer, Delegierter des Verwaltungsrats der Brauerei Ziegelhof A.-G., Seltisberg, Vorsitzender

Dr. G. E. Grisard, Präsident des Verwaltungsrats der Hiag Holzindustrie AG, Riehen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. H. Steinemann, Delegierter der Verwaltungsräte der Patria Versicherungsgesellschaften, Basel

Bern

B. Leimgruber, Direktor der Lamelcolor S.A., Estavayer-le-Lac, Vorsitzender

M. Tschannen, dipl. Ing. agr. ETH, Direktionspräsident des Verbands landwirtschaftlicher Genossenschaften von Bern und benachbarter Kantone (VLG), Wohlen bei Bern, Stellvertreter des Vorsitzenden

H. Ineichen, Direktor der Maschinenfabrik WIFAG, Gümligen

Genf

B. d'Espine, Direktor der Ateliers d'Aïre S.A., Genf, Vorsitzender

C. Zellweger, dipl. Ing. ETH, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der La Nationale S.A., Chêne-Bougeries, Stellvertreter des Vorsitzenden

M. Brunshwig, in Firma «Bon Génie», Brunshwig & Cie, Genf

Lausanne

R. Morandi, Präsident des Verwaltungsrats der Firma Morandi frères, société anonyme, Payerne, Vorsitzender

G. Golay, Delegierter des Verwaltungsrats der Société anonyme de la Manufacture d'horlogerie Audemars, Piguet & Co., Le Brassus, Stellvertreter des Vorsitzenden

P.-N. Julien, Direktor des Verbands der Walliser Wirtschaft (Walliser Handelskammer), Muraz-sur-Sierre

Lugano

Dr. D. Poggioli, Treuhandbüro, Lugano, Vorsitzender

P. Melera, Castel S. Pietro, Stellvertreter des Vorsitzenden

D. Tenconi, Delegierter des Verwaltungsrats der Tensol SA, Piotta

Luzern

F. Stöckli, dipl. Ing. agr., Direktor der UFAG, Sursee, Vorsitzender

W. von Moos, dipl. Ing. ETH, Direktionspräsident der von Moos Stahl AG, Luzern, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. J. Bucher, Direktor der Centralschweizerischen Kraftwerke, Luzern

Neuenburg

A. Grisel, Marketing- und Verkaufsdirektor der Fabriques d'assortiments réunies, La Chaux-de-Fonds, Vorsitzender

P. Kiefer, Mitglied des Verwaltungsrats der Chocolat Suchard A.G., der Chocolat Tobler A.G. und der Suchard-Tobler A.G., Colombier, Stellvertreter des Vorsitzenden

E. Haas, Präsident des Direktionsausschusses der Neuenburger-Versicherungen, St-Blaise

St. Gallen

Th. Ruff, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der J. Huber & Co. AG St. Gallen, Niederteufen, Vorsitzender

V. Widmer, Präsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Union A.G., St. Gallen, Stellvertreter des Vorsitzenden

W. Vetsch, Finanzdirektor der Wild Heerbrugg AG, Heerbrugg

Zürich

Prof. Dr. E. Jaggi, Direktionspräsident des Verbands ostschweiz. landwirtschaftl. Genossenschaften (VOLG), Winterthur, Vorsitzender

W. Baumann, Präsident des Verwaltungsrats der Baumann AG, Rolladenfabrik, Horgen, Stellvertreter des Vorsitzenden

Dr. W. Fuchs, Direktionspräsident und Delegierter des Verwaltungsrats der Mettler Instrumente AG, Greifensee

Revisionskommission (Amtsperiode 1980/1981)

Mitglieder

J. Iten, Zug, Präsident

G. Grenier, Direktor der Caisse d'Épargne de la République et Canton de Genève, Genf

W. Staub, Direktor der Bank in Gossau, Gossau

Ersatzmänner

P. Hostettler, Direktor des Crédit Foncier Neuchâtelois, Neuenburg

S. Lutz, Direktor der Appenzell-Ausserrhodischen Kantonalbank, Herisau

M. Meier-Milt, Hauptdirektor der Basellandschaftlichen Hypothekenbank, Bottmingen

Direktorium

Dr. Dr. h. c. F. Leutwiler, Zürich
P. Languetin, Dr. h. c., Bern
Dr. M. Lusser, Zürich

Generalsekretariat

Generalsekretär Dr. A. Frings, Zürich
Stellvertreter des Dr. Th. Scherer, Bern
Generalsekretärs

Departemente*I. Departement (Zürich)*

Departementsvorsteher	Dr. Dr. h. c. F. Leutwiler, Präsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. P. Ehram, Direktor
Rechtsabteilung	Dr. P. Ehram, Direktor Dr. P. Klauser, stellvertretender Direktor Dr. W. Schmid, Rechtskonsulent
Volkswirtschaftliche Abteilung	PD Dr. K. Schiltknecht, stellvertretender Direktor PD Dr. R. Kästli, Vizedirektor Dr. G. Rich, Vizedirektor Ch. Menzel, Abteilungsvorsteher
Statistische Abteilung	Dr. M. Baltensperger, stellvertretender Direktor Dr. A. Föllmi, Vizedirektor
Personalabteilung	Dr. H. R. Läng, Direktor
Revision und Controlling	H. Baumgartner, Direktor R.-M. Chappuis, Vizedirektor
EDV-Abteilung	Dr. Ch. Vital, Vizedirektor
Bankgebäude (Zürich und Zweiganstalten)	G. Nideröst, Abteilungsvorsteher
Presse und Information	E. Heini, Abteilungsvorsteher
Betriebswirtschaftlicher Berater	Prof. Dr. E. Kilgus, Küsnacht ZH

II. Departement (Bern)

Departementsvorsteher	P. Languetin, Dr. h. c., Vizepräsident des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. M. de Rivaz, Direktor
Stab	Dr. P. Hadorn, Abteilungsvorsteher
Hauptbuchhaltung	H.-P. Dosch, stellvertretender Direktor
Kasse Bern	H. Hulliger, Vizedirektor
Bargeld, Sicherheit, Bauten (Bern)	Dr. J. Ammann, Direktor
Hauptkasse	R. Aebersold, stellvertretender Direktor V. Zumwald, Vizedirektor
Dienste	D. Ambühl, Abteilungsvorsteher
Kapitalmarkt und Emissionskontrolle	W. Bretscher, Direktor
Wertschriften	M. Isenschmid, stellvertretender Direktor
Korrespondenz und Portefeuille	R. Raschle, Vizedirektor

III. Departement (Zürich)

Departementsvorsteher	Dr. M. Lusser, Mitglied des Direktoriums
Stellvertreter des Departementsvorstehers	Dr. H. Meyer, Direktor
Stab	Dr. M. Corti, Vizedirektor Dr. M. Dubois, Abteilungsvorsteherin
Devisen- und Geldmarkt- geschäft	H. Stahel, Direktor
Devisen	W. Bächtold, Vizedirektor
Portefeuille	H. W. Preisig, Vizedirektor
Übriges Bankgeschäft	H. Schmid, stellvertretender Direktor
Buchhaltung	W. Bolliger, Vizedirektor
Giro/Bankenclearing	E. Guyer, Vizedirektor
Korrespondenz	W. Obi, Vizedirektor
Kasse	R. Würmli, Vizedirektor
Wertschriften	A. Kunz, Vizedirektor

Zweiganstalten

<i>Aarau</i>	H. Herzog, Direktor F. Merz, Stellvertreter des Direktors
<i>Basel</i>	R. Winteler, Direktor K. Schär, Stellvertreter des Direktors
<i>Genf</i>	S. Delémont, Direktor J.-P. Borel, Stellvertreter des Direktors
<i>Lausanne</i>	W. Schreyer, Direktor F. Verdon, Stellvertreter des Direktors
<i>Lugano</i>	C. Gaggini, Direktor B. Rütsch, Stellvertreter des Direktors
<i>Luzern</i>	Dr. H. Theiler, Direktor J. Burri, Stellvertreter des Direktors
<i>Neuenburg</i>	F. von Arx, Direktor Ch. Girod, Stellvertreter des Direktors
<i>St. Gallen</i>	W. Küng, Direktor A. Geiger, Stellvertreter des Direktors

Eigene Agenturen

<i>Biel</i> (dem Sitz Bern unterstellt)	P. Bürgi, Agenturführer
<i>La Chaux-de-Fonds</i> (der Zweiganstalt Neuenburg unterstellt)	J. Jolidon, Agenturführer
<i>Winterthur</i> (dem Sitz Zürich unterstellt)	E. Willi, Agenturführer

